

A1NEU2 Präambel

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

1 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der
2 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen
3 Bürger*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen
4 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen
5 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und
6 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer
7 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt
8 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und
9 toleranten Stadt.

10 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangen 30 Jahren
11 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in
12 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie vor
13 anhält. Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch
14 begleitet werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und
15 Wohnen, gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die
16 Zukunft – das sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer
17 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.

18 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger*innen - wir wollen
19 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-
20 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,
21 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.
22 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den
23 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen
24 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der
25 Stadt finden.

26 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig
27 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und
28 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen
29 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

30 Liebe Potsdamer*innen,

31
32 Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 bestimmen WIR, wer in den nächsten fünf
33 Jahren die Stadtgesellschaft in der Stadtverordnetenversammlung und in den
34 Ortsbeiräten repräsentiert und über die Geschicke der Stadt in herausgehobener
35 Position mitbestimmt.

36
37 Im Mai vor 30 Jahren fand die letzte Kommunalwahl der DDR statt. In den
38 Wahlbüros waren viele von uns in Potsdam bei der Auszählung dabei und bezeugten,
39 dass 10 Prozent der Wahlberechtigten nicht für die SED und die Blockparteien der
40 Nationalen Front stimmten. Dennoch lautete das offizielle Wahlergebnis am
41 nächsten Tag 98 Prozent. Dieser offensichtliche Wahlbetrug wurde von
42 Bürgerrechtler*innen zur Anzeige gebracht und war erster sichtbarer Widerstand

43 gegen den vormundschaftlichen Staat der DDR. Im 30. Jahr nach der friedlichen
44 Revolution sind wir besonders stolz auf unsere Wurzel aus dieser Bürgerbewegung,
45 die die Voraussetzung dafür schuf, dass wir heute frei wählen können. Dieses
46 Erbe verpflichtet uns nach wie vor. Gerade heute in Zeiten eines aufkommenden
47 Populismus müssen wir uns wieder stärker für die errungene Demokratie einsetzen
48 und für sie werben.

49
50

51 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der
52 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen
53 Bürger*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen
54 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen
55 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und
56 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer
57 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt
58 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und
59 toleranten Stadt.

60

61 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangen 30 Jahren
62 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in
63 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie voranhält.
64 Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch begleitet
65 werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und Wohnen,
66 gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die Zukunft – das
67 sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer
68 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.

69

70 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger*innen - wir wollen
71 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-
72 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,
73 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.
74 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den
75 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen
76 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der
77 Stadt finden.

78

79 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig
80 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und
81 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen
82 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

83

84 Mit diesem Wahlprogramm präsentieren wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Potsdam
85 unserere Ideen und Vorstellungen für Potsdams Zukunft. Unsere politischen
86 Leitlinien wie auch konkrete Positionen und Handlungsvorschläge haben wir
87 nachfolgend in zehn Kapiteln formuliert.

88 Den Kompass für unser bündnisgrünes Engagement in der Stadt, quer über alle
89 einzelnen Politikfelder hinweg, liefern unsere grundlegenden Überzeugungen:
90 Wir setzen uns ein für eine offene demokratische Gesellschaft, die

91

92 solidarisch auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen
93 berücksichtigt,

94

95 behutsam die Stadträume weiterentwickelt und Lebensqualität erhöht

96

97 verantwortlich mit der natürlichen Umwelt umgeht, Ressourcen schont und
98 ambitioniert zum Klimaschutz beiträgt

99

100 und vielfältig und kulturell lebendig Räume für ein Miteinander der Menschen
101 bietet, das Hass und Hetze keinen Raum lässt.

102

103 Wir bitten dafür um dein Vertrauen bei der Kommunalwahl.

104 WEIL WIR HIER LEBEN!

Beschluss Präambel

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

105 Liebe Potsdamer*innen,
106

107 Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 bestimmen WIR, wer in den nächsten fünf
108 Jahren die Stadtgesellschaft in der Stadtverordnetenversammlung und in den
109 Ortsbeiräten repräsentiert und über die Geschicke der Stadt in herausgehobener
110 Position mitbestimmt.
111

112 Im Mai vor 30 Jahren fand die letzte Kommunalwahl der DDR statt. In den
113 Wahlbüros waren viele von uns in Potsdam bei der Auszählung dabei und bezeugten,
114 dass 10 Prozent der Wahlberechtigten nicht für die SED und die Blockparteien der
115 Nationalen Front stimmten. Dennoch lautete das offizielle Wahlergebnis am
116 nächsten Tag 98 Prozent. Dieser offensichtliche Wahlbetrug wurde von
117 Bürgerrechtler*innen zur Anzeige gebracht und war erster sichtbarer Widerstand
118 gegen den vormundschaftlichen Staat der DDR. Im 30. Jahr nach der friedlichen
119 Revolution sind wir besonders stolz auf unsere Wurzel aus dieser Bürgerbewegung,
120 die die Voraussetzung dafür schuf, dass wir heute frei wählen können. Dieses
121 Erbe verpflichtet uns nach wie vor. Gerade heute in Zeiten eines aufkommenden
122 Populismus müssen wir uns wieder stärker für die errungene Demokratie einsetzen
123 und für sie werben.
124
125

126 Potsdam ist ein attraktiver Lebensort: kinder- und familienfreundlich, Stadt der
127 Wissenschaft, der Kultur und des Films, des Sports. Potsdam bietet seinen
128 Bürger*innen einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum in einer einzigartigen
129 Natur- und Kulturlandschaft. Die Geschichte Potsdam ist eng mit den historischen
130 Brüchen deutscher Geschichte verbunden, so dass Erinnerung, Aufarbeitung und
131 geschichtlicher Diskurs besondere Beachtung verdienen. Das neue Potsdamer
132 Toleranzedikt, ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis „Potsdam bekennt
133 Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen von einer weltoffenen und
134 toleranten Stadt.
135

136 Die dynamischen Entwicklung der Landeshauptstadt in den vergangen 30 Jahren
137 zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt nach Potsdam. Dies führte in
138 den letzten Jahren zu einem rasanten Bevölkerungsanstieg, der nach wie voranhält.
139 Dieser Wachstum muss gestaltet und daher weiter kommunalpolitisch begleitet
140 werden. Demografischer Wandel, Klimawandel, Bildung, Arbeit und Wohnen,
141 gesellschaftliche Integration, Infrastruktur und Vorsorge für die Zukunft – das
142 sind nur einige der Aufgaben, um welche die Potsdamer
143 Stadtverordnetenversammlung sich verstärkt kümmern muss.
144

145 Aber ein wachsendes Potsdam lebt auch von seinen Bürger*innen - wir wollen
146 mitbestimmen, wie unser Potsdam der Zukunft aussieht. Potsdam ist unsere Wohn-
147 und oft auch Arbeitsstätte - hier muss es allen möglich sein, klimaverträglich,
148 gesund und sozialverträglich auch bei geringen Einkommensverhältnissen zu leben.
149 Im Spannungsfeld von touristischer Attraktivität, Wachstum, Anpassung an den
150 Klimawandel und berechtigten Ansprüchen der Menschen auf erschwinglichen eigenen
151 oder gemieteten Wohnraum gilt es Lösungen für eine gute Weiterentwicklung der
152 Stadt finden.
153

154 Deswegen setzen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns dafür ein, Potsdam zukunftsfähig
155 zu gestalten. Wir engagieren uns für eine tolerante, sozial bereichernde und
156 kulturell lebendige Stadt, in der alle Menschen mit unterschiedlichen
157 Lebensentwürfen gemeinsam gut leben können.

158

159 Mit diesem Wahlprogramm präsentieren wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Potsdam
160 unserere Ideen und Vorstellungen für Potsdams Zukunft. Unsere politischen
161 Leitlinien wie auch konkrete Positionen und Handlungsvorschläge haben wir
162 nachfolgend in zehn Kapiteln formuliert. Den Kompass für unser bündnisgrünes
163 Engagement in der Stadt, quer über alle einzelnen Politikfelder hinweg, liefern
164 unsere grundlegenden Überzeugungen.

165 Wir setzen uns ein für eine offene demokratische Gesellschaft, die:

- 166 • solidarisch auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter
167 Bevölkerungsgruppen berücksichtigt,
- 168 • behutsam die Stadträume weiterentwickelt und Lebensqualität erhöht
- 169 • verantwortlich mit der natürlichen Umwelt umgeht, Ressourcen schont und
170 ambitioniert zum Klimaschutz beiträgt
- 171 • und vielfältig und kulturell lebendig Räume für ein Miteinander der
172 Menschen bietet, das Hass und Hetze keinen Raum lässt.

173 Wir bitten dafür um dein Vertrauen bei der Kommunalwahl.

174 WEIL WIR HIER LEBEN!

A2 Stadtentwicklung: Mieten runter, Lebensqualität hoch!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

175 Potsdams Struktur ist einerseits durch die Lage in dem sich verdichtenden Süd-
176 West-Raum von Berlin und andererseits durch zahlreiche sehr unterschiedliche
177 Stadtteile südlich und nördlich der Havel geprägt.

178 Alles eint die heutige Anforderung einer klimaneutralen Stadtentwicklung, die
179 konsequenter als bisher, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels
180 berücksichtigen muss.

181 Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine lebendige vielfältige
182 Stadtgesellschaft erhalten und wieder neu gestärkt werden.

183 Die aus all dem resultierenden sehr unterschiedlichen Ziele, auch Zielkonflikte,
184 erfordern eine besondere Baukultur, die bürgerschaftliches Engagement,
185 fachlichen Ratschlag und transparente Entscheidungsprozesse zusammenführt.

186 **Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten**

187 Potsdam entwickelt sich erfolgreich zu einem hochattraktiven Wohn- und
188 Geschäftsstandort. Das belebt die Stadt und erzeugt zudem größere Spielräume.
189 Doch entstehen mit dem extrem schnellen Bevölkerungszuwachs Konflikte durch zu
190 große Verdichtung, erhöhte Anforderungen an Infrastrukturflächen, Mobilität,
191 Belastung der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität. Potsdam muss das
192 Wachstum sozialverträglich regulieren.

193 Dafür machen wir uns stark:

- 194 • effiziente Nutzung versiegelter Flächen, beispielsweise durch Sportflächen
195 auf Flachdächern, bei Gewerbeflächen, wenn möglich durch
196 Gebäudeaufstockungen
- 197 • Wachstum entlang der Verkehrsstrassen (S-Bahn, bestehende und mögliche,
198 künftige Tramlinien, Bussystem, Rad(Schnell-)wege bzw. Errichtung neuer
199 Wohngebiete möglichst zeitgleich in Verbindung mit der Errichtung sozialer
200 und Verkehrsinfrastruktur
- 201 • Umwidmung von größeren Parkplatzflächen und Garagenstandorten für
202 Wohnbebauung und Sportflächen
- 203 • Verdichtung der Wohngebiete vor allem dort, wo kommunales Eigentum,
204 niedrigere Mieten und bessere Verkehrsanbindungen bestehen
- 205 • Neue Bauvorhaben unter Berücksichtigung der Interessen der
206 Nachbarbevölkerung, der gewachsenen Strukturen und des
207 landschaftskulturellen Charakters behutsam entwickeln, keine breite
208 Zersiedelung

209 **Begrenzung des Mietenanstiegs durch strategische**
210 **Bodenpolitik**

211 Ansteigende Mieten und der Austausch der Potsdamer Stadtbevölkerung durch
212 Verdrängung der mittleren Einkommenschichten an die Randgemeinden von Potsdam
213 beängstigt viele Potsdamer*innen. Wir wollen, dass alle, die hier leben, in
214 ihrem vertrauten Kiez zu sozialverträglichen Mieten bleiben können.

215 Das Gleichgewicht der Interessen durch die Ausgestaltung von Mietrecht und
216 Steuerpolitik auf Bundesebene ist zuungunsten der Mieter gestört, die so
217 bewirkte Steigerung der Mieten fällt durch das schnelle Wachstum in Potsdam
218 besonders stark aus. Zwar haben die Sanierungssatzungen den Mietenanstieg
219 verlangsamt, und wurde 20 % städtisches Wohneigentum bewahrt, das zusammen mit
220 dem genossenschaftlichen Eigentum in der Stadt zur Senkung des Mietspiegels
221 beiträgt.

222 Der zunehmend hohe Anteil der Mieten am Einkommen und eine zunehmende Gefährdung
223 der sozialen Vielfalt in den Stadtteilen stören das soziale Klima und den
224 gesellschaftlichen Zusammenhalt empfindlich. Neue, energische Maßnahmen sind
225 dringend erforderlich, um koordiniert auf Bundes-, auf Landes- und auf
226 Stadtebene Mieten- und Bodenspekulation einzudämmen.

227 Dafür machen wir uns stark:

- 228 • 30% des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau
229 ausgeführt werden
- 230 • Erhöhung der Beteiligung von Wohnungsbauinvestor*innen an den Kosten der
231 durch ein Neubauvorhaben verursachten Bedarfe an sozialer Infrastruktur
232 (z.B. Kitaplätze) nach dem sogenannten Potsdamer Baulandmodell
- 233 • Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Potsdam
- 234 • Nutzung des bisher erfolgreichen Instruments der Sanierungssatzung zur
235 Verlangsamung des Mietanstiegs in den dafür geeigneten Stadtgebieten
- 236 • Bewahrung von 20 % städtischem Wohneigentum am Gesamtbestand, d.h. stetige
237 Neubauinvestition durch die städtische Pro Potsdam
- 238 • Bodenmanagement zum Erhalt und Erwerb wichtiger Entwicklungsgrundstücke,
239 ohne zugleich wertvolle Naturräume infrage zu stellen
- 240 • Priorität der eigenen Entwicklung städtischer Flächen gegenüber dem
241 Verkauf, Stärkung des Erbbaurechts zur Erreichung einer niedrigeren
242 Kostenmiete, so z.B. in Krampnitz
- 243 • Einkauf von Flächen in Neubaugebieten (Bodenmanagement als Ausgangspunkt
244 im Kampf gegen steigende Mieten, z.B. Brauhausberg, Gartenstadt Drewitz)
- 245 • Unterstützung von genossenschaftlichem Wohnen
- 246 • Sicherung der Wohnfunktion in der barocken Innenstadt und in Babelsberg,
247 keine gewerbliche Nutzung von Wohnflächen
- 248 • Kontrolle der kommerziellen Fremdnutzung von Wohnungen bzw. nach
249 Möglichkeit Umnutzungsverbot (z.B. Airbnb), Regulierung von
250 Urlaubsvermietung
- 251 • Sicherung von Flächen für den Bau von Studierendenwohnheimen
- 252 • grundsätzlich Vermeidung von Verkäufen von Grundstücken in städtischem
253 Besitz
- 254 • Grundstücksverkauf (wenn unvermeidbar) nicht nach Höchstgebot, sondern nur
255 nach einer stärker am Gemeinwohl orientierten Konzeptvergabe wie in den
256 Sanierungsgebieten
- 257 • enge vertragliche Absicherung wie am Baufeld 3 in der Potsdamer Mitte
258 (Punktesystem, das sozialverträgliches, energieeffizientes, klimaneutrales
259 und gestalterisch qualitätsvolles Bauen begünstigt, kooperative
260 Entscheidungen)

261 **Lebensqualität durch Baukultur**

262 Potsdam hat herausragende Qualitäten durch bedeutende Bauten vom Barock und
263 Klassizismus bis zur Moderne des frühen 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Zeit,
264 eingebettet in eine ökologisch und künstlerisch hochwertige Landschaft, die
265 zugleich Weltkulturerbe ist. Die erste Sanierungswelle nach 1990 hat bauliche
266 Originalsubstanz an Häusern und Straßen in vorbildlicher Weise bewahrt.
267 Weiterbauen heißt hier Verantwortung wahrnehmen und damit zugleich
268 Lebensqualität schützen.

269 Dafür machen wir uns stark:

- 270 • Beachtung der Klimaanforderungen sowie des städtebaulichen und
271 gestalterischen Kontextes bzw. des Ensembledenkens im zeitgenössischen
272 Bauen
- 273 • Mut zu modernen Bauformen
- 274 • öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates zur Steigerung der Bauqualität
- 275 • Würdigung der DDR-Architektur, Erhalt des Minsk, Qualität der DDR-
276 Wohnviertel wahren und weiterentwickeln
- 277 • Sanierungen nach besten energetischen Möglichkeiten
- 278 • Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des Umgebungsschutzes für
279 Denkmale und für die UNESCO-Welterbelandschaft
- 280 • Erhalt und Ertüchtigung der Natursteinpflasterstraßen, wobei individuelle
281 Lösungen den Belangen der Barrierefreiheit und der Fahrradfreundlichkeit
282 Rechnung tragen sollen.

283 **Lebendige Stadtteile, lebendige Mitten**

284 Jeder Stadtteil hat seine Individualität. Sie reichen von den dörflichen
285 Bereichen im Norden, über die historisch geprägten Brandenburger-, Nauener und
286 Berliner Vorstädte, die Mitte und Babelsberg bis zu den DDR-Plattenbaugebieten
287 von Potsdam-West, Mitte-Süd, Zentrum Ost, Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz
288 sowie zu den neuen Stadtteilen Kirchsteigfeld, Bornstedter Feld, Potsdam-Center
289 und Speicherstadt.

290 Es gilt, für eine breite gesellschaftliche Durchmischung von
291 Bevölkerungsschichten innerhalb der Stadtteile, für gleichberechtigtes Wohnen
292 von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und
293 Einkommensstärken zu sorgen.

294 Dafür machen wir uns stark:

- 295 • soziale und funktionale Durchmischung der einzelnen Stadtteile sichern
- 296 • Ausgewogenheit von Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
- 297 • stadtteilbezogene öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Jugendtreffs,
298 Bürgerhäuser sowie nicht-kommerzielle Begegnungsräume
- 299 • Mehrgenerationenhäuser in Gegenden mit guter Versorgung mit vernetzten
300 Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten
- 301 • dezentrale medizinische Versorgung gewährleisten, evtl. in Ortsteilzentren
302 integrieren
- 303 • Flächen für Gewerbe und Wirtschaft bereitstellen
- 304 • Regulierung des Wachstums durch das Baurecht (Bebauungspläne), Schutz der
305 Wohnfunktion
- 306 • Wir wollen bei neuen und bestehenden öffentlichen Plätzen
307 geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für
308 Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten.

309 Potsdamer Mitte weiterentwickeln

310 Die Stadt hat sich für die Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem
311 Landtagsschloss, der Haveluferbebauung, einem modernen Lustgarten und der
312 Qualifizierung der öffentlichen Platzflächen und Räume entschieden und sichtbare
313 Veränderungen bewirkt. Es wurden neue Erlebnisräume geschaffen und für die
314 weitere Entwicklung sozialpolitische und gestalterische Weichen gestellt. Der
315 lebhafteste öffentliche Diskurs hat zur Qualifizierung der Beschlüsse geführt und
316 wird auch die weiteren Entscheidungen prägen. Ziel ist eine multifunktionale,
317 vor allem kulturraffine Stadtmitte, mit sozialverträglichen Mieten, hoher
318 gestalterischer Qualität und lebendigen Räumen. Mit den Planungsprozessen und
319 der sozialverträglichen Vergabe vor allem an Potsdamer
320 Wohnungsbaugenossenschaften ist das neue Quartier am Alten Markt ein gelungener
321 Modellfall für Deutschland.

322 Dafür machen wir uns stark:

- 323 • Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte durch qualifizierte Verfahren und
324 Beteiligung der Öffentlichkeit am Südrand des Lustgartens und im
325 Zusammenhang mit dem Kunst- und Kreativ-Quartier an der
326 Plantage/Feuerwache (siehe Kapitel Kultur).
- 327 • Auch im Baufeld 4 an der Stadt- und Landesbibliothek Entwicklung
328 Konzeptvergabe mit gestalterischen, wirtschaftlichen und insbesondere
329 sozialen Kriterien, Prüfung eines Angebots altersgerechter Wohnungen.
- 330 • Beim Baukomplex Am Alten Markt 10 (Staudenhof) Einhaltung der
331 wirtschaftlichen, sozial- und wohnungspolitischen Prämissen sowie

332 Schaffung eines Modellquartiers für offene, kollektive Wohnformen und
333 nichtkommerzielle Begegnungsräume durch die Pro Potsdam.

334 **Kommunale Forderungen an Bund und Land**

335 Über den Deutschen Städtetag soll Potsdam mit folgenden Forderungen auf
336 grundlegende Änderungen auf Bundes- und Landesebene hinwirken.

337 Dafür machen wir uns stark:

- 338 • Kostenlose Abgabe von Grundstücken für gemeinnützigen Wohnungsbau und
339 soziale Infrastruktur an die Kommunen
- 340 • Förderungen gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit
341 deutlicher Erhöhung der Bindungsfristen
- 342 • Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen Bodenstiftung
343 (zur Sicherung öffentlicher Funktionen und des sozialen Wohnungsbaus)
- 344 • Novellierung des Mietrechts zur stärkeren Begrenzung des Mieteranstiegs
345 entsprechend dem „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“, 2018
- 346 • Kreditaufnahme für das Studentenwerk für den Bau von
347 Studierendenwohnheimen zulassen
- 348 • Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung
349 von Wohnraum, z.B. durch Airbnb

Beschluss Stadtentwicklung: Mieten runter, Lebensqualität hoch!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

350 Potsdams Struktur ist einerseits durch die Lage in dem sich verdichtenden Süd-
351 West-Raum von Berlin und andererseits durch zahlreiche sehr unterschiedliche
352 Stadtteile südlich und nördlich der Havel geprägt.

353 Alles eint die heutige Anforderung einer klimaneutralen Stadtentwicklung, die
354 konsequenter als bisher, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels
355 berücksichtigen muss.

356 Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine lebendige vielfältige
357 Stadtgesellschaft erhalten und wieder neu gestärkt werden.

358 Die aus all dem resultierenden sehr unterschiedlichen Ziele, auch Zielkonflikte,
359 erfordern eine besondere Baukultur, die bürgerschaftliches Engagement,
360 fachlichen Ratschlag und transparente Entscheidungsprozesse zusammenführt.

361 Wachstum abfedern und gestalten

362 Potsdam entwickelt sich erfolgreich zu einem hochattraktiven Wohn- und
363 Geschäftsstandort. Das belebt die Stadt und erzeugt zudem größere Spielräume.
364 Doch entstehen mit dem extrem schnellen Bevölkerungszuwachs Konflikte durch zu
365 große Verdichtung, erhöhte Anforderungen an Infrastrukturflächen, Mobilität,
366 Belastung der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität. Potsdam muss das
367 Wachstum sozialverträglich regulieren.

368 Dafür machen wir uns stark:

- 369 • effiziente Nutzung versiegelter Flächen, beispielsweise durch Sportflächen
370 auf Flachdächern, bei Gewerbeflächen wenn möglich durch
371 Gebäudeaufstockungen
- 372 • Wachstum entlang der Verkehrsstrassen (S+Bahn, bestehende und mögliche,
373 künftige Tramlinien, Bussystem, Rad(Schnell)wege bzw. Errichtung neuer
374 Wohngebiete möglichst zeitgleich in Verbindung mit der Errichtung sozialer
375 und Verkehrsinfrastruktur
- 376 • Umwidmung von größeren Parkplatzflächen und Garagenstandorten für
377 Wohnbebauung und Sportflächen
- 378 • Verdichtung der Wohngebiete vor allem dort, wo kommunales Eigentum,
379 niedrigere Mieten und bessere Verkehrsanbindungen bestehen
- 380 • Neue Bauvorhaben unter Berücksichtigung der Interessen der
381 Nachbarbevölkerung, der gewachsenen Strukturen und des
382 landschaftskulturellen Charakters behutsam entwickeln, keine breite
383 Zersiedelung

384 **Begrenzung des Mietenanstiegs durch strategische**
385 **Bodenpolitik**

386 Ansteigende Mieten und der Austausch der Potsdamer Stadtbevölkerung durch
387 Verdrängung der mittleren Einkommenschichten an die Randgemeinden von Potsdam
388 beängstigt viele Potsdamer*innen. Wir wollen, dass alle, die hier leben, in
389 ihrem vertrauten Kiez zu sozialverträglichen Mieten bleiben können.

390 Das Gleichgewicht der Interessen durch die Ausgestaltung von Mietrecht und
391 Steuerpolitik auf Bundesebene ist zuungunsten der Mieter gestört, die so
392 bewirkte Steigerung der Mieten fällt durch das schnelle Wachstum in Potsdam
393 besonders stark aus. Zwar haben die Sanierungssatzungen den Mietenanstieg
394 verlangsamt, und wurde 20 % städtisches Wohneigentum bewahrt, das zusammen mit
395 dem genossenschaftlichen Eigentum in der Stadt zur Senkung des Mietspiegels
396 beiträgt.

397 Der zunehmend hohe Anteil der Mieten am Einkommen und eine zunehmende Gefährdung
398 der sozialen Vielfalt in den Stadtteilen stören das soziale Klima und den
399 gesellschaftlichen Zusammenhalt empfindlich. Neue, energische Maßnahmen sind
400 dringend erforderlich, um koordiniert auf Bundes-, auf Landes- und auf
401 Stadtebene Mieten- und Bodenspekulation einzudämmen.

402 Dafür machen wir uns stark:

- 403 • 30% des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau
404 ausgeführt werden
- 405 • Erhöhung der Beteiligung von Wohnungsbauinvestor*innen an den Kosten der
406 durch ein Neubauvorhaben verursachten Bedarfe an sozialer Infrastruktur
407 (z.B. Kitaplätze) nach dem sogenannten Potsdamer Baulandmodell
- 408 • Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Potsdam
- 409 • Nutzung des bisher erfolgreichen Instruments der Sanierungssatzung zur
410 Verlangsamung des Mietanstiegs in den dafür geeigneten Stadtgebieten
- 411 • Rechtssichere Mietpreisbremse in Potsdam
- 412 • Bewahrung von 20 % städtischem Wohneigentum am Gesamtbestand, d.h. stetige
413 Neubauinvestition durch die städtische Pro Potsdam
- 414 • Bodenmanagement zum Erhalt und Erwerb wichtiger Entwicklungsgrundstücke,
415 ohne zugleich wertvolle Naturräume infrage zu stellen
- 416 • Priorität der eigenen Entwicklung städtischer Flächen gegenüber dem
417 Verkauf, Stärkung des Erbbaurechts zur Erreichung einer niedrigeren
418 Kostenmiete, so z.B. in Krampnitz
- 419 • Einkauf von Flächen in Neubaugebieten (Bodenmanagement als Ausgangspunkt
420 im Kampf gegen steigende Mieten, z.B. Brauhausberg, Gartenstadt Drewitz)
- 421 • konsequente Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten zum Aufbau eines
422 städtischen Flächenpools aus dem Grundstücke in Erbbaupacht vergeben

- 423 werden können und Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten zu Gunsten
424 Dritter gemeinwohlorientierter Wohnungsmarktakeure
- 425 • Unterstützung von genossenschaftlichem Wohnen
 - 426 • Sicherung der Wohnfunktion in der barocken Innenstadt und in Babelsberg,
427 keine gewerbliche Nutzung von Wohnflächen
 - 428 • Kontrolle der kommerziellen Fremdnutzung von Wohnungen bzw. nach
429 Möglichkeit Umnutzungsverbot (z.B. Airbnb), Regulierung von
430 Urlaubsvermietung
 - 431 • Sicherung von Flächen für den Bau von Studierendenwohnheimen
 - 432 • grundsätzlich Vermeidung von Verkäufen von Grundstücken in städtischem
433 Besitz
 - 434 • Grundstücksverkauf (wenn unvermeidbar) nicht nach Höchstgebot, sondern nur
435 nach einer stärker am Gemeinwohl orientierten Konzeptvergabe wie in den
436 Sanierungsgebieten
 - 437 • enge vertragliche Absicherung wie am Baufeld 3 in der Potsdamer Mitte
438 (Punktesystem, das sozialverträgliches, energieeffizientes, klimaneutrales
439 und gestalterisch qualitätsvolles Bauen begünstigt, kooperative
440 Entscheidungen)

441 **Lebensqualität durch Baukultur**

442 Potsdam hat herausragende Qualitäten durch bedeutende Bauten vom Barock und
443 Klassizismus bis zur Moderne des frühen 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Zeit,
444 eingebettet in eine ökologisch und künstlerisch hochwertige Landschaft, die
445 zugleich Weltkulturerbe ist. Die erste Sanierungswelle nach 1990 hat bauliche
446 Originalsubstanz an Häusern und Straßen in vorbildlicher Weise bewahrt.
447 Weiterbauen heißt hier Verantwortung wahrnehmen und damit zugleich
448 Lebensqualität schützen.

449 Dafür machen wir uns stark:

- 450 • Beachtung der Klimaanforderungen sowie des städtebaulichen und
451 gestalterischen Kontextes bzw. des Ensembledenkens im zeitgenössischen
452 Bauen
- 453 • Mut zu modernen Bauformen
- 454 • öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates zur Steigerung der Bauqualität
- 455 • Würdigung der DDR-Architektur, Erhalt des Minsk, Qualität der DDR-
456 Wohnviertel wahren und weiterentwickeln
- 457 • Sanierungen nach besten energetischen Möglichkeiten
- 458 • Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des Umgebungsschutzes für
459 Denkmale und für die UNESCO-Welterbelandschaft
- 460 • Erhalt und Ertüchtigung der Natursteinpflasterstraßen dort, wo Belange der
461 Barrierefreiheit und der Fahrradfreundlichkeit nicht im Wege stehen. In
462 der Innenstadt sind alle Straßen, besonders die Natursteinpflasterstraßen,
463 zu Lasten der Parkplatzstreifen so umzugestalten, dass Barrierefreiheit
464 gegeben und komfortabler Fahrradverkehr möglich ist.

465 **Lebendige Stadtteile, lebendige Mitten**

466 Jeder Stadtteil hat seine Individualität. Sie reichen von den dörflichen
467 Bereichen im Norden, über die historisch geprägten Brandenburger-, Nauener und
468 Berliner Vorstädte, die Mitte und Babelsberg bis zu den DDR-Plattenbaugebieten
469 von Potsdam-West, Mitte-Süd, Zentrum Ost, Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz
470 sowie zu den neuen Stadtteilen Kirchsteigfeld, Bornstedter Feld, Potsdam-Center
471 und Speicherstadt.

472 Es gilt, für eine breite gesellschaftliche Durchmischung von
473 Bevölkerungsschichten innerhalb der Stadtteile, für gleichberechtigtes Wohnen
474 von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und
475 Einkommensstärken zu sorgen.

476 Dafür machen wir uns stark:

- 477 • soziale und funktionale Durchmischung der einzelnen Stadtteile sichern
- 478 • Ermöglichung der Ausweisung von Milieuschutzgebieten
- 479 • Ausgewogenheit von Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
- 480 • stadtteilbezogene öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Jugendtreffs,
481 Bürgerhäuser sowie nicht-kommerzielle Begegnungsräume
- 482 • Mehrgenerationenhäuser in Gegenden mit guter Versorgung mit vernetzten
483 Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten
- 484 • dezentrale medizinische Versorgung gewährleisten, evtl. in Ortsteilzentren
485 integrieren
- 486 • Stadteigene Gewerbeflächen vorrangig inhaber*ingeführten, nachhaltig
487 wirtschaftenden und gemeinwohlorientierten Projekten und Unternehmen zur
488 Verfügung stellen
- 489 • Regulierung des Wachstums durch das Baurecht (Bebauungspläne), Schutz der
490 Wohnfunktion
- 491 • Wir wollen bei neuen und bestehenden öffentlichen Plätzen
492 geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für
493 Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten.

494 **Potsdamer Mitte weiterentwickeln**

495 Die Stadt hat sich für die Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem
496 Landtagsschloss, der Haveluferbebauung, einem modernen Lustgarten und der
497 Qualifizierung der öffentlichen Platzflächen und Räume entschieden und sichtbare
498 Veränderungen bewirkt. Es wurden neue Erlebnisräume geschaffen und für die
499 weitere Entwicklung sozialpolitische und gestalterische Weichen gestellt. Der
500 lebhaft öffentliche Diskurs hat zur Qualifizierung der Beschlüsse geführt und
501 wird auch die weiteren Entscheidungen prägen. Ziel ist eine multifunktionale,
502 vor allem kulturräffine Stadtmitte, mit sozialverträglichen Mieten, hoher
503 gestalterischer Qualität und lebendigen Räumen. Mit den Planungsprozessen und
504 der sozialverträglichen Vergabe vor allem an Potsdamer
505 Wohnungsbaugenossenschaften ist das neue Quartier am Alten
506 Markt ein gelungener Modellfall für Deutschland. Um die Lebensqualität am
507 künftigen Quartier zu erhöhen, setzen wir uns u.a. für eine Qualifizierung der
508 Grünplanung ein.

509 Dafür machen wir uns stark:

- 510 • Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte durch qualifizierte Verfahren und
511 Beteiligung der Öffentlichkeit am Südrand des Lustgartens und im

- 512 Zusammenhang mit dem Kunst- und Kreativ-Quartier an der Plantage/Feuerwache
513 (siehe Kapitel Kultur).
- 514 • Auch im Baufeld 4 an der Stadt- und Landesbibliothek Entwicklung
515 Konzeptvergabe mit gestalterischen, wirtschaftlichen und insbesondere
516 sozialen Kriterien, Prüfung eines Angebots altersgerechter Wohnungen.
- 517 • Beim Baukomplex Am Alten Markt 10 (Staudenhof) Einhaltung der
518 wirtschaftlichen, sozial- und wohnungspolitischen Prämissen sowie
519 Schaffung eines Modellquartiers für offene, kollektive Wohnformen und
520 nichtkommerzielle Begegnungsräume durch die Pro Potsdam.
- 521 • Mehr Bäume auf dem Alten Markt, Steubenplatz und Lustgarten.

522 **Kommunale Forderungen an Bund und Land**

523 Über den Deutschen Städtetag soll Potsdam mit folgenden Forderungen auf
524 grundlegende Änderungen auf Bundes- und Landesebene hinwirken.

525 Dafür machen wir uns stark:

- 526 • Kostenlose Abgabe von Grundstücken für gemeinnützigen Wohnungsbau und
527 soziale Infrastruktur an die Kommunen
- 528 • Förderungen gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit
529 deutlicher Erhöhung der Bindungsfristen
- 530 • Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen Bodenstiftung
531 (zur Sicherung öffentlicher Funktionen und des sozialen Wohnungsbaus)
- 532 • Novellierung des Mietrechts zur stärkeren Begrenzung des Mieteranstiegs
533 entsprechend dem „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“, 2018
- 534 • bundeseinheitliche Regelung zur frühzeitigen Einbindung von Mietern zur
535 Abstimmung des tatsächlichen Sanierungsbedarfs von Wohnungen.
536 Sanierung die nur der Wertsteigerung der Immobilien und einer Erhöhung der
537 Mieten dienen, wollen wir verhindern.
- 538 • Kreditaufnahme für das Studentenwerk für den Bau von
539 Studierendenwohnheimen zulassen
- 540 • Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung
541 von Wohnraum, z.B. durch Airbnb und zur Verhinderung des spekulativen
542 leer stehen lassens von Wohnraum

A3NEU5 Natur- und Umweltschutz im wachsenden Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

543 Ressourcenmanagement

544 In einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lassen sich ausreichende Ressourcen
545 in guter Qualität nur durch klare Abstimmung von Nutzungsmaßen und deren
546 Management – und Kontrolle – erreichen. Es existieren datenbasierte Erfahrungen
547 dazu (Klimaschutzkonzept, Aktionsplan Masterplan Kommune Klimaschutz bis 2050).
548 Wir wollen sie einsetzen und zur Qualifizierung von klaren Maßen von ihrer
549 Nutzung oder auch ihren Einflüssen, wie bei den Schadstoffen nutzen. Potsdam hat
550 Probleme beim Lärm (z.B. Bahntrassen längs der Wohnbebauungen in Babelsberg, P-
551 West, Nutheschnellstraße) , bei Luftschadstoffen (Feinstaub, NO_x,
552 Schwermetallen), Boden- und Wasserschadstoffen (Altlasten,
553 Grundwasserbelastungen, Schadstoffeinträge z.B. bei Graffitibeseitigungen).

554 Wir wollen klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
555 und Potsdam lebenswert erhalten. Hierbei soll der Schutz von Grünflächen stärker
556 berücksichtigt werden, und in Einzelfallprüfungen für den jeweiligen Standort,
557 die Interessen zur Bebauung mit dem Erhalt der Natur sorgfältig abgewogen
558 werden.

559 Auch unter hohem Wachstumsdruck lässt sich in Potsdam ausreichend Grün erhalten,
560 in guter Qualität aber nur durch überlegte Entwicklung der Siedlungen und Schutz
561 wertvollen Grüns. Oft ist das Grün der entscheidende Punkt für hohe
562 Lebensqualität und die Attraktivität Potsdams. Aber auch Wildtiere wie Vögel und
563 Insekten profitieren davon. Das soll so bleiben. Auch wenn eine vorsichtige
564 Verdichtung der Stadt sinnvoll ist, müssen die Funktionen und Werte der grünen
565 Adern durch die Stadt, ihre Plätze und Parks möglichst vollständig erhalten
566 bleiben.
567 Erst recht wenn es sich um kulturell bedeutendes Grün geht wiegt deren Wert
568 Gewinne durch Neubebauung und Verdichtung schnell auf. Es geht gerade hier um
569 eine Festlegung der Entwicklung Potsdams zugunsten von Grün. Durch das
570 Umweltmonitoring (Grünvolumen) liegen seit 1992 für Potsdam zuverlässige Daten
571 vor, um die Entwicklung anhand von überprüfbaren Indikatoren ausgewogen zu
572 gestalten.

573 Für alle Lagen in der Stadt sollen tragfähige Werte gefunden und minimale
574 Grünmengen und anzustrebende Grünmengen vereinbart werden.

575 Dafür machen wir uns stark:

- 576 • klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
- 577 • Refugien erhalten
- 578 • Konkret Standorte ansprechen und lokale Lösungen zur Konfliktbewältigung
579 finden
- 580 • Konsequente Umsetzung des Maßnahmenkatalogs aus dem Potsdamer
581 Klimaschutzkonzept
- 582 • Konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Beschluss zum
583 Potsdamer Klimaschutz Masterplan „100 % Klimaschutzkommune“ bis 2050
- 584 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Lärmaktionsplans
- 585 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Luftreinhalteplans
- 586 • Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
- 587 • Einbindung des Know-Hows wissenschaftlicher Einrichtung in Potsdam durch
588 Kooperationen mit z.B.: PIK, UNI, FH, IASS, GFZ, ATB, ETB, DIfE.

589 **Mehr Bäume für Potsdam**

590 Der Baumbestand in Potsdam besonders in den Straßen ist nicht nur zu erhalten,
591 sondern in kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Dies ist nicht nur aus
592 ästhetischen Gründen erstrebenswert, sondern verbessert auch das Kleinklima in
593 Potsdam und stabilisiert den Wasserhaushalt. Ein besonderes Augenmerk soll den
594 Alleen in und um Potsdam gelten. Sie sind nicht nur als wichtige
595 Naturbestandteile und Luftreiniger, sondern auch als Bestandteil der
596 Kulturgeschichte und landschaftsprägende Bestandteile zu erhalten und zu
597 erneuern.

598 **Naturhaushaltsplan aufstellen**

599 In den Städten wird das Ziel der nachhaltigen Entwicklung konkret. Wir möchten,
600 dass Potsdam in Zukunft neben den finanziellen und personellen Ressourcen auch
601 über die natürlichen Ressourcen der Stadt Rechenschaft ablegt. Dazu soll die
602 Stadt einen Naturhaushaltsplan erstellen, in dem Budgetgrenzen für die
603 Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Ziele für die Umweltqualität gesetzt
604 werden. Mit einem solchen "Ökobudget" erhält die Potsdamer Kommunalpolitik ein
605 Rahmensteuerungsinstrument, mit dem die natürlichen Ressourcen der Stadt im
606 Querschnitt über alle Einzelprodukte des städtischen Haushaltes anhand von
607 definierten Kennzahlen und zeitbezogenen Zielen geschickt organisiert werden.

608 **Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung**

609 Auch in einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lässt sich ausreichend Wasser
610 in guter Qualität nur durch den Einsatz von effizienten Anlagen zur
611 Abwasserbehandlung und -wiederverwendung sowie zur Trinkwasseraufbereitung
612 sicherstellen. Mit fortschrittlichen Technologien sowohl für die kommunale
613 Wasserwirtschaft als auch für industrielle Anlagen sind Wasser- und
614 Abwasserlösungen mit Hilfe von Filtrationstechnologien, über Biofeststoff-
615 Management bis hin zu modernen Prozesssteuerungen Wassermanagement-Lösungen
616 möglich.

617 Demografische Veränderungen, die Klimakrise, die Energiewende, das Alter der
618 installierten Technik: Der Anpassungs- und Modernisierungsdruck bei den
619 Infrastrukturen zur Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung ist enorm.
620 Innerstädtische Überflutungen und gewässerschädliche Mischwasserüberläufe
621 infolge von überlasteten Kanälen bei Starkregen sind auch in Potsdam weit
622 verbreitet und bereiten ernsthafte Probleme.

623 Die zunehmende und flächendeckende Belastung von Gewässern mit anthropogenen
624 Spurenstoffen wie Arzneimitteln, Industriechemikalien oder Pflanzenschutzmitteln
625 stellt gesteigerte Anforderungen an die Behandlungsverfahren für Trinkwasser und
626 Abwasser zugleich.

627 Nicht zuletzt ist die ressourcenintensive Wasserwirtschaft dazu aufgefordert,
628 ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

629 Dafür machen wir uns stark:

- 630 • Bei künftigen Neubauten und Bestandssanierungen sind Grau- und
631 Schwarzwasserkreisläufe mit zu planen (z.B. Aufbereitung von Abwasser aus
632 Dusche/Badewanne zur Wiederverwendung als Toilettenspülwasser).
- 633 • Großflächenversickerung auf geeigneten Flächen.
- 634 • Grundwasserneubildung über Uferfiltration.
- 635 • Sparsamer und effizienterer Umgang mit kostbarem Trinkwasser.
- 636 • Erstellung von Notfallplänen für eventuelle Versorgungsengpässe.

637 Angesichts zunehmender Trockenheit in den Sommern gilt es, das Wasser in der
638 Landschaft zu halten. Die Verunreinigung von Seen und Flüssen durch ungeklärte
639 Einleitung von Straßenwasser zu unterbinden. Das Wasser von versiegelten Flächen
640 ist daher vorrangig zu versickern, statt in Flüsse und Seen eingeleitet zu
641 werden.

642 Dafür machen wir uns stark:

- 643 • Entfernung anthropogener Spurenstoffe (z.B. multiresistente Keime).
- 644 • Phosphatrecycling.
- 645 • Abgereinigtes Wasser in der Region halten (Stichpunkt:
646 Großflächenversickerung).

647 **Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern**

648 Die Stadt Potsdam hat bereits viele, aber noch nicht sämtliche Ziele in der
649 Abfallpolitik erreicht. Sie darf sich daher nicht auf dem Erreichten ausruhen.
650 Beim Abfallmanagement steht Abfallvermeidung an erster Stelle. Es muss weiter
651 daran gearbeitet werden, Vermeidung, Erfassung und Verwertung von Abfällen unter
652 umwelt- und ressourcenpolitischen Gesichtspunkten zu verbessern.

653 Dafür machen wir uns stark:

- 654 • In Potsdam soll, wie in vielen anderen Kommunen auch, eine Wertstofftonne
655 anstelle der gelben Tonne eingeführt werden, in der neben Verpackungen
656 auch andere, stoffgleiche Abfälle gesammelt werden.
- 657 • Transparenz und Informationen darüber, wie die eingesammelten Abfälle
658 tatsächlich entsorgt bzw. verwertet werden um überprüfen zu können, ob und
659 wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes eingehalten werden.
- 660 • Der innerstädtische Wertstoffhof in Babelsberg sollte neben dem zentralen
661 Wertstoffhof in Drewitz aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit und der
662 Verkehrsvermeidung erhalten und im Potsdamer Norden ein weiterer
663 Wertstoffhof eingerichtet werden.
- 664 • Um die bisherigen Überlegungen, mit umliegenden Landkreisen eine
665 Verwertung von Bioabfällen in einer gemeinsamen Bioabfallvergärungsanlage
666 vorzunehmen, müssen die Stadt und die Stadtentsorgung Potsdam (STEP) am
667 Vorhaben festhalten und es zeitnah umsetzen.
- 668 • Bei städtischen und bei privat organisierten Großveranstaltungen sind
669 Abfälle durch Nutzung von Einweggeschirr möglichst zu vermeiden. Dies ist
670 im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung von der Stadt vertraglich
671 festzuschreiben.
- 672 • Das Mehrweg-Pfandbechersystem „PotsPresso“ ist perspektivisch und
673 organisatorisch beim städtischen Entsorger StEP anzusiedeln.

674 **Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss** 675 **machen**

676 Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und landwirtschaftliche Entwicklung in
677 der Stadtverordnetenversammlung muss endlich ein Fachausschuss werden, der den
678 umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen in der Landeshauptstadt Potsdam
679 gerecht wird. Bisher interessieren sich die meisten Stadtverordneten in diesem
680 Ausschuss kaum für Nachhaltigkeitsthemen – und so gut wie gar nicht für Energie-
681 und Klimapolitik. Dies muss anders werden! In diesem Ausschuss sollen zukünftig
682 vorwiegend Entscheidungen unter dem Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten
683 diskutiert und entschieden werden. Auch der Neubau von Straßen ist durch den
684 Umwelt- und Klimaausschuss zu prüfen.

685 **Netzwerkarbeit und Bürgerbeteiligung für Klima-**
686 **und Umweltschutz**

687 Dafür machen wir uns stark:

- 688 • Bestehende Foren und Netzwerke ausbauen. Hinter der Kommunikation darf
689 nicht nur die bloße Information von Bürger*innen stehen, sondern es muss
690 ein Gesamtkonzept geben, das auch eine Dialogkomponente und die
691 Beteiligungsmöglichkeiten berücksichtigt.
- 692 • Klimapreis zur Klimawoche weiterentwickeln (z.B. autofreie Tage).
- 693 • Stadtteilkonferenzen als neues Format des kommunalen Klimaschutzes. Das
694 Kernelement für den Bereich Haushalte ist dabei die Erstellung eines
695 integrierten Kommunikationskonzeptes.
- 696 • Entwicklung von neuen Kommunikationsstrategien.
- 697 • Akteure aus der Zivilgesellschaft identifizieren, zusammenzubringen und so
698 bereits vorhandenes Engagement für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.
- 699 • Bildung einer Klimapartnerschaft.
- 700 • Bestehenden Angebote fortführen und weiter ausbauen.

Beschluss Natur- und Umweltschutz im wachsenden Potsdam

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

701 Ressourcenmanagement

702 In einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lassen sich ausreichende Ressourcen
703 in guter Qualität nur durch klare Abstimmung von Nutzungsmaßen und deren
704 Management – und Kontrolle – erreichen. Es existieren datenbasierte Erfahrungen
705 dazu (Klimaschutzkonzept, Aktionsplan Masterplan Kommune Klimaschutz bis 2050).
706 Wir wollen sie einsetzen und zur Qualifizierung von klaren Maßen von ihrer
707 Nutzung oder auch ihren Einflüssen, wie bei den Schadstoffen nutzen. Potsdam hat
708 Probleme beim Lärm (z.B. Bahntrassen längs der Wohnbebauungen in Babelsberg, P-
709 West, Nutheschnellstraße) , bei Luftschadstoffen (Feinstaub, NO_x,
710 Schwermetallen), Boden- und Wasserschadstoffen (Altlasten,
711 Grundwasserbelastungen, Schadstoffeinträge z.B. bei Graffitibeseitigungen).

712 Wir wollen klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
713 und Potsdam lebenswert erhalten. Hierbei soll der Schutz von Grünflächen stärker
714 berücksichtigt werden, und in Einzelfallprüfungen für den jeweiligen Standort,
715 die Interessen zur Bebauung mit dem Erhalt der Natur sorgfältig abgewogen
716 werden.

717 Auch unter hohem Wachstumsdruck lässt sich in Potsdam ausreichend Grün erhalten,
718 in guter Qualität aber nur durch überlegte Entwicklung der Siedlungen und Schutz
719 wertvollen Grüns. Oft ist das Grün der entscheidende Punkt für hohe
720 Lebensqualität und die Attraktivität Potsdams. Aber auch Wildtiere wie Vögel und
721 Insekten profitieren davon. Das soll so bleiben. Auch wenn eine vorsichtige
722 Verdichtung der Stadt sinnvoll ist, müssen die Funktionen und Werte der grünen
723 Adern durch die Stadt, ihre Plätze und Parks möglichst vollständig erhalten
724 bleiben.
725 Erst recht wenn es sich um kulturell bedeutendes Grün geht wiegt deren Wert
726 Gewinne durch Neubebauung und Verdichtung schnell auf. Es geht gerade hier um
727 eine Festlegung der Entwicklung Potsdams zugunsten von Grün. Durch das
728 Umweltmonitoring (Grünvolumen) liegen seit 1992 für Potsdam zuverlässige Daten
729 vor, um die Entwicklung anhand von überprüfbaren Indikatoren ausgewogen zu
730 gestalten.

731 Für alle Lagen in der Stadt sollen tragfähige Werte gefunden und minimale
732 Grünmengen und anzustrebende Grünmengen vereinbart werden.

733 Dafür machen wir uns stark:

- 734 • klare Grenzen, die zukünftige Entwicklungen nicht in Frage stellen
- 735 • Refugien erhalten
- 736 • Konkret Standorte ansprechen und lokale Lösungen zur Konfliktbewältigung
737 finden
- 738 • Konsequente Umsetzung des Maßnahmenkatalogs aus dem Potsdamer
739 Klimaschutzkonzept
- 740 • Konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Beschluss zum
741 Potsdamer Klimaschutz Masterplan „100 % Klimaschutzkommune“ bis 2050
- 742 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Lärmaktionsplans
- 743 • Fortschreibung und konsequente Umsetzung des Potsdamer Luftreinhalteplans
- 744 • Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
- 745 • Einbindung des Know-Hows wissenschaftlicher Einrichtung in Potsdam durch
746 Kooperationen mit z.B.: PIK, UNI, FH, IASS, GFZ, ATB, ETB, DIfE.

747 **Mehr Bäume für Potsdam**

748 Der Baumbestand in Potsdam besonders in den Straßen ist nicht nur zu erhalten,
749 sondern in kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Dies ist nicht nur aus
750 ästhetischen Gründen erstrebenswert, sondern verbessert auch das Kleinklima in
751 Potsdam und stabilisiert den Wasserhaushalt. Ein besonderes Augenmerk soll den
752 Alleen in und um Potsdam gelten. Sie sind nicht nur als wichtige
753 Naturbestandteile und Luftreiniger, sondern auch als Bestandteil der
754 Kulturgeschichte und landschaftsprägende Bestandteile zu erhalten und zu
755 erneuern.

756 **Naturhaushaltsplan aufstellen**

757 In den Städten wird das Ziel der nachhaltigen Entwicklung konkret. Wir möchten,
758 dass Potsdam in Zukunft neben den finanziellen und personellen Ressourcen auch
759 über die natürlichen Ressourcen der Stadt Rechenschaft ablegt. Dazu soll die
760 Stadt einen Naturhaushaltsplan erstellen, in dem Budgetgrenzen für die
761 Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Ziele für die Umweltqualität gesetzt
762 werden. Mit einem solchen "Ökobudget" erhält die Potsdamer Kommunalpolitik ein
763 Rahmensteuerungsinstrument, mit dem die natürlichen Ressourcen der Stadt im
764 Querschnitt über alle Einzelprodukte des städtischen Haushaltes anhand von
765 definierten Kennzahlen und zeitbezogenen Zielen geschickt organisiert werden.

766 **Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung**

767 Auch in einer dicht besiedelten Stadt wie Potsdam lässt sich ausreichend Wasser
768 in guter Qualität nur durch den Einsatz von effizienten Anlagen zur
769 Abwasserbehandlung und -wiederverwendung sowie zur Trinkwasseraufbereitung
770 sicherstellen. Mit fortschrittlichen Technologien sowohl für die kommunale
771 Wasserwirtschaft als auch für industrielle Anlagen sind Wasser- und
772 Abwasserlösungen mit Hilfe von Filtrationstechnologien, über Biofeststoff-
773 Management bis hin zu modernen Prozesssteuerungen Wassermanagement-Lösungen
774 möglich.

775 Demografische Veränderungen, die Klimakrise, die Energiewende, das Alter der
776 installierten Technik: Der Anpassungs- und Modernisierungsdruck bei den
777 Infrastrukturen zur Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung ist enorm.
778 Innerstädtische Überflutungen und gewässerschädliche Mischwasserüberläufe
779 infolge von überlasteten Kanälen bei Starkregen sind auch in Potsdam weit
780 verbreitet und bereiten ernsthafte Probleme.

781 Die zunehmende und flächendeckende Belastung von Gewässern mit anthropogenen
782 Spurenstoffen wie Arzneimitteln, Industriechemikalien oder Pflanzenschutzmitteln
783 stellt gesteigerte Anforderungen an die Behandlungsverfahren für Trinkwasser und
784 Abwasser zugleich.

785 Nicht zuletzt ist die ressourcenintensive Wasserwirtschaft dazu aufgefordert,
786 ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

787 Dafür machen wir uns stark:

- 788 • Bei künftigen Neubauten und Bestandssanierungen sind Grau- und
789 Schwarzwasserkreisläufe mit zu planen (z.B. Aufbereitung von Abwasser aus
790 Dusche/Badewanne zur Wiederverwendung als Toilettenspülwasser).
- 791 • Großflächenversickerung auf geeigneten Flächen.
- 792 • Grundwasserneubildung über Uferfiltration.
- 793 • Sparsamer und effizienterer Umgang mit kostbarem Trinkwasser.
- 794 • Erstellung von Notfallplänen für eventuelle Versorgungsengpässe.

795 Angesichts zunehmender Trockenheit in den Sommern gilt es, das Wasser in der
796 Landschaft zu halten. Die Verunreinigung von Seen und Flüssen durch ungeklärte
797 Einleitung von Straßenwasser zu unterbinden. Das Wasser von versiegelten Flächen
798 ist daher vorrangig zu versickern, statt in Flüsse und Seen eingeleitet zu
799 werden.

800 Dafür machen wir uns stark:

- 801 • Entfernung anthropogener Spurenstoffe (z.B. multiresistente Keime).
- 802 • Phosphatrecycling.
- 803 • Abgereinigtes Wasser in der Region halten (Stichpunkt:
804 Großflächenversickerung).

805 **Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern**

806 Die Stadt Potsdam hat bereits viele, aber noch nicht sämtliche Ziele in der
807 Abfallpolitik erreicht. Sie darf sich daher nicht auf dem Erreichten ausruhen.
808 Beim Abfallmanagement steht Abfallvermeidung an erster Stelle. Es muss weiter
809 daran gearbeitet werden, Vermeidung, Erfassung und Verwertung von Abfällen unter
810 umwelt- und ressourcenpolitischen Gesichtspunkten zu verbessern.

811 Dafür machen wir uns stark:

- 812 • In Potsdam soll, wie in vielen anderen Kommunen auch, eine Wertstofftonne
813 anstelle der gelben Tonne eingeführt werden, in der neben Verpackungen
814 auch andere, stoffgleiche Abfälle gesammelt werden.
- 815 • Transparenz und Informationen darüber, wie die eingesammelten Abfälle
816 tatsächlich entsorgt bzw. verwertet werden um überprüfen zu können, ob und
817 wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes eingehalten werden.
- 818 • Der innerstädtische Wertstoffhof in Babelsberg sollte neben dem zentralen
819 Wertstoffhof in Drewitz aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit und der
820 Verkehrsvermeidung erhalten und im Potsdamer Norden ein weiterer
821 Wertstoffhof eingerichtet werden.
- 822 • Um die bisherigen Überlegungen, mit umliegenden Landkreisen eine
823 Verwertung von Bioabfällen in einer gemeinsamen Bioabfallvergärungsanlage
824 vorzunehmen, müssen die Stadt und die Stadtentsorgung Potsdam (STEP) am
825 Vorhaben festhalten und es zeitnah umsetzen.
- 826 • Bei städtischen und bei privat organisierten Großveranstaltungen sind
827 Abfälle durch Nutzung von Einweggeschirr möglichst zu vermeiden. Dies ist
828 im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung von der Stadt vertraglich
829 festzuschreiben.
- 830 • Das Mehrweg-Pfandbechersystem „PotsPresso“ ist perspektivisch und
831 organisatorisch beim städtischen Entsorger StEP anzusiedeln.

832 **Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss** 833 **machen**

834 Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und landwirtschaftliche Entwicklung in
835 der Stadtverordnetenversammlung muss endlich ein Fachausschuss werden, der den
836 umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen in der Landeshauptstadt Potsdam
837 gerecht wird. Bisher interessieren sich die meisten Stadtverordneten in diesem
838 Ausschuss kaum für Nachhaltigkeitsthemen – und so gut wie gar nicht für Energie-
839 und Klimapolitik. Dies muss anders werden! In diesem Ausschuss sollen zukünftig
840 vorwiegend Entscheidungen unter dem Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten
841 diskutiert und entschieden werden. Auch der Neubau von Straßen ist durch den
842 Umwelt- und Klimaausschuss zu prüfen.

843 **Netzwerkarbeit und Bürgerbeteiligung für Klima-**
844 **und Umweltschutz**

845 Dafür machen wir uns stark:

- 846 • Bestehende Foren und Netzwerke ausbauen. Hinter der Kommunikation darf
847 nicht nur die bloße Information von Bürger*innen stehen, sondern es muss
848 ein Gesamtkonzept geben, das auch eine Dialogkomponente und die
849 Beteiligungsmöglichkeiten berücksichtigt.
- 850 • Klimapreis zur Klimawoche weiterentwickeln (z.B. autofreie Tage).
- 851 • Stadtteilkonferenzen als neues Format des kommunalen Klimaschutzes. Das
852 Kernelement für den Bereich Haushalte ist dabei die Erstellung eines
853 integrierten Kommunikationskonzeptes.
- 854 • Entwicklung von neuen Kommunikationsstrategien.
- 855 • Akteure aus der Zivilgesellschaft identifizieren, zusammenzubringen und so
856 bereits vorhandenes Engagement für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.
- 857 • Bildung einer Klimapartnerschaft.
- 858 • Bestehenden Angebote fortführen und weiter ausbauen.

A4NEU3 Klimaschutz fängt vor Ort an!

Antragsteller*innen:

Text

859 Die Klimakrise verändert die Welt, in der wir leben, entscheidend. Sie hat
860 vielfältige Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch
861 auf unser tägliches Leben. Erschreckende Beispiele, wie tauende Gletscher,
862 verändertes Verhalten von Zugvögeln, Artensterben, Dürresommer, Waldbrände,
863 Flutkatastrophen, Orkanbildungen oder veränderte Jahreszeiten sind bereits die
864 ersten Vorboten.

865 Auch in unserer Region Berlin-Brandenburg haben die klimatischen Veränderungen
866 schon erhebliche Auswirkungen. Sommerliche Dürreperioden, großflächige
867 Waldbrände und sinkende Grundwasserstände, gehen einher mit Orkan- und
868 Starkregenereignissen, die auch zu erheblichen Veränderungen von Flora und Fauna
869 führen.

870
871 Die Pariser Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir auch auf
872 kommunaler Ebene alle geeigneten Maßnahmen unverzüglich und konsequent umsetzen.
873 Potsdam hat das Potential, zu einer Modellkommune für lokalen Klimaschutz zu
874 werden. Daran wollen wir gemeinsam in einem breit angelegten Bündnis aus
875 Bürger*innen, Verwaltung, kommunalen Unternehmen und lokaler Wirtschaft
876 arbeiten.

877 Zukunftsweisende Mobilität, energieeffiziente Gebäude und intelligente
878 Energieversorgungseinrichtungen und -netze müssen das Wachstum der Stadt Potsdam
879 nachhaltig gestalten. Mit innovativen Technologien können auch Potsdamer
880 Stadtplaner*innen die Stadt umweltfreundlicher machen, ihr eine höhere
881 Lebensqualität bieten und dabei Kosten sparen.

882 Dafür machen wir uns stark:

- 883 • konsequente Umsetzung der bereits von der Stadtverordnetenversammlung
884 beschlossenen Klimaschutzziele (20 % CO₂-Reduzierung bis 2020 und
885 mittelfristige Erreichung der Klima-Bündnisvorgabe von 2,5 t CO₂ pro
886 Einwohner):
 - 887 ◦ Klimatische Ausgleichsfunktion zur Unterstützung bei der
888 Klimaanpassung;
 - 889 ◦ Renaturierung, Sicherung und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern
890 und Niedermooren;
 - 891 ◦ Sofortige Umsetzung der Maßnahmen mit großem CO₂-
892 Reduktionspotenzial.
- 893 • mit der Stadt als vorbildlicher Akteur die konsequente Weiterverfolgung
894 des Weges zur 100% Masterplan-Kommune Klimaschutz bis 2050, zur Minderung
895 der CO₂-Emissionen durch:
 - 896 ◦ klimaverträgliche Wärmedämmung der Gebäude;

- 897 ◦ Einsatz effizienter Kraft-Wärme-Kopplung;
- 898 ◦ sparsamer Elektrogeräte und Beleuchtungssysteme
- 899 ◦ sowie regenerative Energieerzeugung;
- 900 ◦ Potsdam durch Senkung der Abgas- und Emissionswerte für bessere
901 Luftqualität
- 902 ◦ und den Ausbau von Grünflächen.

903 Nachhaltige Bauleitplanung als Bündelung der 904 Fachplanungen

905 Die Bauleitplanung ist ein elementarer Bestandteil der kommunalen
906 Selbstverwaltung. Baugesetzbuch, Naturschutzgesetz, Raumordnungs- und
907 Landesplanungsgesetz geben dabei den Rahmen für eine nachhaltige
908 Siedlungsentwicklung vor.

909 Zum Klimaschutz sind bei der Siedlungsentwicklung auch energetische
910 Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Kurze Wege, eine gute Anbindung an den
911 öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie eine energetisch effiziente
912 Bauweise und Energieversorgung sind Elemente einer energieoptimierten
913 Siedlungsentwicklung.

914 Um die Anforderungen des Klimaschutzes in die Stadtentwicklung zu integrieren
915 und gesamtstädtisch einzubetten, bieten das integrierte Klimaschutzkonzept
916 Potsdams sowie das Maßnahmenpaket aus der Masterplan Kommune Klimaschutz gute
917 Voraussetzungen. Nun gilt es, hieraus eine verbindlichere „Energie- und
918 Klimaleitplanung“ zu entwickeln, mit der Schwerpunkte der Energieeinsparung und
919 der Energieversorgung formuliert werden, Zielkonflikte abgewogen und Synergien
920 hergestellt werden. Eine verbindliche "Energie- und Klimaleitplanung" kann eine
921 integrative und kommunikative Wirkung sowohl in Hinblick auf die gesamte
922 Stadtentwicklungspolitik, als auch auf die meist technisch ausgerichteten
923 Einzelmaßnahmen entfalten.

924 Die Abwägung der Umweltbelange ist auch in größerem Zusammenhang zu betrachten.

925 Potsdam ist Bestandteil des sogenannten engeren Verflechtungsraumes Berlin-
926 Brandenburg – einem wachsenden eng besiedelten Siedlungsraumes. Viele Erfolge
927 zur Klimaanpassung und Energieeffizienzsteigerung können insbesondere in
928 interkommunaler Zusammenarbeit erreicht werden: mit unseren Nachbarn, die oft
929 auch Potsdams Angebote nutzen, seien es z.B. die Verkehrsnetze, die nicht an der
930 Stadtgrenze enden, oder Hochschulen und Einkaufsmöglichkeiten.

931 Dafür machen wir uns stark:

- 932 • Alle Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung (Flächennutzungsplan
933 und Bebauungspläne) in die Planungen einbeziehen.
- 934 • Anwendung des reformierten Städtebauinstrumentariums (z.B. Planungs- und
935 Sanierungsrecht für Klimabelange einsetzen, Quartierskonzepte statt

- 936 Individuallösungen präferieren, Voraussetzungen für KfW-Gebäuförderung
937 nutzen).
- 938 • Parallel zur existierenden verbindlichen Bauleitplanung ist eine
939 Energieleitplanung als neues, dauerhaftes Planungsinstrument der Stadt zu
940 schaffen. Auch die Energieleitplanung muss soweit wie möglich
941 verbindlichen Charakter haben.
 - 942 • Ausbau der Verbundstrategie mit klaren Zielvereinbarungen
943 zwischenkommunalen Unternehmen und der Stadt. Dazu soll ein
944 Klimaschutzbezogenes Bonus-Malus-System bei der Vergütung von
945 Entscheidungsträgern eingeführt werden. Dabei ist der Energieverbrauch
946 sowie der CO₂-Ausstoß sowohl bei den kommunalen Beteiligungen der
947 Landeshauptstadt Potsdam als auch in der Verwaltung deutlich zu senken und
948 über Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Geschäftsführern sowie den
949 Geschäftsbereichen verbindlich festzulegen.
 - 950 • Optimierung der energetischen Sanierung im Denkmalschutz und im UNESCO-
951 Welterbe.
 - 952 • Bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen die technischen, baulich-
953 gestalterischen, ökonomischen, demografischen sowie ökologischen Ansprüche
954 an Gebäude, mit bewährten und innovativen technischen Lösungen im Sinne
955 der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Nachhaltiges Bauen setzt eine
956 ganzheitliche Betrachtung eines Gebäudes voraus.
 - 957 • Die regelmäßige Unterstützung energieeffizienter und ökologischer
958 Sanierungen von Gebäuden durch die Klimastadt Potsdam: Hierfür fordern wir
959 die Einrichtung eines Klimaschutzfonds, aus dem höhere Investive Ausgaben
960 für den Klimaschutz sinnvoll abgepuffert werden können.
 - 961 • Innovative, aufeinander abgestimmte Lichtsysteme für den Innen- wie
962 Außenbereich, die arbeitsaktives Licht mit hoher Wirtschaftlichkeit und
963 Umweltfreundlichkeit verbinden. Wir fordern dies mit dem beschlossenen
964 Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen: Moderne
965 Beleuchtung sollte eine positive Lichtatmosphäre schaffen, die
966 Lichtverschmutzung reduzieren und Energie sparen.
 - 967 • Typologisierung von Stadtgebieten zum Zweck geeignete Maßnahmen zum
968 Klimaschutz individuell und passgenau umzusetzen.

969 **Energieversorgung und Infrastruktur**

970 Der städtische Strom- und Wärmerzeuger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)
971 muss so schnell wie möglich den mittel- bis langfristigen Umstieg auf 100 %
972 „Erneuerbare Energien“ (sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich) vollziehen.
973 Bei den bisher von der Stadtverwaltung benannten Umsetzungsschritten des
974 Maßnahmenpaktes zum Klimaschutzkonzept stehen erster Linie CO₂ Reduktionen im
975 Vordergrund. Eine umzusetzende Energiestrategie hin zu 100% erneuerbaren
976 Energien ist jedoch nicht Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Daher muss auch

977 der angestrebten Energiewende Rechnung getragen und konventionelle Energieträger
978 bis 2050 Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzen werden.

979 Dafür machen wir uns stark:

- 980 • Ausnutzung des Potenzials aus Erneuerbaren Energien in der Strom- und
981 Wärmeversorgung
- 982 • Energie muss für alle Potsdamer*innen bezahlbar bleiben. Mit den
983 städtischen Unternehmen sind Maßnahmen zu vereinbaren, die Energiearmut
984 und Energieschulden vermeiden helfen und die auch Mieter*innen die
985 Möglichkeit eröffnet, regenerativ erzeugte Energie zu beziehen
986 (Mieterstrom und ähnliches).
- 987 • Senkung der Systemtemperaturen in der Fernwärme. Dazu ist das Potsdamer
988 Fernwärmenetz für dezentral gewonnene Erdwärme und Solarthermie zu öffnen,
989 um zu einem schrittweisen Übergang zur Energieerzeugung ohne Nutzung
990 fossiler Brennstoffe überzuleiten.
- 991 • Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen.
- 992 • Alle städtischen Flächen und sonstigen Potentiale (z. B. jährliche
993 Sonneneinstrahlung, Windpotential) für Wind, Sonne, tiefe und
994 oberflächennahe Geothermie sowie Biomasse systematisch zu erfassen und die
995 Ergebnisse einer öffentlichen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien
996 zugrunde zu legen.
- 997 • Die Dachflächen städtischer Gebäude bieten ein riesiges, bisher
998 ungenutztes Potential zur Energiegewinnung mittels Solartechnik. Auch
999 Häuserfassaden können auf diese Art zur Energiegewinnung genutzt werden.
1000 Nach dem Vorbild Berlins setzen wir uns für einen Masterplan Solarcity
1001 ein, um das solare Potential zum Klimaschutz in Potsdam zu nutzen.
- 1002 • Neuauflage der EWP-Energiestrategie mit genauen Maßnahmen- und
1003 Umsetzungsschritten zur Zielerreichung der Masterplan Kommune 100%
1004 Klimaschutz.
- 1005 • Umsetzung und Fortführung der Beschlusslage zur aktiven Bürgerbeteiligung
1006 an der EWP

1007 **Energieverbrauch von Gebäuden senken**

1008 Gebäude sind in Deutschland für 40 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich.
1009 Damit bieten sie ein enormes Einsparpotenzial. Mit effizienten Technologien
1010 lassen sich Strom- und Wärmeverbrauch und CO₂-Emissionen von Gebäuden senken,
1011 ohne auf Komfort verzichten zu müssen. Bei bestehenden Gebäuden stehen den
1012 einmaligen Kosten für die energetischen Modernisierungsmaßnahmen alljährliche
1013 Einsparungen bei den Energiekosten und ein dauerhafter Anstieg des Wohnkomforts
1014 und der Wohnbehaglichkeit gegenüber.

1015 Dafür machen wir uns stark:

- 1016 • In der Potsdamer Modellkommune Klimaschutz muss es selbstverständlich
1017 sein, vorbildlich energieeffizient und ökologisch neu zu bauen. Für die
1018 Stadt Potsdam bedeutet dies, bei Neubauten, mindestens das Niveau eines
1019 Effizienzhauses-55 zu erreichen. Die Modernisierung des städtischen
1020 Gebäudebestandes (inkl. der Gebäude der städtischen Gesellschaften) muss
1021 auf einem hohen Energieeffizienzniveau weiter vorangebracht werden. Dabei
1022 soll soweit wie möglich auf eine Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien
1023 gesetzt werden.

- 1024 • Erhöhung der Energiestandards im Neubaubereich: In Neubaugebieten muss als
1025 Mindeststandard eine um zwanzig Prozentpunkte bessere Energieeffizienz
1026 gelten, als die gültige Energieeinsparverordnung (EnEV) verlangt. Das
1027 entspricht einem Energieeffizienzhaus-55, das von der Kreditanstalt für
1028 Wiederaufbau (KfW) mit zinsgünstigen Krediten und Tilgungszuschüssen
1029 gefördert wird.

- 1030 • Dieser Standard muss für Neubauten, aber auch beim Verkauf oder der
1031 Bebauung stadteigener Grundstücke festgelegt werden.

- 1032 • Hohe Effizienzstandards und der Einsatz Erneuerbarer Energien auch bei
1033 kommunalen Gesellschaften mit baulichen Aufgaben, an denen die Stadt
1034 Potsdam beteiligt ist, sollten für den Klimaschutz vorbildlich agieren.

- 1035 • Wir fordern, dass die Stadt bei öffentlichen Baumaßnahmen den Einsatz
1036 natürlicher Baustoffe zur Grundlage aller Ausschreibungen macht.

- 1037 • Die Verwaltung soll die privaten Gebäudeeigentümer der Stadt durch
1038 verbesserte Energieberatung (Stichpunkt Klimaagentur) dabei unterstützen,
1039 ihre Gebäude energetisch vorbildlich zu modernisieren, um so ihren Beitrag
1040 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands zu leisten.

Beschluss Klimaschutz fängt vor Ort an!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

1041 Die Klimakrise verändert die Welt, in der wir leben, entscheidend. Sie hat
1042 vielfältige Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch
1043 auf unser tägliches Leben. Erschreckende Beispiele, wie tauende Gletscher,
1044 verändertes Verhalten von Zugvögeln, Artensterben, Dürresommer, Waldbrände,
1045 Flutkatastrophen, Orkanbildungen oder veränderte Jahreszeiten sind bereits die
1046 ersten Vorboten.

1047 Auch in unserer Region Berlin-Brandenburg haben die klimatischen Veränderungen
1048 schon erhebliche Auswirkungen. Sommerliche Dürreperioden, großflächige
1049 Waldbrände und sinkende Grundwasserstände, gehen einher mit Orkan- und
1050 Starkregenereignissen, die auch zu erheblichen Veränderungen von Flora und Fauna
1051 führen.

1052

1053 Die Pariser Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir auch auf
1054 kommunaler Ebene alle geeigneten Maßnahmen unverzüglich und konsequent umsetzen.
1055 Potsdam hat das Potential, zu einer Modellkommune für lokalen Klimaschutz zu
1056 werden. Daran wollen wir gemeinsam in einem breit angelegten Bündnis aus
1057 Bürger*innen, Verwaltung, kommunalen Unternehmen und lokaler Wirtschaft
1058 arbeiten.

1059 Zukunftsweisende Mobilität, energieeffiziente Gebäude und intelligente
1060 Energieversorgungseinrichtungen und -netze müssen das Wachstum der Stadt Potsdam
1061 nachhaltig gestalten. Mit innovativen Technologien können auch Potsdamer
1062 Stadtplaner*innen die Stadt umweltfreundlicher machen, ihr eine höhere
1063 Lebensqualität bieten und dabei Kosten sparen.

1064 Dafür machen wir uns stark:

- 1065 • die bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen
1066 Klimaschutzziele müssen konsequent weiterverfolgt werden (20 % CO₂-
1067 Reduzierung bis 2020 und mittelfristige Erreichung der Klima-
1068 Bündnisvorgabe von 2,5 t CO₂ pro Einwohner):
 - 1069 ◦ Ausbau der regenerativen Energien im Stadtgebiet im Einklang mit
1070 Natur und Denkmalschutz;
 - 1071 ◦ Klimatische Ausgleichsfunktion durch konsequente Erhaltung von Grün-
1072 und Waldflächen, um z.B. den Luftaustausch bei sommerlicher
1073 Wärmebelastung zu gewährleisten;
 - 1074 ◦ Renaturierung, Sicherung und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern
1075 und Niedermooren;
 - 1076 ◦ Sofortige Umsetzung der Maßnahmen mit großem CO₂-
1077 Reduktionspotenzial;

- 1078 ◦ Transparenter, öffentlicher Überblick über den aktuellen Status
1079 sowie des Zeitplans zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des
1080 Masterplans 100% Klimaschutz Potsdam (z.B. in einem Online-Portal).
- 1081 • konsequente Weiterverfolgung des Weges zur 100% Masterplan-Kommune
1082 Klimaschutz bis 2050 mit allen Mitteln, die der Landeshauptstadt als
1083 vorbildlicher Akteur zur Verfügung stehen, vor allem:
1084 ◦ energetische Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung;
- 1085 ◦ Modernisierung des Flottenbestandes mit dem Ziel, die Abgas- und
1086 Emissionswerte soweit wie möglich zu senken
- 1087 ◦ Dachbegrünung kommunaler Liegenschaften prüfen und nach Möglichkeit
1088 realisieren;
- 1089 ◦ mit jedem einzelnen kommunalen Unternehmen entsprechende Ziele und
1090 Maßnahmenkataloge für das jeweilige Unternehmen erarbeiten und
1091 verbindlich vereinbaren.

1092 Nachhaltige Bauleitplanung als Bündelung der 1093 Fachplanungen

1094 Die Bauleitplanung ist ein elementarer Bestandteil der kommunalen
1095 Selbstverwaltung. Baugesetzbuch, Naturschutzgesetz, Raumordnungs- und
1096 Landesplanungsgesetz geben dabei den Rahmen für eine nachhaltige
1097 Siedlungsentwicklung vor.

1098 Zum Klimaschutz sind bei der Siedlungsentwicklung auch energetische
1099 Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Kurze Wege, eine gute Anbindung an den
1100 öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie eine energetisch effiziente
1101 Bauweise und Energieversorgung sind Elemente einer energieoptimierten
1102 Siedlungsentwicklung.

1103 Um die Anforderungen des Klimaschutzes in die Stadtentwicklung zu integrieren
1104 und gesamtstädtisch einzubetten, bieten das integrierte Klimaschutzkonzept
1105 Potsdams sowie das Maßnahmenpaket aus der Masterplan Kommune Klimaschutz gute
1106 Voraussetzungen. Nun gilt es, hieraus eine verbindlichere „Energie- und
1107 Klimaleitplanung“ zu entwickeln, mit der Schwerpunkte der Energieeinsparung und
1108 der Energieversorgung formuliert werden, Zielkonflikte abgewogen und Synergien
1109 hergestellt werden. Eine verbindliche "Energie- und Klimaleitplanung" kann eine
1110 integrative und kommunikative Wirkung sowohl in Hinblick auf die gesamte
1111 Stadtentwicklungspolitik, als auch auf die meist technisch ausgerichteten
1112 Einzelmaßnahmen entfalten.

1113 Die Abwägung der Umweltbelange ist auch in größerem Zusammenhang zu betrachten.

1114 Potsdam ist Bestandteil des sogenannten engeren Verflechtungsraumes Berlin-
1115 Brandenburg – einem wachsenden eng besiedelten Siedlungsraumes. Viele Erfolge
1116 zur Klimaanpassung und Energieeffizienzsteigerung können insbesondere in
1117 interkommunaler Zusammenarbeit erreicht werden: mit unseren Nachbarn, die oft
1118 auch Potsdams Angebote nutzen, seien es z.B. die Verkehrsnetze, die nicht an der
1119 Stadtgrenze enden, oder Hochschulen und Einkaufsmöglichkeiten.

1120 Dafür machen wir uns stark:

- 1121 • Alle Möglichkeiten der klimagerechten Bauleitplanung (Flächennutzungsplan
1122 und Bebauungspläne) in die Planungen einbeziehen.
- 1123 • Anwendung des reformierten Städtebauinstrumentariums (z.B. Planungs- und
1124 Sanierungsrecht für Klimabelange einsetzen, Quartierskonzepte statt
1125 Individuallösungen präferieren, Voraussetzungen für KfW-Gebäuförderung
1126 nutzen).
- 1127 • Parallel zur existierenden verbindlichen Bauleitplanung ist eine
1128 Energieleitplanung als neues, dauerhaftes Planungsinstrument der Stadt zu
1129 schaffen. Auch die Energieleitplanung muss soweit wie möglich
1130 verbindlichen Charakter haben.
- 1131 • Ausbau der Verbundstrategie mit klaren Zielvereinbarungen
1132 zwischenkommunalen Unternehmen und der Stadt. Dazu soll ein
1133 Klimaschutzbezogenes Bonus-Malus-Systems bei der Vergütung von
1134 Entscheidungsträgern eingeführt werden. Dabei ist der Energieverbrauch
1135 sowie der CO₂-Ausstoß sowohl bei den kommunalen Beteiligungen der
1136 Landeshauptstadt Potsdam als auch in der Verwaltung deutlich zu senken und
1137 über Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Geschäftsführern sowie den
1138 Geschäftsbereichen verbindlich festzulegen.
- 1139 • Optimierung der energetischen Sanierung im Denkmalschutz und im UNESCO-
1140 Welterbe.
- 1141 • Bei der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen die technischen, baulich-
1142 gestalterischen, ökonomischen, demografischen sowie ökologischen Ansprüche
1143 an Gebäude, mit bewährten und innovativen technischen Lösungen im Sinne
1144 der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Nachhaltiges Bauen setzt eine
1145 ganzheitliche Betrachtung eines Gebäudes voraus.
- 1146 • Die regelmäßige Unterstützung energieeffizienter und ökologischer
1147 Sanierungen von Gebäuden durch die Klimastadt Potsdam: Hierfür fordern wir
1148 die Einrichtung eines Klimaschutzfonds (Klimaschutzstiftung), mit dem
1149 höhere Investitionen für den Klimaschutz von Privatpersonen und
1150 Unternehmen unterstützt werden können.
- 1151 • Innovative, aufeinander abgestimmte Lichtsysteme für den Innen- wie
1152 Außenbereich, die arbeitsaktives Licht mit hoher Wirtschaftlichkeit und
1153 Umweltfreundlichkeit verbinden. Wir fordern dies mit dem beschlossenen
1154 Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen: Moderne
1155 Beleuchtung sollte eine positive Lichtatmosphäre schaffen, die
1156 Lichtverschmutzung reduzieren und Energie sparen.
- 1157 • Typologisierung von Stadtgebieten, um geeignete Maßnahmen zum Klimaschutz
1158 individuell und passgenau umzusetzen. Je nach Siedlungsstruktur,
1159 Einwohnerdichte, Versiegelungsgrad oder Heizwärmebedarf können
1160 unterschiedliche Maßnahmen sinnvoll und effizient sein.

1161 **Energieversorgung und Infrastruktur**

1162 Der städtische Strom- und Wärmerzeuger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)
 1163 muss so schnell wie möglich den mittel- bis langfristigen Umstieg auf 100 %
 1164 „Erneuerbare Energien“ (sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich) vollziehen.
 1165 Bei den bisher von der Stadtverwaltung benannten Umsetzungsschritten des
 1166 Maßnahmenpaktes zum Klimaschutzkonzept stehen erster Linie CO₂ Reduktionen im
 1167 Vordergrund. Eine umzusetzende Energiestrategie hin zu 100% erneuerbaren
 1168 Energien ist jedoch nicht Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Daher muss auch
 1169 der angestrebten Energiewende Rechnung getragen und konventionelle Energieträger
 1170 bis 2050 Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien ersetzen werden.

1171 Dafür machen wir uns stark:

- 1172 • Rekommunalisierung der Energie und Wasser Potsdam (EWP).
- 1173 • Systematische Erschließung des des Potenzials für Erneuerbare Energien in
 1174 der Strom- und Wärmeversorgung.
- 1175 • Energie muss für alle Potsdammer*innen bezahlbar bleiben. Mit den
 1176 städtischen Unternehmen sind Maßnahmen zu vereinbaren, die Energiearmut
 1177 und Energieschulden vermeiden helfen und die auch Mieter*innen die
 1178 Möglichkeit eröffnet, regenerativ erzeugte Energie zu beziehen
 1179 (Mieterstrom und ähnliches).
- 1180 • Senkung der Systemtemperaturen in der Fernwärme. Dazu ist das Potsdamer
 1181 Fernwärmenetz für dezentral gewonnene Erdwärme und Solarthermie zu öffnen,
 1182 um zu einem schrittweisen Übergang zur Energieerzeugung ohne Nutzung
 1183 fossiler Brennstoffe überzuleiten.
- 1184 • Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen.
- 1185 • Alle städtischen Flächen und sonstigen Potentiale (z. B. jährliche
 1186 Sonneneinstrahlung, Windpotential) für Wind, Sonne, tiefe und
 1187 oberflächennahe Geothermie sowie Biomasse systematisch zu erfassen und die
 1188 Ergebnisse einer öffentlichen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien
 1189 zugrunde zu legen.
- 1190 • Die Dachflächen städtischer Gebäude bieten ein riesiges, bisher
 1191 ungenutztes Potential zur Energiegewinnung mittels Solartechnik. Auch
 1192 Häuserfassaden können auf diese Art zur Energiegewinnung genutzt werden.
 1193 Nach dem Vorbild Berlins setzen wir uns für einen Masterplan Solarcity
 1194 ein, um das solare Potential zum Klimaschutz in Potsdam zu nutzen.
- 1195 • Neuauflage der EWP-Energiestrategie mit genauen Maßnahmen- und
 1196 Umsetzungsschritten zur Zielerreichung der Masterplan Kommune 100%
 1197 Klimaschutz.
- 1198 • Umsetzung und Fortführung der Beschlusslage zur aktiven Bürgerbeteiligung
 1199 an der EWP

1200 **Energieverbrauch von Gebäuden senken**

1201 Gebäude sind in Deutschland für 40 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich.
1202 Damit bieten sie ein enormes Einsparpotenzial. Mit effizienten Technologien
1203 lassen sich Strom- und Wärmeverbrauch und CO₂-Emissionen von Gebäuden senken,
1204 ohne auf Komfort verzichten zu müssen. Bei bestehenden Gebäuden stehen den
1205 einmaligen Kosten für die energetischen Modernisierungsmaßnahmen alljährliche
1206 Einsparungen bei den Energiekosten und ein dauerhafter Anstieg des Wohnkomforts
1207 und der Wohnbehaglichkeit gegenüber.

1208 Dafür machen wir uns stark:

- 1209 • Die Stadt Potsdam muss ihrer Vorbildfunktion bei allen Neubauvorhaben und
1210 Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen ohne Abstriche gerecht werden.
 - 1211 ◦ Neubauten der Stadt und der städtischen Unternehmen müssen künftig
1212 bei Wohngebäuden das Niveau eines Effizienzhauses 40 erreichen, und
1213 bei Nichtwohngebäuden das Niveau eines Effizienzhauses 55.
 - 1214 ◦ Die Modernisierung des städtischen Gebäudebestandes (inkl. der
1215 Gebäude der städtischen Gesellschaften) muss auf einem hohen
1216 Energieeffizienzniveau weiter vorangebracht werden.
 - 1217 ◦ Sowohl bei Neubauten als auch Gebäudemodernisierungen der Stadt soll
1218 sie soweit wie möglich auf eine Wärmeversorgung mit Erneuerbaren
1219 Energien setzen. In geeigneten Flächen sind gebäudeintegrierte
1220 Solaranlagen der neuesten Generation zu realisieren, die als
1221 Leuchtturm und Vorbild für private Bauherren dienen.
- 1222 • In der Stadt gibt es vielfältige Wärmequellen, die für die erneuerbare
1223 Wärmeversorgung von Gebäuden genutzt werden können, beispielsweise im
1224 Abwassersystem. Bauherren soll es ermöglicht werden, diese Wärmequellen im
1225 Rahmen des technisch Möglichen zu erschließen. Die Stadt und die
1226 städtischen Unternehmen müssen hierfür die bislang ungenutzte Abwärme
1227 öffentlicher Einrichtungen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen
1228 gewerbliche Abwärmemengen für die Fernwärmeversorgung in Potsdam
1229 erschlossen werden.
- 1230 • Hohe Effizienzstandards und der Einsatz Erneuerbarer Energien auch bei
1231 kommunalen Gesellschaften mit baulichen Aufgaben, an denen die Stadt
1232 Potsdam beteiligt ist, sollten für den Klimaschutz vorbildlich agieren.
- 1233 • Wir fordern, dass die Stadt bei öffentlichen Baumaßnahmen verbindliche
1234 Anforderungen für die Ökobilanz verwendeter Materialien bzw. gesamter
1235 Gebäude definiert, die den gesamten Lebenszyklus (Herstellung, Bau,
1236 Nutzung, Instandhaltung, Rückbau und Entsorgung) berücksichtigen. Grundlage

1237 dafür sollen etablierte Zertifizierungssysteme (z.B. das Deutsche
1238 Gütesiegel Nachhaltiges Bauen) sein.

1239 • Durch geeignete Anreizsysteme sollen auch private Bauträger zur Einhaltung
1240 dieser Standards angehalten werden.

1241 • Die Verwaltung soll die privaten Gebäudeeigentümer der Stadt durch
1242 verbesserte Energieberatung (Stichpunkt Klimaagentur) dabei unterstützen,
1243 ihre Gebäude energetisch vorbildlich zu modernisieren, um so ihren Beitrag
1244 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands zu leisten.

A5 Mobilität neu denken: Verkehrswende für Potsdam!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

1245 Potsdam wird immer noch vom Autoverkehr dominiert. Dies führt zu schlechter
1246 Luft, hohen Treibhausgas-Emissionen, Lärm, langen Staus, zugeparkten Geh- und
1247 Radwegen, zu wenig Investitionsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr
1248 (ÖPNV) und vielen Unfallrisiken für Fußgänger und Radfahrer. Wir beobachten,
1249 dass es zurzeit eine massive Verletzung der Flächengerechtigkeit gibt: Eine
1250 Minderheit von Personen beansprucht mit dem PKW den größten Teil der Flächen im
1251 Verkehrsraum; dies geschieht zulasten derer, die zu Fuß gehen oder das Rad
1252 nutzen, im Verkehrsraum aber an den Rand gedrängt werden; Busse stehen zudem im
1253 Stau.

1254 Wir wollen, dass Potsdam wieder eine Stadt für alle wird, in der das öffentliche
1255 Leben von Menschen und nicht von Autos geprägt ist. Dazu müssen der motorisierte
1256 Individualverkehr reduziert und der Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)
1257 ausgebaut werden.

1258 Auf dem Weg zur Fahrradstadt

1259 Fahrradfahren schont das Klima, fördert die Gesundheit, erzeugt keine Abgase
1260 oder Lärm und verursacht keine Staus. Der Ausbau eines guten Radwegenetzes ist
1261 deutlich preisgünstiger und nachhaltiger als Investitionen in den Autoverkehr.
1262 Der positive Effekt des Radverkehrskonzeptes ist spürbar, aber noch nicht
1263 durchgreifend genug.

1264 Dafür machen wir uns stark:

- 1265 • den Anteil des Fahrradverkehrs auf mindestens 40% des gesamten
1266 Verkehrsaufkommens (Modal Split) erhöhen.
- 1267 • Förderung des Radverkehrs grundsätzlich nicht zu Lasten der
1268 Fußgänger*innen, sondern zu Lasten der Parkflächen und Fahrbahnen.
- 1269 • konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.
- 1270 • beschleunigte Realisierung der geplanten Radschnellwege nach Krampnitz,
1271 Werder, Berlin, Stahnsdorf und Teltow.
- 1272 • Abstellanlagen für Fahrräder an geeigneten Haltestellen des ÖPNV und
1273 insbesondere an Bahnhöfen, ggf. zulasten von PKW-Parkplätzen (Bike&Ride).
- 1274 • Mehr Abstellanlagen für Fahrräder anstelle von Autoparkplätzen vor
1275 Einrichtungen und vor Mehrfamilienhäusern in Wohngebieten.
- 1276 • Das Angebot von Leihrädern, auch Lastenfahrräder, stadtweit
1277 weiterentwickeln - nicht nur im Stadtzentrum
- 1278 • finanzielle Förderung der Anschaffung von Lastenrädern bei gleichzeitigem
1279 Verzicht aufs Auto
- 1280 • Ausbau der Uferwege: Hauptbahnhof bis Zeppelinstraße, Hauptbahnhof bis
1281 Hermannswerder
- 1282 • Mehr Öffentlichkeitsarbeit, z.B. 1 x pro Jahr kostenlose Fahrradklinik in
1283 den Stadtteilen (gefördert durch die Stadt Potsdam).
- 1284 • Solarfahrradwege prüfen
- 1285 • Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit auch von Natursteinpflasterstraßen

1286 Ausbau des städtischen ÖPNV

1287 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist umweltverträglich, kostengünstig
1288 und für viele Potsdamer*innen bereits eine gute Alternative zum Auto. Auch für
1289 Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen ist er eine Ergänzung, wenn der Weg zu
1290 weit oder das Wetter schlecht ist. Damit aber noch mehr Menschen bereit sind,
1291 vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, ist ein Umdenken in der städtischen
1292 Verkehrsplanung hin zu deutlich mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV nötig.

1293 Dafür machen wir uns stark:

- 1294 • gemeindeübergreifende Konzepte, bessere Abstimmungen mit dem Umland, einen
1295 gemeinsamen Verkehrsbetrieb.
- 1296 • Erweiterung des Tramnetzes (Bsp.: Verlängerung vom Campus Jungferensee nach
1297 Krampnitz und Fahrland und evtl. später weiter nach Marquardt, Verknüpfung
1298 von Babelsberg und Stern, Verlängerung vom Endpunkt Kirschallee nach

1299 Bornim, Anbindung von Eiche-Golm, Verlängerung nach Bergholz-Rehbrücke in
1300 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark)

1301 • Erweiterung des Busliniennetzes: dabei wollen wir eine stärkere Vernetzung
1302 des Liniennetzes durch Lückenschlüsse, eine bessere Einbindung von
1303 Bahnhöfen und mehr Querverbindungen zu den sternförmigen Strecken in die
1304 Innenstadt, bisher nicht angeschlossene Gebiete wie das Industriegebiet
1305 Potsdam-Süd von Waldstadt aus anschließen, Fahrzeitverkürzungen durch
1306 Buslinien in möglichst gerader Linie statt Schlangenlinien und in weiten
1307 Bögen – dadurch nicht mehr erreichte Haltestellen müssen durch andere,
1308 parallel führende Linien angefahren werden.

1309 • zusätzliche Regionalbahnlinien gemeinsam mit den Umlandgemeinden
1310 schaffen:

1311 ◦ Stammbahn von Brandenburg HBF über Potsdam HBF über Griebnitzsee,
1312 Dreilinden, Kleinmachnow nach Zehlendorf, dann parallel zur S1 zum
1313 Potsdamer Platz und weiter nach Berlin HBF.

1314 ◦ Spandau-Bahn von Potsdam HBF über Golm und Marquardt nach Berlin-
1315 Spandau.

1316 • in jedem Stadtteil städtische Mobilitätsstationen zur Anmietung von
1317 (Lasten-) Fahrrädern, (Elektro-) Rollern und (Elektro-) Autos mit Umstieg
1318 auf ÖPNV aufbauen – inkl. eines integrierten Tarifsystems (Kombi-Tarife)

1319 • günstige Jobtickets fördern (dabei sollte die Stadt als Vorbild für andere
1320 Arbeitgeber vorangehen).

1321 • Einführung des 365 Euro-Jahresticket, auch für Pendler*innen. Nach
1322 Schaffung der landesgesetzlichen Grundlagen: Bürgerticket einführen.

1323 • Park&Ride-Konzept aktualisieren und konsequent umsetzen (z.B. am Havel-
1324 Nuthe-Center).

1325 • erste Schritte zum autonomen Fahren testen (Kramnitz/Bornstedter Feld),
1326 Einsatzmöglichkeiten auf der „letzten Meile“, d.h. von Wohngebieten zu
1327 Haltestellen des ÖPNV.

1328 Mobilitätswende für Klima- und Gesundheitsschutz

1329 Der Autoverkehr ist in Potsdam für ca. 30% des CO²-Ausstoßes verantwortlich und
1330 verbraucht gleichzeitig einen überproportionalen Anteil der Gesamtinvestitionen
1331 in die Mobilität. Hier gibt es ein Gerechtigkeitsdefizit zulasten
1332 umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie des Klimaschutzes. Motorisierter
1333 Individualverkehr ist auch die Quelle für gesundheitsschädlichen Feinstaub,
1334 Stickoxide und Lärm. Stadtplanung und Investitionen müssen daher eine
1335 Mobilitätswende zum Ziel haben. Der Neubau einer Umgehungsstraße mit drittem
1336 Havelübergang (Havelspange/Westtangente) würde Umwelt zerstören, neue Verkehre
1337 anziehen und keine Entlastungswirkung haben. Er steht damit einer
1338 zukunftsorientierten nachhaltigen Mobilität unvereinbar entgegen und wird von
1339 uns vehement abgelehnt.

1340 Dafür machen wir uns stark:

- 1341 • mehr Gerechtigkeit bei Investitionen in den Verkehr: Diese sollen sich
1342 zukünftig an den Anteilen der jeweiligen Mobilitätsformen am
1343 Gesamtverkehrsaufkommen orientieren (Modal Split).
- 1344 • Anteil des Autoverkehrs durch umweltverträgliche Mobilitätsformen
1345 verringern.
- 1346 • Elektro- und Hybridbusse (ÖPNV, Tourismusbusse) sowie Umrüstung älterer
1347 Dieselnissen auf Elektroantrieb.
- 1348 • Ausbau stadtweiter E-Tankstellen.
- 1349 • Konzept und Förderung für umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr
1350 (Lastenfahräder, gebündelter Lieferverkehr), Förderung von Lieferverkehr
1351 mit E-Lastenrädern (z.B. Paketdienste).
- 1352 • Reduzierung des innerstädtischen LKW-Verkehrs durch geeignete Maßnahmen,
1353 insbesondere an stark belasteten Straßen, z.B. Behlertstraße und Potsdamer
1354 Straße.
- 1355 • verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, z.B. „Tag des ÖPNV“ in Potsdam
1356 etablieren. Stärkere Bewerbung der flexiblen Nutzung und Kombination
1357 umweltfreundlicher Verkehrsmittel.
- 1358 • innovative Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel des
1359 Umweltverbundes.
- 1360 • Prüfung zum Einsatz von Oberleitungsbussen auf einzelnen Strecken.

1361 Verkehrssicherheit erhöhen

1362 Verkehrsunfälle haben besonders für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen
1363 ernste Folgen. Eine Verkehrsplanung die sich vorrangig an Fußgänger*innen und
1364 Fahrradfahrer*innen orientiert, stellt damit die Sicherheit der Menschen und
1365 nicht das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt.

1366 Dafür machen wir uns stark:

- 1367 • eine Stadt ohne Verkehrstote und Verletzte („Vision Zero“).
- 1368 • Grundsätzlich Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im bebauten Stadtgebiet;
1369 Tempo 20-Zonen in Kita- und Schulbereichen.
- 1370 • Ampelregelungen zugunsten Rad, Fuß und ÖPNV stärken. Grüne Welle für
1371 Radfahrer und ÖPNV statt für Autos.
- 1372 • LKWs der Stadt und der städtischen Betriebe mit Abbiegewarnsystem
1373 ausstatten
- 1374 • Stärkere Förderung von Verkehrsunterricht in den Schulen
- 1375 • mehr Sicherheit für Radfahrer: wenn möglich Radwege baulich trennen, sonst
1376 farbliche Kennzeichnung und Rubbelstreifen, Tempolimits für Autos,
1377 Schutzstreifen (Radfahrstreifen auf der Fahrbahn) mit angemessener Breite
1378 einrichten.

1379 **Dominanz des Autoverkehrs verringern - Lebensqualität**
1380 **erhöhen**

1381 Die Potsdamer*innen leiden täglich unter Abgasen und verstopften Straßen. Die
1382 Potenziale zur Reduzierung von Fahrzeugzahlen im täglichen Verkehr sollten
1383 ausgeschöpft werden, um den Verkehr zu verflüssigen und Abgase zu vermeiden.

1384 Ein großer Teil der Flächen in Potsdam wird vom Autoverkehr (Straßen und
1385 Parkplätze) in Anspruch genommen. Wir wollen, dass insbesondere in der
1386 Innenstadt und in anderen Wohnquartieren qualitätsvolle Freiräume zur Entfaltung
1387 urbanen Lebens ohne Autoverkehr entstehen.

1388 Dafür machen wir uns stark:

- 1389 • die Innenstadt und die Kieze autofrei entwickeln: In der Innenstadt
1390 umgehend mit den Abschnitten zwischen Gutenberg- und Charlottenstraße
1391 beginnen. In den Kiezen autofreie Stadtteilzentren schaffen. Dabei ist
1392 aber auch den Bedürfnissen von mobilitätseingeschränkten Personen und
1393 Einzelhändler*innen durch Ausnahmeregelungen (ggf. zeitlich beschränkt)
1394 Rechnung zu tragen.
- 1395 • Durchgangsverkehre verringern.
- 1396 • Erhöhung der Parkkosten: Kosten für Anwohnerparken, Ausweitung der
1397 Parkraumbewirtschaftung.
- 1398 • Verringerung der vorhandenen PKW-Parkplätze bei gleichzeitigem Ausbau von
1399 Park&Ride.
- 1400 • Bebauungspläne nur noch mit einem Parkplatzangebot von 0.5 Fahrzeugen pro
1401 Wohneinheit (nach dem Vorbild von Krampnitz).
- 1402 • Abschaffung der Stellplatzsatzung, nach der die Zahl der Stellplätze beim
1403 Neubau eines Gebäudes vorgeschrieben wird. Dadurch werden Stellplätze

1404 auch dann gefordert, wenn sich die Bewohner eines Hauses gegen ein eigenes
1405 Auto entscheiden oder eine gute ÖPNV-Anbindung keine/wenige Stellplätze
1406 nötig macht. Die Baukosten werden unnötig erhöht und führen damit auch zu
1407 höheren Mieten.

1408 • flexible Verkehrsregelungen an den Stadträndern, um einfließenden Verkehr
1409 auf ein hinsichtlich Lebensqualität und Verkehrsfluss günstiges Maß zu
1410 drosseln (z.B. Pfortnerampeln, LKW-Leitsystem).

1411 • Reduzierung von Fahrzeugzahlen durch Carsharing-Initiativen, insbesondere
1412 mit Elektrofahrzeugen, ggf. städtisches Carsharing einführen.

1413 • Förderung von Mitfahrinitiativen (z.B. durch Kennzeichnung von Fahrzeugen,
1414 die über Mitnahmekapazitäten verfügen).

Beschluss Mobilität neu denken: Verkehrswende für Potsdam!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

1415 Potsdam wird immer noch vom Autoverkehr dominiert. Dies führt zu schlechter
1416 Luft, hohen Treibhausgas-Emissionen, Lärm, langen Staus, zugeparkten Geh- und
1417 Radwegen, zu wenig Investitionsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr
1418 (ÖPNV) und vielen Unfallrisiken für Fußgänger und Radfahrer. Wir beobachten,
1419 dass es zurzeit eine massive Verletzung der Flächengerechtigkeit gibt: Eine
1420 Minderheit von Personen beansprucht mit dem PKW den größten Teil der Flächen im
1421 Verkehrsraum; dies geschieht zulasten derer, die zu Fuß gehen oder das Rad
1422 nutzen, im Verkehrsraum aber an den Rand gedrängt werden; Busse stehen zudem im
1423 Stau.

1424 Wir wollen, dass Potsdam wieder eine Stadt für alle wird, in der das öffentliche
1425 Leben von Menschen und nicht von Autos geprägt ist. Dazu müssen der motorisierte
1426 Individualverkehr reduziert und der Umweltverbund (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)
1427 ausgebaut werden.

1428 Auf dem Weg zur Fahrradstadt

1429 Fahrradfahren schont das Klima, fördert die Gesundheit, erzeugt keine Abgase
1430 oder Lärm und verursacht keine Staus. Der Ausbau eines guten Radwegenetzes ist
1431 deutlich preisgünstiger und nachhaltiger als Investitionen in den Autoverkehr.
1432 Der positive Effekt des Radverkehrskonzeptes ist spürbar, aber noch nicht
1433 durchgreifend genug.

1434 Dafür machen wir uns stark:

- 1435 • den Anteil des Fahrradverkehrs auf mindestens 40% des gesamten
1436 Verkehrsaufkommens (Modal Split) erhöhen.
- 1437 • Förderung des Radverkehrs grundsätzlich nicht zu Lasten der
1438 Fußgänger*innen, sondern zu Lasten der Parkflächen und Fahrbahnen.
- 1439 • konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.
- 1440 • beschleunigte Realisierung der geplanten Radschnellwege nach Krampnitz,
1441 Werder, Berlin, Stahnsdorf und Teltow.
- 1442 • Abstellanlagen für Fahrräder an geeigneten Haltestellen des ÖPNV und
1443 insbesondere an Bahnhöfen, ggf. zulasten von PKW-Parkplätzen (Bike&Ride).
- 1444 • Mehr Abstellanlagen für Fahrräder anstelle von Autoparkplätzen vor
1445 Einrichtungen und vor Mehrfamilienhäusern in Wohngebieten.
- 1446 • Das Angebot von Leihrädern, auch Lastenfahrräder, stadtweit
1447 weiterentwickeln - nicht nur im Stadtzentrum
- 1448 • finanzielle Förderung der Anschaffung von Lastenrädern bei gleichzeitigem
1449 Verzicht aufs Auto
- 1450 • Ausbau der Uferwege: Hauptbahnhof bis Zeppelinstraße, Hauptbahnhof bis
1451 Hermannswerder
- 1452 • Mehr Öffentlichkeitsarbeit, z.B. 1 x pro Jahr kostenlose Fahrradklinik in
1453 den Stadtteilen (gefördert durch die Stadt Potsdam).
- 1454 • Solarfahrradwege prüfen
- 1455 • Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit auch von Natursteinpflasterstraßen

1456 Ausbau des städtischen ÖPNV

1457 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist umweltverträglich, kostengünstig
1458 und für viele Potsdamer*innen bereits eine gute Alternative zum Auto. Auch für
1459 Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen ist er eine Ergänzung, wenn der Weg zu
1460 weit oder das Wetter schlecht ist. Damit aber noch mehr Menschen bereit sind,
1461 vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, ist ein Umdenken in der städtischen
1462 Verkehrsplanung hin zu deutlich mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV nötig.

1463 Dafür machen wir uns stark:

- 1464 • gemeindeübergreifende Konzepte, bessere Abstimmungen mit dem Umland, einen
1465 gemeinsamen Verkehrsbetrieb.
- 1466 • Erweiterung des Tramnetzes (Bsp.: Verlängerung vom Campus Jungferensee nach
1467 Krampnitz und Fahrland und evtl. später weiter nach Marquardt, Verknüpfung
1468 von Babelsberg und Stern, Verlängerung vom Endpunkt Kirschallee nach

1469 Bornim, Anbindung von Eiche-Golm, Verlängerung nach Bergholz-Rehbrücke in
1470 Kooperation mit Potsdam-Mittelmark)

1471 • Erweiterung des Buslinienetzes: dabei wollen wir eine stärkere Vernetzung
1472 des Liniennetzes durch Lückenschlüsse, eine bessere Einbindung von
1473 Bahnhöfen und mehr Querverbindungen zu den sternförmigen Strecken in die
1474 Innenstadt, bisher nicht angeschlossene Gebiete wie das Industriegebiet
1475 Potsdam-Süd von Waldstadt aus anschließen, Fahrzeitverkürzungen durch
1476 Buslinien in möglichst gerader Linie statt Schlangenlinien und in weiten
1477 Bögen – dadurch nicht mehr erreichte Haltestellen müssen durch andere,
1478 parallel führende Linien angefahren werden.

1479 • zusätzliche Regionalbahnlinien gemeinsam mit den Umlandgemeinden
1480 schaffen:

1481 ◦ Stammbahn von Brandenburg HBF über Potsdam HBF über Griebnitzsee,
1482 Dreilinden, Kleinmachnow nach Zehlendorf, dann parallel zur S1 zum
1483 Potsdamer Platz und weiter nach Berlin HBF.

1484 ◦ Spandau-Bahn von Potsdam HBF über Golm und Marquardt nach Berlin-
1485 Spandau.

1486 • in jedem Stadtteil städtische Mobilitätsstationen zur Anmietung von
1487 (Lasten-) Fahrrädern, (Elektro-) Rollern und (Elektro-) Autos mit Umstieg
1488 auf ÖPNV aufbauen – inkl. eines integrierten Tarifsystems (Kombi-Tarife)

1489 • günstige Jobtickets fördern (dabei sollte die Stadt als Vorbild für andere
1490 Arbeitgeber vorangehen).

1491 • Einführung des 365 Euro-Jahresticket, auch für Pendler*innen. Nach
1492 Schaffung der landesgesetzlichen Grundlagen: Bürgerticket einführen.

1493 • Park&Ride-Konzept aktualisieren und konsequent umsetzen (z.B. am Havel-
1494 Nuthe-Center).

1495 • erste Schritte zum autonomen Fahren testen (Kramnitz/Bornstedter Feld),
1496 Einsatzmöglichkeiten auf der „letzten Meile“, d.h. von Wohngebieten zu
1497 Haltestellen des ÖPNV.

1498 Mobilitätswende für Klima- und Gesundheitsschutz

1499 Der Autoverkehr ist in Potsdam für ca. 30% des CO²-Ausstoßes verantwortlich und
1500 verbraucht gleichzeitig einen überproportionalen Anteil der Gesamtinvestitionen
1501 in die Mobilität. Hier gibt es ein Gerechtigkeitsdefizit zulasten
1502 umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie des Klimaschutzes. Motorisierter
1503 Individualverkehr ist auch die Quelle für gesundheitsschädlichen Feinstaub,
1504 Stickoxide und Lärm. Stadtplanung und Investitionen müssen daher eine
1505 Mobilitätswende zum Ziel haben. Der Neubau einer Umgehungsstraße mit drittem
1506 Havelübergang (Havelspange/Westtangente) würde Umwelt zerstören, neue Verkehre
1507 anziehen und keine Entlastungswirkung haben. Er steht damit einer
1508 zukunftsorientierten nachhaltigen Mobilität unvereinbar entgegen und wird von
1509 uns vehement abgelehnt.

1510 Dafür machen wir uns stark:

- 1511 • mehr Gerechtigkeit bei Investitionen in den Verkehr: Diese sollen sich
1512 zukünftig an den Anteilen der jeweiligen Mobilitätsformen am
1513 Gesamtverkehrsaufkommen orientieren (Modal Split).
- 1514 • Anteil des Autoverkehrs durch umweltverträgliche Mobilitätsformen
1515 verringern.
- 1516 • Elektro- und Hybridbusse (ÖPNV, Tourismusbusse) sowie Umrüstung älterer
1517 Dieselnissen auf Elektroantrieb.
- 1518 • Ausbau stadtweiter E-Tankstellen.
- 1519 • Konzept und Förderung für umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr
1520 (Lastenfahräder, gebündelter Lieferverkehr), Förderung von Lieferverkehr
1521 mit E-Lastenrädern (z.B. Paketdienste).
- 1522 • Reduzierung des innerstädtischen LKW-Verkehrs durch geeignete Maßnahmen,
1523 insbesondere an stark belasteten Straßen, z.B. Behlertstraße und Potsdamer
1524 Straße.
- 1525 • verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, z.B. „Tag des ÖPNV“ in Potsdam
1526 etablieren. Stärkere Bewerbung der flexiblen Nutzung und Kombination
1527 umweltfreundlicher Verkehrsmittel.
- 1528 • innovative Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel des
1529 Umweltverbundes.
- 1530 • Prüfung zum Einsatz von Oberleitungsbussen auf einzelnen Strecken.

1531 **Verkehrssicherheit erhöhen**

1532 Verkehrsunfälle haben besonders für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen
1533 ernste Folgen. Eine Verkehrsplanung die sich vorrangig an Fußgänger*innen und
1534 Fahrradfahrer*innen orientiert, stellt damit die Sicherheit der Menschen und
1535 nicht das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt.

1536 Dafür machen wir uns stark:

- 1537 • eine Stadt ohne Verkehrstote und Verletzte („Vision Zero“).
- 1538 • Grundsätzlich Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im bebauten Stadtgebiet;
1539 Tempo 20-Zonen in Kita- und Schulbereichen.
- 1540 • Ampelregelungen zugunsten Rad, Fuß und ÖPNV stärken. Grüne Welle für
1541 Radfahrer und ÖPNV statt für Autos.
- 1542 • LKWs der Stadt und der städtischen Betriebe mit Abbiegewarnsystem
1543 ausstatten
- 1544 • Stärkere Förderung von Verkehrsunterricht in den Schulen
- 1545 • mehr Sicherheit für Radfahrer: wenn möglich Radwege baulich trennen, sonst
1546 farbliche Kennzeichnung und Rubbelstreifen, Tempolimits für Autos,
1547 Schutzstreifen (Radfahrstreifen auf der Fahrbahn) mit angemessener Breite
1548 einrichten.

1549 **Dominanz des Autoverkehrs verringern - Lebensqualität**
1550 **erhöhen**

1551 Die Potsdamer*innen leiden täglich unter Abgasen und verstopften Straßen. Die
1552 Potenziale zur Reduzierung von Fahrzeugzahlen im täglichen Verkehr sollten
1553 ausgeschöpft werden, um den Verkehr zu verflüssigen und Abgase zu vermeiden.

1554 Ein großer Teil der Flächen in Potsdam wird vom Autoverkehr (Straßen und
1555 Parkplätze) in Anspruch genommen. Wir wollen, dass insbesondere in der
1556 Innenstadt und in anderen Wohnquartieren qualitätsvolle Freiräume zur Entfaltung
1557 urbanen Lebens ohne Autoverkehr entstehen.

1558 Dafür machen wir uns stark:

- 1559 • In der Innenstadt den Bereich zwischen Schopenhauerstraße,
1560 Hegelallee/Kurfürstenstraße, Hebbelstraße und Charlottenstraße autofrei
1561 gestalten. Gutenbergstraße und Friedrich-Ebert-Straße sollen somit im
1562 Innenstadtbereich autofrei und deutlich fahrradfreundlicher werden.
- 1563 • In den Kiezen autofreie Stadtteilzentren schaffen. Dabei ist aber auch den
1564 Bedürfnissen von mobilitätseingeschränkten Personen und

- 1565 Einzelhändler*innen durch Ausnahmeregelungen (ggf. zeitlich beschränkt)
1566 Rechnung zu tragen.
- 1567 • Durchgangsverkehre verringern.
- 1568 • Erhöhung der Parkkosten: Kosten für Anwohnerparken, Ausweitung der
1569 Parkraumbewirtschaftung.
- 1570 • Verringerung der vorhandenen PKW-Parkplätze bei gleichzeitigem Ausbau von
1571 Park&Ride.
- 1572 • Bebauungspläne nur noch mit einem Parkplatzangebot von 0.5 Fahrzeugen pro
1573 Wohneinheit (nach dem Vorbild von Krampnitz).
- 1574 • Abschaffung der Stellplatzsatzung, nach der die Zahl der Stellplätze beim
1575 Neubau eines Gebäudes vorgeschrieben wird. Dadurch werden Stellplätze
1576 auch dann gefordert, wenn sich die Bewohner eines Hauses gegen ein eigenes
1577 Auto entscheiden oder eine gute ÖPNV-Anbindung keine/wenige Stellplätze
1578 nötig macht. Die Baukosten werden unnötig erhöht und führen damit auch zu
1579 höheren Mieten.
- 1580 • flexible Verkehrsregelungen an den Stadträndern, um einfließenden Verkehr
1581 auf ein hinsichtlich Lebensqualität und Verkehrsfluss günstiges Maß zu
1582 drosseln (z.B. Pfortnerampeln, LKW-Leitsystem).
- 1583 • Reduzierung von Fahrzeugzahlen durch Carsharing-Initiativen, insbesondere
1584 mit Elektrofahrzeugen, ggf. städtisches Carsharing einführen.
- 1585 • Förderung von Mitfahrinitiativen (z.B. durch Kennzeichnung von Fahrzeugen,
1586 die über Mitnahmekapazitäten verfügen).

A6NEU Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 24.01.2019

Text

1976 Toleranz in Potsdam leben

1977 Potsdam ist bunt! Als Partei und Stadtfraktion sind wir Mitglied im Bündnis
1978 „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten gesellschaftlichen
1979 Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in den kommenden Jahren
1980 entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes Potsdam für eine
1981 solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen rechtsextreme
1982 Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten in
1983 Potsdam ein.

1984 Dafür machen wir uns stark:

- 1985 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch
1986 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus
1987 und Rassismus
- 1988 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.
1989 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-
1990 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der
1991 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und
1992 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1993 • um Minderheitenrechte zu stärken, Diskriminierungen entgegenwirken und
1994 Hilfen zu ermöglichen, z. B. von Geflüchteten, Lesben, Schwulen, Bi- und
1995 Transsexuellen (LSBTTIQ*), Wohnungslosen u.a. regen wir an, die Benennung
1996 einer Ansprechpartner*in für die Belange von LSBTTIQ* im Büro für
1997 Chancengleichheit

1998 Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen 1999 fördern

2000 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die
2001 Unterstützung von Bürger*innen in persönlichen finanziellen oder
2002 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel
2003 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die
2004 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der
2005 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.
2006 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu
2007 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.
2008 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit
2009 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut
2010 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der
2011 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei
2012 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die

2013 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen
2014 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Projekten wie der
2015 Gartenstadt Drewitz Raum für alle Einkommenschichten geboten wird.

2016 Dafür machen wir uns stark:

- 2017 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt
2018 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität
2019 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und
2020 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem
2021 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb
2022 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

2023 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 2024 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 2025 eröffnen

2026 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien
2027 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %
2028 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten
2029 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese
2030 Kinder haben keine Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft
2031 und damit auch weniger Perspektiven für die Zukunft.

2032 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und
2033 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels
2034 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen
2035 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die
2036 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und
2037 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

2038 Dafür machen wir uns stark:

- 2039 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 2040 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von
2041 Armut
- 2042 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,
2043 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 2044 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.
2045 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnete Kinder und Jugendliche die

- 2046 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge
2047 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 2048 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,
2049 Jugendliche und Eltern.
- 2050 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 2051 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen
2052 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem
2053 Einkommen
- 2054 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei
2055 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 2056 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter
2057 Familien
- 2058 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um langfristig den Bedarf an
2059 Hilfen zur Erziehung (HzE) zu verringern. Zur Prävention zählen z.B. die
2060 verlässliche Finanzierung von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise
2061 Frühförderung, Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von
2062 Familienfreizeiten und Familienerholung

2063 **Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

2064 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum in
2065 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu
2066 ermöglichen.

2067 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare
2068 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior*innen
2069 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und
2070 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

2071 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der
2072 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die
2073 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen
2074 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies
2075 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen
2076 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu
2077 arbeiten.

2078 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere
2079 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam

2080 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen
2081 Stadtteilen

2082 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des
2083 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften
2084 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern
2085 verzichten; pro-bono Notare finden)

2086 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

2087 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte
2088 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die
2089 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch
2090 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen
2091 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen
2092 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,
2093 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen
2094 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich
2095 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

2096 Dafür machen wir uns stark:

- 2097 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die
2098 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 2099 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung
2100 leben:
 - 2101 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung
2102 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für
2103 Beschwerden über sexistische Werbung
 - 2104 ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen
2105 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte
2106 Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder
2107 Heimwegtelefon)
 - 2108 ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
 - 2109 ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 2110 • Paritätische Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),
2111 öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von
2112 städtischen Gesellschaften
- 2113 • ein Frauenbeirat für Potsdam
- 2114 • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste
2115 um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
- 2116 • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen
2117 Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch
2118 besetztes Stadtparlament einsetzen
- 2119 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
2120 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
2121 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.

- 2122 Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und
2123 präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
- 2124 • weiteren Mädchentreff in benachteiligten Stadtteilen schaffen
- 2125 • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
- 2126 • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit
2127 selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

2128 **Teilhabe von Senior*innen am städtischen Leben**

2129 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss
2130 angesichts einer stetig alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund
2131 treten. Dies betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die
2132 Beförderung von Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ
2133 hochwertigen Angeboten mit der Beteiligung der Senior*innen in den Stadtteilen
2134 finden wir wichtig und erhaltenswert.

2135 Dafür machen wir uns stark:

- 2136 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 2137 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in
2138 Krampnitz)
- 2139 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 2140 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 2141 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior*innen gestalten (Spiele,
2142 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 2143 • Projekte für Arbeit für Ältere fördern

2144 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

2145 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen
2146 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

2147

2148 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu
2149 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf
2150 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

2151

2152 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und
2153 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch
2154 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch
2155 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor
2156 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker*innen) geschützt werden.

2157

2158 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen schaffen. So sollen für
2159 Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute Alternativen zu teuren Kneipen und

2160 kommerziellen Treffpunkten angeboten werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur
2161 Verfügung stellen und gegebenenfalls Vereine als Träger der Projekte
2162 unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen, wollen wir im Staudenhof-
2163 Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage einen „Solispace“
2164 einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe, Umsonstladen,
2165 Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur Freizeiträume,
2166 sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN entstehen.

2167

2168 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns
2169 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als
2170 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen
2171 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass
2172 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen
2173 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung
2174 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet
2175 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

2176

2177 Dafür machen wir uns stark:

- 2178 • moderne und offene Aufklärungsarbeit (Drogenkonsum, queeres Leben,
2179 psychische Erkrankungen)
- 2180 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 2181 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 2182 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 2183 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 2184 • Räume für Jugend-Initiativen, -zentren und -treffs schaffen und erhalten

2185 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und
2186 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So
2187 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung
2188 gesetzlich vor. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür
2189 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung
2190 sichergestellt haben.

2191 Dafür machen wir uns stark:

- 2192 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die
2193 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den
2194 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 2195 • Etablierung eines ausfinanzierten Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa)
2196 für die Stadt Potsdam, dessen Konzeption einen Etat vorsieht sowie
2197 sicherstellt, dass die im KiJuPa getroffenen Entscheidungen durch die
2198 Verwaltung auch umgesetzt werden

2199 Integration von Migrant*innen fördern

2200 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant*innen in Potsdam
2201 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren
2202 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger*innen, positive
2203 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv
2204 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen
2205 zur Integration der Geflüchteten.

2206 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,
2207 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen
2208 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in
2209 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

2210 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des
2211 Migrantenbeirates in Potsdam.

2212 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass
2213 Migrant*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin
2214 einsetzen.

2215 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt
2216 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der
2217 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das
2218 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der
2219 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der
2220 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und
2221 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen
2222 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter*innen für ihre großartige Arbeit
2223 auszeichnen.

2224 Dafür machen wir uns stark:

- 2225 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen
2226 Gemeinschaftsunterkünften
- 2227 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant*innen und anderen
2228 sozial Benachteiligten stärken
- 2229 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;
2230 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 2231 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 2232 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im
2233 städtischen Haushalt
- 2234 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung
2235 von jungen Zuwandererfamilien
- 2236 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-
2237 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und

2238 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten
2239 fördern und bestehende Gärten sichern

2240 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent
2241 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme
2242 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.
2243 Jesid*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der
2244 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

2245 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser
2246 Geflüchteten zu ermöglichen

2247 • Seenotretter*innen auszeichnen

2248

2249 **Teilhabe von Menschen mit besonderen** 2250 **Herausforderungen**

2251 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die
2252 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten
2253 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir
2254 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der
2255 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und
2256 kontinuierlich weiterentwickeln.

2257 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.
2258 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden
2259 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen
2260 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des
2261 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung
2262 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,
2263 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

2264 Dafür machen wir uns stark:

2265 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Unterstützung der dazugehörigen
2266 Projekte

2267 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom
2268 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,

2269 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabepplans
2270 finanziell zu untersetzen.

2271 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit
2272 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops

2273 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung

2274 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen
2275 mit Behinderung

2276 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und
2277 deren Förderung

2278 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

2279 **Gesundheitsförderung und Prävention weiter** 2280 **ausbauen**

2281 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich
2282 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der
2283 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

2284 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche
2285 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können
2286 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner*innen wollen wir Ideen für ein gesundes
2287 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so
2288 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren
2289 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot
2290 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

2291 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention
2292 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale
2293 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen
2294 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von
2295 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und
2296 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch
2297 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.
2298 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,
2299 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen
2300 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,
2301 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von
2302 Armut vorzugehen.

2303 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige
2304 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den
2305 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durch ärztliche Hausbesuchen
2306 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind
2307 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir
2308 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land
2309 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre

2310 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die
2311 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

2312 Dafür machen wir uns stark:

- 2313 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 2314 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um
2315 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 2316 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte
2317 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 2318 • Ausbau alternsgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von
2319 anderen alltagsunterstützenden Angeboten

Beschluss Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

1587 **Toleranz in Potsdam leben**

1588 Potsdam ist bunt! In der Tradition der Bürger*innenbewegung, die als "Bündnis
1589 90" in unserem Parteinamen dauerhaft verankert ist, unterstützen wir
1590 Bürger*inneninitiativen, die unseren programmatischen Grundsätzen entsprechen
1591 und das Wohl der Stadt im Blick haben. Als Partei und Stadtfraktion sind wir
1592 Mitglied im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten
1593 gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in
1594 den kommenden Jahren entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes
1595 Potsdam für eine solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen
1596 rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen
1597 und Orten in Potsdam ein.

1598 Dafür machen wir uns stark:

- 1599 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch
1600 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus
1601 und Rassismus
- 1602 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.
1603 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-
1604 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der
1605 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und
1606 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1607 • Minderheitenrechte stärken, z. B. für geflüchtete und wohnungslose
1608 Menschen, sowie lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,
1609 inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*), Diskriminierungen entgegenwirken
1610 und Hilfen ermöglichen,
- 1611 • U.a. regen wir die Benennung einer/eines Ansprechpartner*in für die
1612 Belange von LSBTTIQ* im Büro für Chancengleichheit an.

1613 **Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen** 1614 **fördern**

1615 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die
1616 Unterstützung von Bürger*innen in persönlichen finanziellen oder
1617 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel
1618 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die
1619 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der
1620 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.
1621 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu
1622 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.

1623 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit
1624 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut
1625 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der
1626 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei
1627 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die
1628 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen
1629 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Projekten wie der
1630 Gartenstadt Drewitz Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft begegnen
1631 können.

1632 Dafür machen wir uns stark:

- 1633 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt
1634 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität
1635 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und
1636 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem
1637 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb
1638 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

1639 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 1640 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 1641 eröffnen

1642 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien
1643 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %
1644 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten
1645 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese
1646 Kinder haben weniger Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft
1647 und damit auch geringere Perspektiven für die Zukunft.

1648 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und
1649 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels
1650 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen
1651 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die
1652 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und
1653 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

1654 Dafür machen wir uns stark:

- 1655 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 1656 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von
1657 Armut
- 1658 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,
1659 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 1660 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.
1661 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnete Kinder und Jugendliche die

- 1662 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge
1663 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 1664 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,
1665 Jugendliche und Eltern.
- 1666 • Fortführung der Arbeit des Bildungsbüros auch nach Ablauf des
1667 Förderzeitraums
- 1668 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 1669 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen
1670 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem
1671 Einkommen
- 1672 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei
1673 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 1674 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter
1675 Familien
- 1676 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um Familien zu stärken, damit
1677 sie ihre Kinder gut begleiten können und dadurch Fremdplatzierungen von
1678 Kindern in Wohngruppen o.Ä. reduziert und nach Möglichkeit vermieden
1679 werden können. Zur Prävention zählen z.B. die verlässliche Finanzierung
1680 von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise Frühförderung,
1681 Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von Familienfreizeiten
1682 und Familienerholung
- 1683 Alle Familienformen unterstützen
1684 Familienformen sind vielfältig. Ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder
1685 Vater-Vater-Kind – Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen
1686 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen alle Familienformen
1687 unterstützen.
- 1688
1689 Dafür machen wir uns stark:
- 1690 • Wir wollen bestehende Familienzentren und Initiativen für die Gründung
1691 neuer Familienzentren fördern. Hier können niedrigschwellige Angebote für
1692 alle Familien wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung
1693 von unterstützenden Patenschaften, Beratung und Aktivitäten für
1694 Regenbogenfamilien oder Senior*innenkreise stattfinden.
- 1695 • Wir wollen vielfältige Familienformen stärker in den Jugendhilfeplan der
1696 Stadt Potsdam integrieren. Inklusion als oberste Maxime sollte daher auch
1697 z.B. die Akzeptanz verschiedener geschlechtlicher oder sexueller
1698 Identitäten beinhalten (neben den dort bereits benannten Gruppen). Ebenso
1699 sollen die beiden Gruppen in der Ausgestaltung des Handlungsfeldes
1700 „Chancengleichheit und Vielfalt“ ergänzend berücksichtigt werden.
- 1701 • Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine
1702 Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen angemessen
1703 Berücksichtigung finden

1704 **Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

1705 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum in
1706 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu
1707 ermöglichen.

1708 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare
1709 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior*innen
1710 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und
1711 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

1712 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der
1713 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die
1714 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen
1715 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies
1716 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen
1717 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu
1718 arbeiten.

- 1719 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere
1720 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam
- 1721 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen
1722 Stadtteilen
- 1723 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des
1724 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften
1725 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern
1726 verzichten; pro-bono Notare finden)

1727 **Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit**

1728 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte
1729 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die
1730 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch
1731 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen
1732 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen
1733 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,
1734 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen
1735 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich
1736 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

1737 Dafür machen wir uns stark:

- 1738 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die
1739 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 1740 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung
1741 leben:
 - 1742 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung
1743 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für
1744 Beschwerden über sexistische Werbung

- 1745 ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen
- 1746 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte
- 1747 Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder
- 1748 Heimwegtelefon)

- 1749 ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten

- 1750 ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung

- 1751 • Die Umsetzung der auf Initiative von Bündnis90/Die Grünen beschlossenen
- 1752 paritätischen Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),
- 1753 öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von
- 1754 städtischen Gesellschaften verfolgen

- 1755 • ein Frauenbeirat für Potsdam

- 1756 • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste
- 1757 um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt

- 1758 • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen
- 1759 Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch
- 1760 besetztes Stadtparlament einsetzen

- 1761 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
- 1762 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
- 1763 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.
- 1764 Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und
- 1765 präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.

- 1766 • Geschlechtsspezifische Angebote in möglichst allen Kinder- und Jugendclubs
- 1767 schaffen.

- 1768 • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen

- 1769 • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit
- 1770 selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

1771 **Teilhabe von Senior*innen am städtischen Leben**

1772 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss
1773 angesichts einer alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies
1774 betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von
1775 Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen
1776 Angeboten mit der Beteiligung der Senior*innen in den Stadtteilen finden wir
1777 wichtig und erhaltenswert.

1778 Dafür machen wir uns stark:

- 1779 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 1780 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in
1781 Krampnitz)
- 1782 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 1783 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 1784 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior*innen gestalten (Spiele,
1785 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 1786 • Arbeitsmöglichkeiten für Ältere fördern

1787 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

1788 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen
1789 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

1790

1791 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu
1792 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf
1793 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

1794

1795 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und
1796 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch
1797 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch
1798 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor
1799 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker*innen) geschützt werden.

1800

1801 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen in den 18 Kinder- und
1802 Jugendclubs der Stadt weiter fördern, deren Attraktivität erhöhen und weitere
1803 ungebundene Räume schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen
1804 gute Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten
1805 werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls
1806 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen,
1807 wollen wir im Staudenhof-Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage
1808 einen „Solispace“ einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe,
1809 Umsonstladen, Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur
1810 Freizeiträume, sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN
1811 entstehen.

1812

1813 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns
1814 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als
1815 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen
1816 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass
1817 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen
1818 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung
1819 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet
1820 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

1821

1822 Dafür machen wir uns stark:

- 1823 • moderne und offene Aufklärungsarbeit, wie sie z.B. von Chill Out geleistet
1824 wird. (Drogenkonsum, queeres Leben, psychische Erkrankungen)
- 1825 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 1826 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 1827 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 1828 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 1829 • Attraktivität von Kinder- und Jugendclubs verbessern und zu Orten für alle
1830 Jugendliche zu machen. Wir wollen, dass auch die neuen Stadtteile
1831 entsprechende Angebote für Jugendliche vorhalten. Dringend nötig sind
1832 endlich Jugendclubs im Bornstedter Feld.
- 1833 • mehr Streetworker

1834 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und
1835 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So
1836 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung
1837 gesetzlich vor, der auf Initiative unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion
1838 aufgenommen wurde. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür
1839 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung
1840 sichergestellt haben. Wir wollen Kindern und Jugendlichen zeigen, dass ihre
1841 Stimme zählt.

1842 Dafür machen wir uns stark:

- 1843 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die
1844 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den
1845 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 1846 • Entwicklung von neuen Angeboten für Kinder- und Jugendliche unter ihrer
1847 Beteiligung, wie z.B. einen ausfinanzierten Kinder- und Jugendrat, dessen
1848 Konzeption einen Etat vorsieht und sicherstellt, dass die die im KiJuPa
1849 getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltung auch umgesetzt werden.
- 1850 • Aufbereitung der Stadtverordnetenbeschlüsse, die Kinder- und
1851 Jugendinteressen betreffen, in verständlicher Sprache und Aushängung in
1852 den Schulen und Jugendclubs.

1853 **Integration von Migrant*innen fördern**

1854 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant*innen in Potsdam
1855 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren
1856 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger*innen, positive
1857 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv
1858 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen
1859 zur Integration der Geflüchteten.

1860 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,
1861 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen
1862 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in
1863 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

1864 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des
1865 Migrantenbeirates in Potsdam.

1866 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass
1867 Migrant*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin
1868 einsetzen.

1869 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt
1870 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der
1871 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das
1872 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der
1873 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der
1874 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und
1875 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen
1876 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter*innen für ihre großartige Arbeit
1877 auszeichnen.

1878 Dafür machen wir uns stark:

- 1879 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen
1880 Gemeinschaftsunterkünften
- 1881 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant*innen und anderen
1882 sozial Benachteiligten stärken
- 1883 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;
1884 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 1885 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 1886 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im
1887 städtischen Haushalt
- 1888 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung
1889 von jungen Zuwandererfamilien
- 1890 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-
1891 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und
1892 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten
1893 fördern und bestehende Gärten sichern
- 1894 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent
1895 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme
1896 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.

1897 Jesid*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der
1898 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

1899 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser
1900 Geflüchteten zu ermöglichen

1901 • Seenotretter*innen auszeichnen

1902

1903 **Teilhabe von Menschen mit besonderen** 1904 **Herausforderungen**

1905 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die
1906 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten
1907 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir
1908 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der
1909 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und
1910 kontinuierlich weiterentwickeln.

1911 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.
1912 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden
1913 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen
1914 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des
1915 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung
1916 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,
1917 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

1918 Dafür machen wir uns stark:

1919 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Untersetzung der dazugehörigen
1920 Projekte

1921 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom
1922 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,
1923 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabeplans
1924 finanziell zu unterstützen.

1925 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit
1926 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops

1927 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung

1928 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen
1929 mit Behinderung

1930 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und
1931 deren Förderung

1932 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

1933 Gesundheitsförderung und Prävention weiter 1934 ausbauen

1935 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich
1936 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der
1937 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

1938 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche
1939 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können
1940 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner*innen wollen wir Ideen für ein gesundes
1941 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so
1942 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren
1943 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot
1944 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

1945 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention
1946 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale
1947 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen
1948 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von
1949 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und
1950 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch
1951 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.
1952 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,
1953 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen
1954 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,
1955 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von
1956 Armut vorzugehen.

1957 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige
1958 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den
1959 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durchärztliche Hausbesuchen
1960 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind
1961 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir
1962 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land
1963 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre
1964 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die
1965 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

1966 Dafür machen wir uns stark:

- 1967 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 1968 • Sexuelle Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken.
1969 Dafür unterstützen wir lokale Vereine wie z.B. die AIDS-Hilfe Potsdam.
- 1970 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um
1971 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 1972 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte
1973 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 1974 • Ausbau alternsgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von
1975 anderen alltagsunterstützenden Angeboten

A7 Gute Bildungsorte für alle!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 19.12.2018

Text

2320 Mit unserem aktuellen bildungspolitischen Engagement in der
2321 Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit (z.B.
2322 durch die Vereinsgründung „Potsdam bewegt Bildung e.V.“) konnten wir Potsdamer
2323 Bündnisgrüne bereits wichtige Projekte unseres Kommunalwahlprogramms von 2014
2324 umsetzen. Das haben wir erreicht:

- 2325 • Wir haben reformpädagogische Schulansätze in Potsdam wirksam
2326 vorangebracht, z.B. mit unseren Beiträgen zur Errichtung der neuen
2327 Montessorischule am Stern (von Klasse 1 bis zum Abitur, in öffentlicher
2328 Trägerschaft)
- 2329 • Unterstützung zur Ausweitung der Schulsozialarbeit
- 2330 • mehr Grün in Schularealen wie der Waldcampus in der Waldstadt II,
2331 Unterstützung von Schüler*innen-Projekten
- 2332 • Beteiligung von Schulleiter*innen, Eltern und Schüler*innen bei Neubau
2333 oder Umgestaltung von Schulen

2334 Zugleich fehlen in Potsdam noch immer Plätze für Kitas, Schulen und
2335 Sportanlagen; es besteht zudem immer noch an einigen Schulen erheblicher
2336 Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den
2337 sozialen Zusammenhalt, aber besonders auch die Zukunftschancen gerade von
2338 Kindern aus benachteiligten Familien. Gut ausgebildete Kinder sind der Reichtum
2339 und die Zukunft der Stadt, wenn diese gut geführt und lebendig bleiben soll.

2340 Erhöhter Handlungsbedarf manifestiert sich in Schulen insbesondere in Teilen des
2341 städtischen Südens. Am Schlaatz, in Drewitz und der Waldstadt gibt es oft
2342 Schulklassen mit einem sehr hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus
2343 bildungsfernen und sozial benachteiligten Familiensituationen und/oder mit
2344 Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen. Sie sind durch mangelnde
2345 Deutschkenntnisse und fehlende Unterstützung für die Schulbewältigung doppelt
2346 benachteiligt. Alle Schulkinder brauchen Orte zum Leben und Lernen, in denen
2347 sich Lernfreude und Kreativität sowie Möglichkeiten zum selbständigen Arbeiten
2348 entwickeln können. Hier entstehen erhöhte Raumbedarfe für individualisiertes und
2349 reformpädagogisch orientiertes Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, sowie Raum und
2350 Mittel für Inklusion, eine verlässliche Ganztagsbetreuung und Digitalisierung.

2351 Dafür machen wir uns stark:

- 2352 • Gesamtschulausbau und z. B. Errichtung einer Gesamtschule in Krampnitz
- 2353 • verlässliche Halbtagskonzepte an Grundschulen statt Wechsel von Schule zu
2354 Hort
- 2355 • Schulneubauten nach modernen Erkenntnissen errichten (die Raumpläne sind
2356 veraltet)
- 2357 • Inklusion voranbringen – bessere räumliche und personelle Ausstattung
- 2358 • mehr Reformpädagogik an staatliche Schulen bringen
- 2359 • ökologische und gesunde Ernährung an Schulen, Theorie und Praxis
- 2360 • Gesundheitsbildung; mit Handlungsprojekten umsetzen (städtische
2361 Vernetzung)
- 2362 • grüne Erfahrungsräume an Schulen und Kitas, Naturgarten-Projekte
- 2363 • Qualitative Schulsozialarbeit auch an freien Schulen
- 2364 • Medienbus insbesondere für Stadtteile im Norden und in Randbereichen =
2365 KULTUR
- 2366 • frühe Förderung (insbesondere von Sprache) bereits in der Kita, Sprechen
2367 und Lesen in Kita und Schule als Kernthema (Lesepaten, Bibliotheken) -
2368 dazu braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel
- 2369 • Schulsportanlagen nachmittags für Kinder und Jugendliche öffnen
- 2370 • gemeinsame Projekte von weiterführenden Schulen und Jugendclubs fördern
2371 z.B. Information und Beteiligung von Jugendlichen bei größeren
2372 Neubauvorhaben u.ä. im Viertel, soziale und kulturelle Projekte gemeinsam
2373 gestalten wie z.B. eine Eisbahn in Drewitz

Beschluss Gute Bildungsorte für alle!

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

2374 Mit unserem aktuellen bildungspolitischen Engagement in der
2375 Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit (z.B.
2376 durch die Vereinsgründung „Potsdam bewegt Bildung e.V.“) konnten wir Potsdamer
2377 Bündnisgrüne bereits wichtige Projekte unseres Kommunalwahlprogramms von 2014
2378 umsetzen. Das haben wir erreicht:

- 2379 • Wir haben reformpädagogische Schulansätze in Potsdam wirksam
2380 vorangebracht, z.B. mit unserem Beitrag zur Umsetzung des Montessori-
2381 Konzepts am neuen Schulzentrum am Stern (von Klasse 1 bis zum Abitur, in
2382 öffentlicher Trägerschaft)
- 2383 • Unterstützung zur Ausweitung der Schulsozialarbeit um 5 Stellen pro Jahr,
2384 so wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, jedoch mit
2385 Ausweitung für die freien Schulen, die das wünschen.
- 2386 • mehr Grün in Schularealen, Unterstützung von Schüler*innen-Projekten
- 2387 • Beteiligung von Schulleiter*innen, Eltern und Schüler*innen bei Neubau
2388 oder Umgestaltung von Schulen
- 2389 • Umsetzung des Konzepts für digitale Bildung (IT an Schulen, Lerncloud)

2390 Zugleich fehlen in Potsdam noch immer Plätze für Kitas, Schulen und
2391 Sportanlagen; es besteht zudem immer noch an einigen Schulen erheblicher
2392 Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den
2393 sozialen Zusammenhalt, aber besonders auch die Zukunftschancen gerade von
2394 Kindern aus benachteiligten Familien. Gut ausgebildete Kinder sind die Zukunft
2395 unserer Stadt.

2396 Erhöhter Handlungsbedarf manifestiert sich in Schulen insbesondere in Teilen des
2397 städtischen Südens. Am Schlaatz, in Drewitz und der Waldstadt gibt es oft
2398 Schulklassen mit einem sehr hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus
2399 bildungsfernen und sozial benachteiligten Familiensituationen und/oder mit
2400 Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen. Sie sind durch mangelnde
2401 Deutschkenntnisse und fehlende Unterstützung für die Schulbewältigung doppelt
2402 benachteiligt. Alle Schulkinder brauchen Orte zum Leben und Lernen, in denen
2403 sich Lernfreude und Kreativität entfalten sowie Möglichkeiten zum selbständigen
2404 Arbeiten entwickeln können. Dazu sind mehr Räume für individualisiertes und
2405 reformpädagogisch orientiertes Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, sowie Raum und
2406 Mittel für Inklusion, eine verlässliche Ganztagsbetreuung und Digitalisierung
2407 nötig.

2408

2409 Inklusion bleibt auch im Sport ein herausragendes Thema. Die durch Bündnis90/Die
2410 Grünen initiierte Umfrage zum Sport für Menschen mit Beeinträchtigungen stellte
2411 im Ergebnis fest, dass es zu wenig Angebote und Information dazu gibt. Auch
2412 zeigt das Verhältnis Leistungssport zu Breitensport in der Finanzierung eine

2413 deutliche Schiefelage. Mehr als zwei Drittel der städtischen Mittel dafür landen
2414 beim Leistungssport. Eine wachsende Stadt benötigt jedoch in erster Linie
2415 Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, ob mit oder ohne
2416 Beeinträchtigung, um Spaß an der Bewegung und damit einen gesunden Lebensstil zu
2417 fördern.

2418 Dafür machen wir uns stark:

- 2419 • Gesamtschulausbau und z. B. Errichtung einer Gesamtschule in Krampnitz
- 2420 • verlässliche Halbtags- und/oder Ganztagskonzepte und damit ein
2421 kombiniertes Schul- und Hortangebot zusammen an einem Ort (kommunale
2422 Trägerschaft)
- 2423 • Schulneubauten nach modernen Erkenntnissen errichten (die Raumpläne sind
2424 veraltet) und stärker an den Anforderungen von Ganztagschulen ausrichten.
- 2425 • Inklusion voranbringen – bessere räumliche und personelle Ausstattung
- 2426 • mehr Reformpädagogik an staatliche Schulen bringen
- 2427 • ökologische und gesunde Ernährung an Schulen, Theorie und Praxis
- 2428 • Gesundheitsbildung; mit Handlungsprojekten umsetzen (städtische
2429 Vernetzung)
- 2430 • grüne Erfahrungsräume an Schulen und Kitas, Naturgarten-Projekte
- 2431 • Qualitative Schulsozialarbeit auch an freien Schulen
- 2432 • Medienbus insbesondere für Stadtteile im Norden und in Randbereichen =
2433 KULTUR
- 2434 • frühe Förderung (insbesondere von Sprache) bereits in der Kita, Sprechen
2435 und Lesen in Kita und Schule als Kernthema (Lesepaten, Bibliotheken) -
2436 dazu braucht es einen besseren Betreuungsschlüssel
- 2437 • Schulsportanlagen nachmittags für Kinder und Jugendliche öffnen
- 2438 • gemeinsame Projekte von weiterführenden Schulen und Jugendclubs fördern
2439 z.B. Information und Beteiligung von Jugendlichen bei größeren
2440 Neubauvorhaben u.ä. im Viertel, soziale und kulturelle Projekte gemeinsam
2441 gestalten wie z.B. eine Eisbahn in Drewitz
- 2442 • Sportförderung durch kommunale Mittel und Sponsoring kommunaler
2443 Unternehmen transparent gestalten und zweijährlich auf den Prüfstand

- 2444 stellen. Die Aufwendungen für Leistungs- und Breitensport sollten
2445 gleichwertig erfolgen.
- 2446 • Breitensportangebote am Luftschiffhafen schaffen
 - 2447 • Inklusive Sportangebote gemeinsam mit den Vereinen entwickeln und Beratung
2448 dazu anbieten
 - 2449 • Vereinsneugründungen unterstützen
 - 2450 • Gezielte Förderung von Initiativen und Vereinen mit ausgeprägter und
2451 qualitativ hochwertiger Kinder- und Jugendarbeit
 - 2452 • Teilhabe für Kinder aus sozial schwachen Familie ermöglichen durch
2453 Übernahme des Mitgliedsbeitrags, der Trainingsfahrten,
2454 Ausrüstungstauschbörse usw.
 - 2455 • Unterstützung und Ausweitung der bewährten lern- und schulbezogenen
2456 Jugendhilfeleistungen durch freie Träger an den Schulen

A8 Potsdamer Wissenschaftslandschaft für die Stadt nutzen!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

2457 Universität, Fachhochschule, Film-Universität und 30 renommierte,
2458 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einer Stadt sind bundesweit
2459 einzigartig. Wenn wir Wissenschaft und Forschung zu einem Faktor der Potsdamer
2460 Stadtentwicklung machen, profitieren davon die lokale Wirtschaft, die Stadt als
2461 Lebensort und damit wir alle auf vielfältige Weise. Was durch unsere Initiativen
2462 mit dem Wissenschafts- und Technologiepark Golm bereits erreicht wurde, sollte
2463 ebenso in der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Schulen, Wirtschaft oder
2464 Kultur möglich sein.

2465 Dafür machen wir uns stark:

- 2466 • die erst in den vergangenen 25 Jahren in Potsdam entstandene
2467 Wissenschafts- und Forschungslandschaft legt Grundlagen für künftige
2468 Unternehmen und schafft Voraussetzungen für wissenschaftsnahe
2469 Neuansiedlungen, die durch die Stadt nach wie vor zu wenig gefördert
2470 werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine proaktive
2471 Ausgründungsförderung ein und die wirtschaftliche Nutzung von
2472 Forschungsergebnissen insbesondere am Wissenschaftspark Golm und am
2473 Medienstandort Babelsberg
- 2474 • die wissenschaftliche Expertise unserer Potsdamer Wissenschaftler*innen
2475 wollen wir stärker als bislang in Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse
2476 der Stadt einbeziehen. Das gelingt, wenn die Zusammenarbeit zwischen Stadt
2477 und Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei Themen
2478 der Stadtentwicklung, Bildung, Sozialarbeit, Klimaschutz usw. schon in
2479 Planungsprozesse angeregt wird. So können Lehrforschungsprojekte initiiert
2480 werden oder auch direkt Beratung oder Coaching der Verwaltung erfolgen.
- 2481 • die Arbeit des Vereins "Pro Wissen" wollen wir evaluieren lassen und
2482 Schlussfolgerungen für die strategische Weiterentwicklung des Vereins
2483 ziehen. Wir wollen die Wissenschaftsetage weiterentwickeln zu einem
2484 Kommunikationszentrum der Potsdamer Wissenschaft und Projekte zur
2485 Wissenschaftskommunikation unterstützen. Zugleich regen wir
2486 Kooperationsprojekte mit den Kulturträgern in der Potsdamer Mitte an.

Beschluss Potsdamer Wissenschaftslandschaft für die Stadt nutzen!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

2487 Universität, Fachhochschule, Film-Universität und 30 renommierte,
2488 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einer Stadt sind bundesweit
2489 einzigartig. Wenn wir Wissenschaft und Forschung zu einem Faktor der Potsdamer
2490 Stadtentwicklung machen, profitieren davon die lokale Wirtschaft, die Stadt als
2491 Lebensort und damit wir alle auf vielfältige Weise. Was durch unsere Initiativen
2492 mit dem Wissenschafts- und Technologiepark Golm bereits erreicht wurde, sollte
2493 ebenso in der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Schulen, Wirtschaft oder
2494 Kultur möglich sein.

2495 Dafür machen wir uns stark:

- 2496 • die in den vergangenen 29 Jahren in Potsdam entstandene Wissenschafts- und
2497 Forschungslandschaft legt Grundlagen für künftige Unternehmen und schafft
2498 Voraussetzungen für wissenschaftsnahe Neuansiedlungen, die durch die Stadt
2499 nach wie vor zu wenig gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
2500 für eine proaktive Ausgründungsförderung ein und die wirtschaftliche
2501 Nutzung von Forschungsergebnissen insbesondere am Wissenschaftspark Golm
2502 und am Medienstandort Babelsberg
- 2503 • die wissenschaftliche Expertise unserer Potsdamer Wissenschaftler*innen
2504 wollen wir stärker als bislang in Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse
2505 der Stadt einbeziehen. Das gelingt, wenn die Zusammenarbeit zwischen Stadt
2506 und Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei Themen
2507 der Stadtentwicklung, Bildung, Sozialarbeit, Klimaschutz usw. schon in
2508 Planungsprozesse angeregt wird. So können Lehrforschungsprojekte initiiert
2509 werden oder auch direkt Beratung oder Coaching der Verwaltung erfolgen.
- 2510 • die Arbeit des Vereins "Pro Wissen" wollen wir evaluieren lassen und
2511 Schlussfolgerungen für die strategische Weiterentwicklung des Vereins
2512 ziehen. Wir wollen die Wissenschaftsetage weiterentwickeln zu einem
2513 Kommunikationszentrum der Potsdamer Wissenschaft und Projekte zur
2514 Wissenschaftskommunikation unterstützen. Zugleich regen wir
2515 Kooperationsprojekte mit den Kulturträgern in der Potsdamer Mitte an.

A9 Kultur in Potsdam: Vielfalt fördern, Identität schaffen

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

2516 Die Kultur ist ein wichtiges Bindeglied von Lebensqualität, kultureller
2517 Identität und sozialem Miteinander und dem Zusammenhalt der Gesellschaft.
2518 Potsdam ist durch eine große Vielfalt und ein hohes Niveau kultureller Angebote
2519 und Betätigungsmöglichkeiten gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
2520 für gute Rahmenbedingungen ein, um das reiche Kulturleben in Potsdam weiter zu
2521 stärken.

2522 Es ist Aufgabe der Politik, die kulturelle Vielfalt in der Gesamtstadt zu
2523 bewahren, zu unterstützen und zu stärken. Dazu gehören sozialraumbezogene
2524 kulturelle und soziokulturelle Initiativen, kulturelle Bildung, kulturelle
2525 Partizipation, interreligiöser Dialog, Weiterentwicklung der Hauptstandorte wie
2526 der Schiffbauergasse und der Potsdamer Mitte mit ihren unterschiedlichen
2527 Angeboten.

2528 Kulturelle Bildung und Partizipation

2529 Wir Bündnisgrünen sehen in der Kulturellen Bildung eine zentrale
2530 kulturpolitische Querschnittsaufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren unter
2531 Einbeziehung aller Kulturträger intensiv widmen werden. Kulturelle Bildung ist
2532 die Voraussetzung zur Teilhabe am künstlerisch kulturellen Geschehen einer
2533 Gesellschaft. Mit einem Ausbau kulturpädagogischer Angebote, mehr Angeboten zur
2534 Kulturvermittlung und Maßnahmen für ein erweitertes Kulturpublikum (Kultur)
2535 möchten wir stärker als bisher auch kulturferne Schichten erreichen.

2536 Dafür machen wir uns stark:

- 2537 • Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Konzepts zur kulturellen
2538 Bildung
- 2539 • Mehr Angebote der Kulturellen Bildung in Kultureinrichtungen in Stadt und
2540 Land verankern, auch in Projekten zur Digitalisierung
- 2541 • Mehr Angebote für unterversorgte Stadtteile z.B. Stern, Drewitz unter
2542 Einbeziehung Potsdamer Kulturträger und Begegnungszentren.
- 2543 • Förderung von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen
- 2544 • Förderung partizipativer, generationsoffener Angebote in allen Stadtteilen
- 2545 • mehr partizipative Kunst im öffentlichen Raum.

2546 Kulturmarketing = Stadtmarketing

2547 Dafür machen wir uns stark:

- 2548 • Neuaufstellung des Stadtmarketings unter Einbeziehung des Kultur- und
2549 Wissenschaftsmarketing.

2550 Kulturquartiere stärken

2551 Das „Elflein-Viertel“ als Standort für Bildende Kunst
2552 stärken und fördern

2553 Bündnis 90/die Grünen begreifen das in den vergangenen Jahren gewachsene
2554 Quartier um die Elflein-Straße mit seinen Galerien, dem Offenen Kunstverein
2555 Potsdam, dem Museumshaus „zum Guldernen Arm“, dem Potsdamer Kunstverein, dem KuZe
2556 (Studentisches Kulturzentrum) und dem "11-line" als Gesamtstandort. Ihn gilt es
2557 als solchen weiterzuentwickeln, zu stärken und zu fördern.

2558 Dafür machen wir uns stark:

- 2559 • Das städtische Museumshaus „den Guldernen Arm“ als Standort für regionale
2560 Kunst und Kulturelle Bildung auf finanziell stabile Beine stellen.

2561 Das Erlebnisquartier in der Schiffbauergasse

2562 Das Kunst- und Kulturquartier Schiffbauergasse mit seinen langjährig etablierten
2563 Trägern HOT, fabrik, t-werk, Waschhaus (mit Kunstraum) u.a. ist zentraler
2564 kultureller Standort der Stadt Potsdam, der weiter gestärkt, gefördert und
2565 deutlich ausgebaut werden soll.

2566 Dafür machen wir uns stark:

- 2567 • Ankauf und Umbau der Garde-Husarenkaserne als Standort für die Kunst- und
2568 Kreativwirtschaft an der Schiffbauergasse, insbesondere auch für
2569 Bandprobenräume und Musikalisches.
- 2570 • Schaffen von Räumen und Möglichkeiten für temporäre Projekte aus Kunst und
2571 Wissenschaften
- 2572 • Schaffen von weiteren Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen auf dem
2573 Gelände

2574 Die historische Mitte als geistiges Zentrum stärken und
2575 fördern

2576 Bündnis 90/Die Grünen begreifen Potsdam Museum, Museum Barberini, Filmmuseum,
2577 Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Zentrum für Zeithistorische
2578 Forschung, Nikolaisaal, Naturkundemuseum, Bildungsforum mit Stadt- und
2579 Landesbibliothek, religiöse Einrichtungen, Wissenschaftsetage Potsdam und
2580 Einsteinforum als geistiges Zentrum, das mit gegenseitigen Angeboten stärker als
2581 bisher noch in die Öffentlichkeit strahlen soll.

2582 Dafür machen wir uns stark:

- 2583 • Unterstützung der weiteren Entwicklung der kulturellen Vielfalt und von
2584 Angeboten alternativer Kultur im öffentlichen Raum
- 2585 • Unterstützung des Kunsthauses Sans Titre in der Französischen Straße
- 2586 • Kooperation der Einrichtungen in der Potsdamer Mitte in Programm und
2587 Marketing

2588

2589 Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte

2590 Bis 2023 soll das neue Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte
2591 entstehen (Plantage, Alte Feuerwache).

2592 Dafür machen wir uns stark:

- 2593 • Wir setzen uns dafür ein, dass für Künstler und Kreativschaffende
2594 dauerhaft Arbeitsmöglichkeiten entstehen und zugleich eine verbindende
2595 kulturelle Achse zwischen Altem und Neuem Markt bis zur Plantage entsteht.
- 2596 • Wir begleiten den Prozess des Workshopverfahrens für die Gestaltung dieses
2597 Neuen Kreativquartiers und unterstützen Ergebnisoffenheit, Vielfalt
2598 entstehender Gebäude -unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern-,
2599 das Schaffen von flexiblen und wandelbaren Möglichkeitsräume und faire
2600 Mietpreisgestaltung.
- 2601 • Wir setzen uns für einen offenen und partizipativen Gestaltungsprozess zur
2602 Zukunft des Areals Kirchenschiff und Rechenzentrum ein

2603 Dezentrale kulturelle Versorgung der Stadtteile

2604 Dafür machen wir uns stark:

- 2605 • Begegnungszentrum "Oskar" als Vorbild für die Stärkung der Stadtteilarbeit
2606 in den dezentralen Bürger*innenhäusern durch Angebote von Kunst und Kultur
2607 und kultureller Bildung
- 2608 • dezentrales Kulturhauskonzept: Förderung Kulturhaus Babelsberg, Förderung
2609 von Atelierhäusern- und Kreativräumen (z.B. in der Geschwister-Scholl-
2610 Straße u.a.)
- 2611 • Bornstedt: Stadtteilkulturzentrum und Jugendzentrum, entsprechend der
2612 Forderungen der Stadtteilinitiative
- 2613 • Weiterentwicklung von Projekten wie der Kulturscheune Marquardt und
2614 Kulturladen Fahrland
- 2615 • Ankauf und Umbau des Gutshauses Satzkorn zur Nutzung als soziokulturelles
2616 Zentrum
- 2617 • Unterstützung des Begegnungszentrums "Alexander-Haus" in Groß-Glienicke

2618 **Orte der Jugendkultur und interkulturelle** 2619 **Jugendbegegnungen stärken und fördern**

2620 Dafür machen wir uns stark:

- 2621 • Das Freiland als soziokulturelles Zentrum sichern und stärken.
- 2622 • Offenen Kunstverein stärken und fördern, insbesondere Ausbau des
2623 Schwerpunkts internationale- und interkulturelle Kulturarbeit.
- 2624 • Suche nach weiteren Bandprobenräumen (auch außerhalb der Garde-Husaren-
2625 Kaserne) fortsetzen.
- 2626 • Sicherung eines alternativen, nichtkommerziellen Begegnungsraumes im
2627 Bereich des Areal Alter Markt 10/Staudenhof

2628 **Festivalförderung und OPEN-Air-Räume**

2629 Dafür machen wir uns stark:

- 2630 • Errichtung einer beispielbaren Bühne in der Schiffbauergasse, Open-Air-Raum
2631 und Niederreißen der alten, unbespielbaren Bühne
- 2632 • Fortschreibung und Ausbau der von uns initiierten Festivalförderung und
2633 damit verbunden u.a. auch Öffnung des Projektfördertopfes für
2634 Straßenfeste, Kulturelle-Quartiersfeste (organisiert von Bürger*innen für
2635 Bürger*innen) zur Wiederbelebung des Straßenraums.

2636 **Angleichung der Kostensteigerungen für freie** 2637 **Träger**

2638 Dafür machen wir uns stark:

- 2639 • Stärkung der freien Szene durch
2640 ◦ Angleichung der Personalkosten
- 2641 ◦ Ausstellungshonorare
- 2642 ◦ Stärkung der Kammerakademie Potsdam

2643 Museen stärken und fördern

2644 Dafür machen wir uns stark:

- 2645 • Eröffnung der Diskussion über die Perspektiven eines Stadtmuseums an dem
2646 Standort Alter Markt. Evaluierung der Konzeption des Potsdamer
2647 Stadtmuseums
- 2648 • Standortentwicklung Naturkundemuseum
- 2649 • Wir Grünen unterstützen das Konzept eines zentral gelegenen Schaudepots
2650 mit langfristiger Perspektive und angemessenen Bedingungen. Auch
2651 unterstützen wir die bereits eingerichtete interdisziplinäre Arbeitsgruppe
2652 „Zentraldepot“ und die Pläne, einer Ansiedlung am Standort des ehemaligen
2653 Landeshauptarchivs am Windmühlenberg bis 2020.

2654 Gedenkkultur

2655 Potsdam weist aufgrund seiner widersprüchlichen Geschichte zahlreiche Gedenkkorte
2656 auf. Sie berichten zum Einen von den Bemühungen der Menschen um Gerechtigkeit,
2657 Toleranz, Demokratie und Freiheit, zum anderen aber auch von Unrecht,
2658 Unterdrückung, Verfolgung und Unfreiheit.

2659

2660 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine differenzierte Gedenkkultur ein,
2661 welche die Pflege und Entwicklung der Gedenkkorte ebenso wie die lebendige Arbeit
2662 in ihnen fördert.

2663 Dafür machen wir uns stark:

- 2664 • Belebung des bestehenden Gedenkkonzeptes: Vermittlungsarbeit in den
2665 Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße, Schutz und Pflege des
2666 Deserteursdenkmals auf dem Platz der Einheit, Weiterführung des Max-Dortu-
2667 Preises, Fortführung der Aktion Stolpersteine von Gunter Demnig
- 2668 • Errichtung eines Bodendenkmals auf dem Luisenplatz zur Erinnerung an die
2669 Großdemonstration am 4. November 1998, aus Anlass des 30. Jahrestages
2670 beginnend 2019
- 2671 • einen zukunftsorientierten Dialog zur inhaltlichen Arbeit am Standort
2672 Garnisonkirche zur Aufarbeitung preußischer und deutscher Geschichte in
2673 all ihrer Widersprüchlichkeit

2674 Etablierung eines Standortes für DDR-und 2675 Gegenwartskunst.

2676 Das Potsdam-Museum umfasst auch eine Sammlung Bildender Kunst der DDR-Zeit, die
2677 unterschiedliche Strömungen vom sozialistischen Realismus bis zur Abstraktion
2678 aufweist. Sie bietet einen über das Historische hinausgehende Einblick in die
2679 Zeit zwischen 1945 und 1990. Darüber hinaus muss es Aufgabe des Museums sein,
2680 seine Kunstsammlung in die Gegenwart weiterzuführen und seine Bestände
2681 öffentlich zu machen. Räumliche Möglichkeiten fehlen bisher.

2682 Dafür machen wir uns stark:

- 2683 • Einrichtung eines Ankaufetats
- 2684 • Schaffung eines Standortes am Potsdam-Museum oder im Minsk
- 2685 • Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum

Beschluss Kultur in Potsdam: Vielfalt fördern, Identität schaffen

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

2686 Die Kultur ist ein wichtiges Bindeglied von Lebensqualität, kultureller
2687 Identität und sozialem Miteinander und dem Zusammenhalt der Gesellschaft.
2688 Potsdam ist durch eine große Vielfalt und ein hohes Niveau kultureller Angebote
2689 und Betätigungsmöglichkeiten gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
2690 für gute Rahmenbedingungen ein, um das reiche Kulturleben in Potsdam weiter zu
2691 stärken.

2692 Es ist Aufgabe der Politik, die kulturelle Vielfalt in der Gesamtstadt zu
2693 bewahren, zu unterstützen und zu stärken. Dazu gehören sozialraumbezogene
2694 kulturelle und soziokulturelle Initiativen, kulturelle Bildung, kulturelle
2695 Partizipation, interreligiöser Dialog, Weiterentwicklung der Hauptstandorte wie
2696 der Schiffbauergasse und der Potsdamer Mitte mit ihren unterschiedlichen
2697 Angeboten.

2698 Kulturelle Bildung und Partizipation

2699 Wir Bündnisgrünen sehen in der Kulturellen Bildung eine zentrale
2700 kulturpolitische Querschnittsaufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren unter
2701 Einbeziehung aller Kulturträger intensiv widmen werden. Kulturelle Bildung ist
2702 die Voraussetzung zur Teilhabe am künstlerisch kulturellen Geschehen einer
2703 Gesellschaft. Mit einem Ausbau kulturpädagogischer Angebote, mehr Angeboten zur
2704 Kulturvermittlung und Maßnahmen für ein erweitertes Kulturpublikum (Kultür)
2705 möchten wir stärker als bisher auch kulturferne Schichten erreichen.

2706 Dafür machen wir uns stark:

- 2707 • Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Konzepts zur kulturellen
2708 Bildung
- 2709 • Mehr Angebote der Kulturellen Bildung in Kultureinrichtungen in Stadt und
2710 Land verankern, auch in Projekten zur Digitalisierung
- 2711 • Mehr Angebote für unterversorgte Stadtteile z.B. Stern, Drewitz unter
2712 Einbeziehung Potsdamer Kulturträger und Begegnungszentren.
- 2713 • Förderung von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen
- 2714 • Förderung partizipativer, generationsoffener Angebote in allen Stadtteilen
- 2715 • mehr partizipative Kunst im öffentlichen Raum.

2716 Kulturmarketing = Stadtmarketing

2717 Dafür machen wir uns stark:

- 2718 • Neuaufstellung des Stadtmarketings unter Einbeziehung des Kultur- und
2719 Wissenschaftsmarketing.

2720 Kulturquartiere stärken

2721 Das „Elflein-Viertel“ als Standort für Bildende Kunst
2722 stärken und fördern

2723 Bündnis 90/die Grünen begreifen das in den vergangenen Jahren gewachsene
2724 Quartier um die Elflein-Straße mit seinen Galerien, dem Offenen Kunstverein
2725 Potsdam, dem Museumshaus „zum Göldeken Arm“, dem Potsdamer Kunstverein, dem KuZe
2726 (Studentisches Kulturzentrum) und dem "11-line" als Gesamtstandort. Ihn gilt es
2727 als solchen weiterzuentwickeln, zu stärken und zu fördern.

2728 Dafür machen wir uns stark:

- 2729 • Das städtische Museumshaus „den Göldeken Arm“ als Standort für regionale
2730 Kunst und Kulturelle Bildung auf finanziell stabile Beine stellen.

2731 Das Erlebnisquartier in der Schiffbauergasse

2732 Das Kunst- und Kulturquartier Schiffbauergasse mit seinen langjährig etablierten
2733 Trägern HOT, fabrik, t-werk, Waschhaus (mit Kunstraum) u.a. ist zentraler
2734 kultureller Standort der Stadt Potsdam, der weiter gestärkt, gefördert und
2735 deutlich ausgebaut werden soll.

2736 Dafür machen wir uns stark:

- 2737 • Ankauf und Umbau der Garde-Husarenkaserne als Standort für die Kunst- und
2738 Kreativwirtschaft an der Schiffbauergasse, insbesondere auch für
2739 Bandprobenräume und Musikalisches.
- 2740 • Schaffen von Räumen und Möglichkeiten für temporäre Projekte aus Kunst und
2741 Wissenschaften
- 2742 • Schaffen von weiteren Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen auf dem
2743 Gelände

2744 Die historische Mitte als geistiges Zentrum stärken und
2745 fördern

2746 Bündnis 90/Die Grünen begreifen Potsdam Museum, Museum Barberini, Filmmuseum,
2747 Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Zentrum für Zeithistorische
2748 Forschung, Nikolaisaal, Naturkundemuseum, Bildungsforum mit Stadt- und
2749 Landesbibliothek, religiöse Einrichtungen, Wissenschaftsetage Potsdam und
2750 Einsteinforum als geistiges Zentrum, das mit gegenseitigen Angeboten stärker als
2751 bisher noch in die Öffentlichkeit strahlen soll.

2752 Dafür machen wir uns stark:

- 2753 • Unterstützung der weiteren Entwicklung der kulturellen Vielfalt und von
2754 Angeboten alternativer Kultur im öffentlichen Raum
- 2755 • Unterstützung des Kunsthauses Sans Titre in der Französischen Straße
- 2756 • Kooperation der Einrichtungen in der Potsdamer Mitte in Programm und
2757 Marketing

2758

2759 Kunst- und Kreativquartier in der historischen Mitte

2760 Wir Bündnisgrünen unterstützen die politische Entscheidung, mit dem Kreativ
2761 Quartier³ einen lebendigen, wirksamen und zukunftstauglichen Ort für und mit
2762 Kreativen für die Stadtgesellschaft Potsdam bis 2023 in der historischen Mitte
2763 zu entwickeln(Plantage, Alte Feuerwache).

2764 Dafür machen wir uns stark:

- 2765 • Wir setzen uns dafür ein, dass für Künstler und Kreativschaffende
2766 dauerhaft Arbeitsmöglichkeiten entstehen und zugleich eine verbindende
2767 kulturelle Achse zwischen Altem und Neuem Markt bis zur Plantage entsteht.
- 2768 • Wir begleiten den Prozess des Workshopverfahrens für die Gestaltung dieses
2769 Neuen Kreativquartiers und unterstützen Ergebnisoffenheit, Vielfalt
2770 entstehender Gebäude -unter Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern-,
2771 das Schaffen von flexiblen und wandelbaren Möglichkeitsräume und faire
2772 Mietpreisgestaltung.
- 2773 • Wir setzen uns für einen offenen und partizipativen Gestaltungsprozess zur
2774 Zukunft des Areals Rechenzentrum und ehemalige Garnisonkirche ein

2775 Dezentrale kulturelle Versorgung der Stadtteile

2776 Dafür machen wir uns stark:

- 2777 • Begegnungszentrum "Oskar" als Vorbild für die Stärkung der Stadtteilarbeit
2778 in den dezentralen Bürger*innenhäusern durch Angebote von Kunst und Kultur
2779 und kultureller Bildung
- 2780 • dezentrales Kulturhauskonzept: Förderung Kulturhaus Babelsberg, Förderung
2781 von Atelierhäusern- und Kreativräumen (z.B. in der Geschwister-Scholl-
2782 Straße u.a.)
- 2783 • Bornstedt: Stadtteilkulturzentrum und Jugendzentrum, entsprechend der
2784 Forderungen der Stadtteilinitiative
- 2785 • Weiterentwicklung von Projekten wie der Kulturscheune Marquardt und
2786 Kulturladen Fahrland
- 2787 • Ankauf und Umbau des Gutshauses Satzkorn zur Nutzung als soziokulturelles
2788 Zentrum
- 2789 • Unterstützung des Begegnungszentrums "Alexander-Haus" in Groß-Glienicke

2790 Orte der Jugendkultur und interkulturelle 2791 Jugendbegegnungen stärken und fördern

2792 Dafür machen wir uns stark:

- 2793 • Das Freiland als soziokulturelles Zentrum sichern und stärken.
- 2794 • Offenen Kunstverein stärken und fördern, insbesondere Ausbau des
2795 Schwerpunkts internationale- und interkulturelle Kulturarbeit.
- 2796 • Schaffung von weiteren Bandprobenräumen .
- 2797 • Sicherung einer alternativen, nichtkommerziellen Begegnungsetage im
2798 Bereich des Areals Alter Markt 10/Staudenhof

2799 Festivalförderung und OPEN-Air-Räume

2800 Dafür machen wir uns stark:

- 2801 • Errichtung einer beispielbaren Bühne in der Schiffbauergasse, Open-Air-Raum
2802 und Niederreißen der alten, unbespielbaren Bühne
- 2803 • Fortschreibung und Ausbau der von uns initiierten Festivalförderung und
2804 damit verbunden u.a. auch Öffnung des Projektfördertopfes für
2805 Straßenfeste, Kulturelle-Quartiersfeste (organisiert von Bürger*innen für
2806 Bürger*innen) zur Wiederbelebung des Straßenraums.

2807 **Angleichung der Kostensteigerungen für freie** 2808 **Träger**

2809 Dafür machen wir uns stark:

- 2810 • Stärkung der freien Szene durch
- 2811 ◦ Angleichung der Personalkosten
- 2812 ◦ Ausstellungshonorare
- 2813 ◦ Stärkung der Kammerakademie Potsdam

2814 **Museen stärken und fördern**

2815 Dafür machen wir uns stark:

- 2816 • Eröffnung der Diskussion über die Perspektiven eines Stadtmuseums an dem
- 2817 Standort Alter Markt. Evaluierung der Konzeption des Potsdamer
- 2818 Stadtmuseums
- 2819 • Standortentwicklung Naturkundemuseum
- 2820 • Wir Grünen unterstützen das Konzept eines zentral gelegenen Schaudepots
- 2821 mit langfristiger Perspektive und angemessenen Bedingungen. Auch
- 2822 unterstützen wir die bereits eingerichtete interdisziplinäre Arbeitsgruppe
- 2823 „Zentraldepot“ und die Pläne, einer Ansiedlung am Standort des ehemaligen
- 2824 Landeshauptarchivs am Windmühlenberg bis 2020.

2825 **Gedenkkultur**

2826 Potsdam weist aufgrund seiner widersprüchlichen Geschichte zahlreiche Gedenkkorte
2827 auf. Sie berichten zum Einen von den Bemühungen der Menschen um Gerechtigkeit,
2828 Toleranz, Demokratie und Freiheit, zum anderen aber auch von Unrecht,
2829 Unterdrückung, Verfolgung und Unfreiheit.

2830

2831 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine differenzierte Gedenkkultur ein,
2832 welche die Pflege und Entwicklung der Gedenkkorte ebenso wie die lebendige Arbeit
2833 in ihnen fördert.

2834 Dafür machen wir uns stark:

- 2835 • Belegung des bestehenden Gedenkkonzeptes: Vermittlungsarbeit in den
- 2836 Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße, Schutz und Pflege des

- 2837 Deserteursdenkmals auf dem Platz der Einheit, Weiterführung des Max-Dortu-
2838 Preises, Fortführung der Aktion Stolpersteine von Gunter Demnig
- 2839 • Errichtung eines Denkmals auf dem Luisenplatz zur Erinnerung an die
2840 Großdemonstration am 4. November 1989, aus Anlass des 30. Jahrestages der
2841 friedlichen Revolution (Projektbeginn 2019)
- 2842 • keine öffentliche Förderung für das Projekt Neubau der Garnisonkirche und
2843 einen zukunftsorientierten Dialog zur möglichen Bebauung und inhaltlichen
2844 Arbeit am Standort der ehemaligen Garnisonkirche zur Aufarbeitung
2845 preußischer und deutscher Geschichte in all ihrer Widersprüchlichkeit

2846 **Etablierung eines Standortes für DDR-und**
2847 **Gegenwartskunst.**

2848 Das Potsdam-Museum umfasst auch eine Sammlung Bildender Kunst der DDR-Zeit, die
2849 unterschiedliche Strömungen vom sozialistischen Realismus bis zur Abstraktion
2850 aufweist. Sie bietet einen über das Historische hinausgehende Einblick in die
2851 Zeit zwischen 1945 und 1990. Darüber hinaus muss es Aufgabe des Museums sein,
2852 seine Kunstsammlung in die Gegenwart weiterzuführen und seine Bestände
2853 öffentlich zu machen. Räumliche Möglichkeiten fehlen bisher.

2854 Dafür machen wir uns stark:

- 2855 • Einrichtung eines Ankaufetats
- 2856 • Schaffung eines Standortes am Potsdam-Museum oder im Minsk
- 2857 • Erhaltung der Kunstwerke im öffentlichen Raum

A10NEU Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftsfähig, nachhaltig, fair!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

2997 Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

2998 Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und
2999 Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten
3000 Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für
3001 interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen
3002 Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind
3003 derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt,
3004 wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem
3005 Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die
3006 Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten,
3007 Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander
3008 vorbei agieren.

3009 Dafür machen wir uns stark:

3010 Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen
3011 einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch
3012 Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der
3013 wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der
3014 klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance,
3015 beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem
3016 erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen,
3017 umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

3018 Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

3019 Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen
3020 unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und
3021 Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen
3022 Stadtvierteln stärken.

3023 Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

3024 Dafür machen wir uns stark:

- 3025 • die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine
3026 Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- 3027 • eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema
3028 verkaufsoffene Sonntage
- 3029 • ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger*innen und
3030 Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

3031 „Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von
3032 Marktständen mit ökologischen Produkten

3033 • als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der
3034 Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen
3035 rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer*innen,
3036 Rollstuhlfahrer*innen, Menschen mit Kinderwagen und
3037 mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit
3038 auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler
3039 Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen

3040 • die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die
3041 zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten
3042 lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den
3043 ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich
3044 sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der
3045 Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung
3046 der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen

3047 • die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B.
3048 durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch
3049 „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

3050 Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

3051 Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung
3052 verdrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung („STEK-
3053 Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesen Trend umkehren, müssen
3054 mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben und konsequenter
3055 umgesetzt werden.

3056 Gewerbeansiedlungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender
3057 Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen
3058 kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an
3059 Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von
3060 Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

3061 Dafür machen wir uns stark:

- 3062 • Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen
3063 Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung
3064 hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- 3065 • Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie
3066 beispielsweise bei „Go.In I“
- 3067 • ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- 3068 • zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch
3069 nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- 3070 • Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere
3071 Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- 3072 • ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

3073 Dem Fachkräftemangel begegnen

3074 Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der
3075 zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu
3076 gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

3077 Dafür machen wir uns stark:

- 3078 • Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- 3079 • mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- 3080 • Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“
3081 für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- 3082 • größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- 3083 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen
3084 Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die
3085 Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der
3086 nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so
3087 ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-
3088 Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

3089 Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr 3090 Partizipation der Bürger*innen ermöglichen

3091 Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale
3092 Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige
3093 Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu
3094 gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und
3095 Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

3096 Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die
3097 öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

3098 Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische
3099 Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen
3100 sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der
3101 Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und
3102 die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr
3103 entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit
3104 Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die
3105 Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE
3106 GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten.
3107 Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die
3108 Daseinsvorsorge der Bürger*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte
3109 Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im
3110 Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine
3111 erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft
3112 auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency
3113 International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch
3114 wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen geschaffen
3115 werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in
3116 Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger*innen-
3117 Energiegenossenschaften.

3118 Dafür machen wir uns stark:

- 3119 • schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur
3120 Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten
3121 Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl
3122 orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten
3123 Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum
3124 Beispiel über Investitionen
- 3125 • Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch
3126 klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den
3127 Beteiligungsunternehmen
- 3128 • Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-
3129 Verfahren (Balanced Scorecard)
- 3130 • personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem
3131 Bereich „Beteiligungssteuerung“
- 3132 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen.

Beschluss Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftsfähig, nachhaltig, fair!

Gremium: KVM Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

2858 Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

2859 Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und
2860 Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten
2861 Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für
2862 interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen
2863 Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind
2864 derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt,
2865 wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem
2866 Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die
2867 Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten,
2868 Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander
2869 vorbei agieren.

2870 Dafür machen wir uns stark:

2871 Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen
2872 einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch
2873 Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der
2874 wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der
2875 klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance,
2876 beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem
2877 erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen,
2878 umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

2879 Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

2880 Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen
2881 unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und
2882 Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen
2883 Stadtvierteln stärken.

2884 Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

2885 Dafür machen wir uns stark:

- 2886 • die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine
2887 Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- 2888 • eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema
2889 verkaufsoffene Sonntage
- 2890 • ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger*innen und
2891 Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

2892 „Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von
2893 Marktständen mit ökologischen Produkten

2894 • als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der
2895 Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen
2896 rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer*innen,
2897 Rollstuhlfahrer*innen, Menschen mit Kinderwagen und
2898 mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit
2899 auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler
2900 Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen

2901 • die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die
2902 zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten
2903 lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den
2904 ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich
2905 sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der
2906 Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung
2907 der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen

2908 • die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B.
2909 durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch
2910 „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

2911 Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

2912 Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung
2913 zurückgedrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung
2914 („STEK-Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesem Trend
2915 entgegenwirken, müssen mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben
2916 und konsequenter umgesetzt werden.

2917 Gewerbeansiedlungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender
2918 Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen
2919 kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an
2920 Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von
2921 Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

2922 Dafür machen wir uns stark:

- 2923 • Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen
2924 Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung
2925 hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- 2926 • Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie
2927 beispielsweise bei „Go.In I“
- 2928 • ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- 2929 • zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch
2930 nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- 2931 • Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere
2932 Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- 2933 • ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

2934 **Dem Fachkräftemangel begegnen**

2935 Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der
2936 zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu
2937 gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

2938 Dafür machen wir uns stark:

- 2939 • Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- 2940 • mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- 2941 • Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“
2942 für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- 2943 • größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- 2944 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen
2945 Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die
2946 Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der
2947 nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so
2948 ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-
2949 Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

2950 **Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr 2951 Partizipation der Bürger*innen ermöglichen**

2952 Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale
2953 Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige
2954 Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu
2955 gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und
2956 Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

2957 Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die
2958 öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

2959 Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische
2960 Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen
2961 sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der
2962 Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und
2963 die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr
2964 entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit
2965 Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die
2966 Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE
2967 GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten.
2968 Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die
2969 Daseinsvorsorge der Bürger*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte
2970 Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im
2971 Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine
2972 erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft
2973 auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency
2974 International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch
2975 wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen geschaffen
2976 werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in
2977 Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger*innen-
2978 Energiegenossenschaften.

2979 Dafür machen wir uns stark:

- 2980 • schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur
2981 Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten
2982 Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl
2983 orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten
2984 Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum
2985 Beispiel über Investitionen
- 2986 • Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch
2987 klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den
2988 Beteiligungsunternehmen
- 2989 • Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-
2990 Verfahren (Balanced Scorecard)
- 2991 • personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem
2992 Bereich „Beteiligungssteuerung“
- 2993 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen.
- 2994 • weitere Bekämpfung und Vermeidung von Korruption, auch durch Ausbau der
2995 Zusammenarbeit mit Transparency International, deren Mitglied die
2996 Landeshauptstadt Potsdam auf bündnisgrüne Initiative wurde

A11 Selbstbestimmt, demokratisch und transparent: Digitalisierung in der Kommune

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

3133 Die meisten unserer Lebensbereiche sind in der einen oder anderen Weise von der
3134 Digitalisierung berührt. Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, die sich
3135 ergeben um Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und
3136 transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu
3137 stärken. Wir wollen die Chancen im Sinne der Gesamtgesellschaft nutzen und dabei
3138 die Rechte und Bedürfnisse der Bürger*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir
3139 wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird, fördern wo immer es
3140 geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt mit
3141 Technik auseinanderzusetzen.
3142 Wichtigste Voraussetzung für alle staatlichen IT-Unternehmungen sind für uns
3143 Datenschutz, IT-Sicherheit und Einbindung der betroffenen Menschen. Dies muss
3144 immer von Beginn an bedacht werden, um nachhaltige Lösungen und Akzeptanz zu
3145 erreichen. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,
3146 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem
3147 selbstbestimmten Leben.

3148 IT-Service in der Stadtverwaltung

3149 Dafür machen wir uns stark:

- 3150 • Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der
3151 Stadtverwaltung um eine professionelle Betreuung zu ermöglichen
- 3152 • E-Government vorantreiben um Bürger*innen und Verwaltung zu entlasten -
3153 möglichst viele Services müssen online erledigt werden können. Jede
3154 Behörden-Dienstleistung muss jedoch auch analog vor Ort angeboten werden.
- 3155 • Unbedingte Beachtung von Sicherheits- und Datenschutzstandards bei
3156 Ausschreibungen, No-Spy-Klausel gegen Anbieter*innen, die mit
3157 ausländischen Geheimdiensten zusammenarbeiten
- 3158 • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Kommunikation mit Bürger*innen und
3159 anderen Stellen
- 3160 • Beachtung der Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software
- 3161 • Langfristig Umstellung auf freie und quelloffene Software

3162 Smart City Potsdam

3163 Verschiedene Smart-City-Konzepte werden seit Jahren weltweit getestet oder
3164 umgesetzt. Wir stehen der gemeinwohlorientierten Nutzung von Daten, die in der
3165 Stadt anfallen grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings darf dies nicht mit
3166 einem Ausverkauf des öffentlichen Raums an Firmen einhergehen, welche die

3167 dahinter liegenden technischen Strukturen als Geschäftsgeheimnis behandeln und
3168 damit eine unkontrollierte Machtstellung in der Stadt einnehmen. Stattdessen
3169 sollen kleinteilige, offene und in Zusammenarbeit mit Bürger*innen und
3170 Zivilgesellschaft entwickelte Konzepte erprobt werden. Als Vorbild für eine an
3171 Bedürfnissen der Menschen und nicht an proprietärer Technologie ausgerichteter
3172 Digitalisierung der Stadt, dient uns das in Barcelona praktizierte Konzept.

3173

3174 Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick
3175 behalten und eine breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten
3176 geschaffen werden, die schwer zurück zu nehmen sind.

3177 Dafür machen wir uns stark:

- 3178 • Proaktive Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten auf der Open-
3179 Data-Plattform (siehe Demokratie-Kapitel)
- 3180 • Stärkung von Online-Beteiligungsverfahren, z.B. Erprobung von Plattformen
3181 für strukturierte Debatten (siehe auch Demokratie-Kapitel)

3182 Zivilgesellschaft einbinden und unterstützen

3183 Zivilgesellschaftliche Gruppen, die an der Schnittstelle zwischen Politik und
3184 Technik im Dienste der Gesellschaft aktiv sind - wie z.B. die Freifunk- oder
3185 Open-Data-Community - wollen wir aktiv einbinden und soweit wie möglich
3186 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gebäuden der Stadt ein Freifunk-
3187 WLAN angeboten wird, wie es unsere bündisgrüne Geschäftsstelle schon seit vielen
3188 Jahren der Fall ist.

Beschluss Selbstbestimmt, demokratisch und transparent: Digitalisierung in der Kommune

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

3189 Die meisten unserer Lebensbereiche sind in der einen oder anderen Weise von der
3190 Digitalisierung berührt. Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, die sich
3191 ergeben um Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und
3192 transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu
3193 stärken. Wir wollen die Chancen im Sinne der Gesamtgesellschaft nutzen und dabei
3194 die Rechte und Bedürfnisse der Bürger*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir
3195 wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird, fördern wo immer es
3196 geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich selbstbestimmt mit
3197 Technik auseinanderzusetzen.
3198 Wichtigste Voraussetzung für alle Staatlichen IT-Unternehmungen sind für uns
3199 Datenschutz, IT-Sicherheit und Einbindung der betroffenen Menschen. Dies muss
3200 immer von Beginn an bedacht werden, um nachhaltige Lösungen und Akzeptanz zu
3201 erreichen. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,
3202 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem
3203 selbstbestimmten Leben.

3204 IT-Service in der Stadtverwaltung

3205 Dafür machen wir uns stark:

- 3206 • Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der
3207 Stadtverwaltung um eine professionelle Betreuung zu ermöglichen
- 3208 • E-Government vorantreiben um Bürger*innen und Verwaltung zu entlasten -
3209 möglichst viele Services müssen online erledigt werden können. Jede
3210 Behörden-Dienstleistung muss jedoch auch analog vor Ort angeboten werden.
- 3211 • Unbedingte Beachtung von Sicherheits- und Datenschutzstandards bei
3212 Ausschreibungen, No-Spy-Klausel gegen Anbieter*innen, die mit
3213 ausländischen Geheimdiensten zusammenarbeiten
- 3214 • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Kommunikation mit Bürger*innen und anderen
3215 Stellen
- 3216 • Beachtung der Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software
- 3217 • Langfristig Umstellung auf freie und quelloffene Software

3218 Smart City Potsdam

3219 Verschiedene Smart-City-Konzepte werden seit Jahren weltweit getestet oder
3220 umgesetzt. Wir stehen der gemeinwohlorientierten Nutzung von Daten, die in der
3221 Stadt anfallen grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings darf dies nicht mit
3222 einem Ausverkauf des öffentlichen Raums an Firmen einhergehen, welche die

3223 dahinter liegenden technischen Strukturen als Geschäftsgeheimnis behandeln und
3224 damit eine unkontrollierte Machtstellung in der Stadt einnehmen. Stattdessen
3225 sollen kleinteilige, offene und in Zusammenarbeit mit Bürger*innen und
3226 Zivilgesellschaft entwickelte Konzepte erprobt werden. Als Vorbild für eine an
3227 Bedürfnissen der Menschen und nicht an proprietärer Technologie ausgerichteter
3228 Digitalisierung der Stadt, dient uns das in Barcelona praktizierte Konzept.

3229

3230 Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick
3231 behalten und eine breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten
3232 geschaffen werden, die schwer zurück zu nehmen sind.

3233 Dafür machen wir uns stark:

- 3234 • Proaktive Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten auf der Open-
3235 Data-Plattform (siehe Kapitel 9)
- 3236 • Stärkung von Online-Beteiligungsverfahren, z.B. Erprobung von Plattformen
3237 für strukturierte Debatten (siehe auch Kapitel 9)
- 3238 • verständliche, detaillierte und transparente Veröffentlichung aller
3239 kommunalen Kosten und Ausgaben (z.B. jede von der Stadt bezahlte
3240 Dienstleistung)

3241 **Zivilgesellschaft einbinden und unterstützen**

3242 Zivilgesellschaftliche Gruppen, die an der Schnittstelle zwischen Politik und
3243 Technik im Dienste der Gesellschaft aktiv sind - wie z.B. die Freifunk- oder
3244 Open-Data-Community - wollen wir aktiv einbinden und soweit wie möglich
3245 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gebäuden der Stadt ein Freifunk-
3246 Wlan angeboten wird, wie es unsere Bündidgrünen Geschäftsstelle schon seit
3247 vielen Jahren der Fall ist.

A12NEU Das neue Europa in Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 01.02.2019

Text

3301 Potsdam ist eine zunehmend europäische und internationale Stadt. Nicht nur
3302 Tourist*innen kommen, sondern auch Hochschulen, Forschungseinrichtungen und
3303 Unternehmen ziehen immer mehr Menschen aus Europa und der Welt zum Arbeiten und
3304 Leben in unsere Stadt.

3305 Die Europäische Union gewinnt auf verschiedenen Ebenen für Kommunen an Bedeutung
3306 und zwar konkret in der EU-Gesetzgebung, wie z. B. im Vergaberecht, in der
3307 Dienstleistungsrichtlinie und bei Standardsetzungen mit Bedeutung für die
3308 Kommunen im Klimabereich. Ebenfalls können Kommunen durch EU-Fördermittel (auch
3309 und insbesondere außerhalb der Strukturfondmittel) eigene Vorhaben (ko-
3310)finanzieren, initiieren und umsetzen.

3311 Heutzutage sind bereits 70 Prozent unserer kommunalen Entscheidungen von EU-
3312 Richtlinien betroffen. Gerade in der Fördermittelvergabe sind neben der
3313 kommunalen Verwaltung auch die Wirtschaft vor Ort (von selbstständig Tätigen bis
3314 hin zu mittelständischen Unternehmen) sowie einzelnen Bürger*innen,
3315 Initiativen, Vereine, Kultur und Sport betroffen. Um die Möglichkeiten für alle
3316 Beteiligten bestmöglich auszuschöpfen, sind mehr europapolitische Kompetenz und
3317 der Zugang zu Informationen auf allen Ebenen gefordert.

3318 Weiterhin werden zur Durchsetzung politischer Interessen europäische
3319 Kooperationen und Netzwerke wichtiger und erfordern die Mitwirkung in
3320 gemeinsamen Gremien und im Erfahrungs- und Wissensaustausch durch den von der EU
3321 geförderten Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten im europäischen Verbund.

3322 Dafür machen wir uns stark:

- 3323 • Verstärkung der europapolitischen Kompetenz innerhalb der Verwaltung durch
3324 die Schaffung der Position eines Beauftragten für Europa und
3325 Internationales am Büro des Oberbürgermeisters
- 3326 • Etablierung einer zentralen Anlaufstelle, eines „One-Stop-Shop“ für Fragen
3327 rund um Europäische Politik und Fördergrundsätze der EU-Förderprogramme
3328 für alle Bürger*innen

3329 Folgende Aufgabenbereiche sollen mit diesen ineinander zu verzahnenden
3330 Bereichen abgedeckt werden:

- 3331 • Stärkung der Verwaltung
- 3332 • Kommunikation und Information der Bürger*innen zu EU-relevanten Themen
- 3333 • Mehr Informationen und weitere Unterstützung bei der Fördermittelakquise
3334 (Gemeinden mit Europabeauftragten stellen häufiger Förderanträge)
- 3335 • Einsatz für die Einrichtung einer Informations- und Kontaktstelle für die
3336 Brandenburger Kommunen in Brüssel
- 3337 • Beobachtung und Analyse von Gesetzesvorhaben und Entwicklungen auf
3338 europäischer Ebene mit Einfluss auf die Stadt Potsdam,
- 3339 • Verfassen von Stellungnahmen z.B. innerhalb des Netzwerks der
3340 Europabeauftragten beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas
- 3341 • Mitarbeit in europäischen Netzwerken, beispielsweise den Nachfolgeprogramm
3342 von „EU Urban Mobility Partnerschaft“ im Rahmen der Urban Agenda der EU.
- 3343 • Zusammenarbeit mit den Partnerstädten
- 3344 • Einführung eines Austauschs für Mandatsträger*innen

3345 **Mitgliedschaft bei Energie Cities**

3346 Für die Zukunft ist es entscheidend, die Zukunft der Energie zu gestalten. Dazu
3347 gehört vor allem, Potsdam Fähigkeiten und Ressourcen im Bereich der Erneuerbaren
3348 Energien zu gestalten. Hierfür gilt es einen wirkungsvollen Erfahrungsaustausch
3349 mit anderen Kommunen sowie den Transfer von Know-how und die Umsetzung
3350 gemeinsamer Projekte zu stärken. Für dieses Ziel haben sich bereits mehr als
3351 1000 Städte aus 30 Ländern im Europäischen Zusammenschluss „Energy Cities“
3352 zusammengefunden. Wir wollen, dass Potsdam Mitglied in diesem Netzwerk wird und
3353 dadurch effektiv an der Zukunft der kommunalen Energie mitarbeiten kann.

Beschluss Das neue Europa in Potsdam

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

3248 Potsdam ist eine zunehmend europäische und internationale Stadt. Nicht nur
3249 Tourist*innen kommen, sondern auch Hochschulen, Forschungseinrichtungen und
3250 Unternehmen ziehen immer mehr Menschen aus Europa und der Welt zum Arbeiten und
3251 Leben in unsere Stadt.

3252 Die Europäische Union gewinnt auf verschiedenen Ebenen für Kommunen an Bedeutung
3253 und zwar konkret in der EU-Gesetzgebung, wie z. B. im Vergaberecht, in der
3254 Dienstleistungsrichtlinie und bei Standardsetzungen mit Bedeutung für die
3255 Kommunen im Klimabereich. Ebenfalls können Kommunen durch EU-Fördermittel (auch
3256 und insbesondere außerhalb der Strukturfondmittel) eigene Vorhaben (ko-
3257)finanzieren, initiieren und umsetzen.

3258 Heutzutage sind bereits 70 Prozent unserer kommunalen Entscheidungen von EU-
3259 Richtlinien betroffen. Gerade in der Fördermittelvergabe sind neben der
3260 kommunalen Verwaltung auch die Wirtschaft vor Ort (von selbstständig Tätigen bis
3261 hin zu mittelständischen Unternehmen) sowie einzelnen Bürger*innen,
3262 Initiativen, Vereine, Kultur und Sport betroffen. Um die Möglichkeiten für alle
3263 Beteiligten bestmöglich auszuschöpfen, sind mehr europapolitische Kompetenz und
3264 der Zugang zu Informationen auf allen Ebenen gefordert.

3265 Weiterhin werden zur Durchsetzung politischer Interessen europäische
3266 Kooperationen und Netzwerke wichtiger und erfordern die Mitwirkung in
3267 gemeinsamen Gremien und im Erfahrungs- und Wissensaustausch durch den von der EU
3268 geförderten Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten im europäischen Verbund.

3269 Dafür machen wir uns stark:

- 3270 • Verstärkung der europapolitischen Kompetenz innerhalb der Verwaltung durch
3271 die Schaffung der Position eines Beauftragten für Europa und
3272 Internationales am Büro des Oberbürgermeisters
- 3273 • Etablierung einer zentralen Anlaufstelle, eines „One-Stop-Shop“ für Fragen
3274 rund um Europäische Politik und Fördergrundsätze der EU-Förderprogramme
3275 für alle Bürger*innen

3276 Folgende Aufgabenbereiche sollen mit diesen ineinander zu verzahnenden
3277 Bereichen abgedeckt werden:

- 3278 • Stärkung der Verwaltung
- 3279 • Kommunikation und Information der Bürger*innen zu EU-relevanten Themen
- 3280 • Mehr Informationen und weitere Unterstützung bei der Fördermittelakquise
3281 (Gemeinden mit Europabeauftragten stellen häufiger Förderanträge)
- 3282 • Einsatz für die Einrichtung einer Informations- und Kontaktstelle für die
3283 Brandenburger Kommunen in Brüssel
- 3284 • Beobachtung und Analyse von Gesetzesvorhaben und Entwicklungen auf
3285 europäischer Ebene mit Einfluss auf die Stadt Potsdam,
- 3286 • Verfassen von Stellungnahmen z.B. innerhalb des Netzwerks der
3287 Europabeauftragten beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas
- 3288 • Mitarbeit in europäischen Netzwerken, beispielsweise den Nachfolgeprogramm
3289 von „EU Urban Mobility Partnerschaft“ im Rahmen der Urban Agenda der EU.
- 3290 • Zusammenarbeit mit den Partnerstädten
- 3291 • Einführung eines Austauschs für Mandatsträger*innen

3292 **Mitgliedschaft bei Energie Cities**

3293 Für die Zukunft ist es entscheidend, die Zukunft der Energie zu gestalten. Dazu
3294 gehört vor allem, Potsdam Fähigkeiten und Ressourcen im Bereich der Erneuerbaren
3295 Energien zu gestalten. Hierfür gilt es einen wirkungsvollen Erfahrungsaustausch
3296 mit anderen Kommunen sowie den Transfer von Know-how und die Umsetzung
3297 gemeinsamer Projekte zu stärken. Für dieses Ziel haben sich bereits mehr als
3298 1000 Städte aus 30 Ländern im Europäischen Zusammenschluss „Energy Cities“
3299 zusammengefunden. Wir wollen, dass Potsdam Mitglied in diesem Netzwerk wird und
3300 dadurch effektiv an der Zukunft der kommunalen Energie mitarbeiten kann.

A13NEU Demokratisches Potsdam

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 23.01.2019

Text

3535 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3536 **und Bürger*innenbeteiligung**

3537 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für
3538 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie
3539 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel
3540 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen
3541 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander
3542 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.
3543 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang
3544 miteinander.
3545 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.
3546 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur
3547 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache
3548 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen
3549 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im
3550 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital
3551 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der
3552 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung
3553 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

3554 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3555 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3556 **wertschätzen**

3557 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der
3558 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und
3559 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3560 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer
3561 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen
3562 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3563 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer*innen alle
3564 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke
3565 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen
3566 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden
3567 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von
3568 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als
3569 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3570 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden
3571 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,
3572 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3573 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer
3574 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung
3575 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger*innen.

3576 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner*innen mit knapper
3577 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren
3578 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger*innen und Krankenhauspersonal;
3579 Sozialhilfeempfänger*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur
3580 Verfügung stehen müssen; Student*innen und junge Wissenschaftler*innen, die
3581 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer*innen, die
3582 Aufträge annehmen müssen etc.

3583 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer
3584 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen
3585 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte
3586 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung
3587 in Potsdam zu beteiligen.

3588 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam
3589 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.
3590 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete
3591 nach sozialen Kriterien unterstützt.

3592 **Politische Bildung vorantreiben**

3593 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für
3594 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger*in seiner Stimme Gehör zu
3595 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger*innen einzufordern. Es ist daher
3596 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,
3597 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch
3598 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich
3599 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die
3600 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3601 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft
3602 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,
3603 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,
3604 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht
3605 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu
3606 bilden.

3607 **Beteiligung ausbauen**

3608 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und
3609 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen
3610 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger*innen, sich an der
3611 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,
3612 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig
3613 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher
3614 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und
3615 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3616 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass
3617 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

3618 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3619 **verbindlich einbeziehen**

3620 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen
3621 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und
3622 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften
3623 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle
3624 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3625 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in
3626 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche
3627 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte
3628 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische
3629 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein
3630 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt
3631 eingerichtet werden.

3632 **Vom Bürger*innenhaushalt zur Diskussion der** 3633 **Haushaltspolitik**

3634 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren
3635 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark
3636 beschönigende Etikettierung, von Bürger*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht
3637 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.
3638 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein
3639 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die
3640 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung
3641 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3642 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht
3643 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –
3644 Bürger*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die
3645 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3646 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich
3647 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche
3648 Sprache, die alle verstehen können.

3649 **Bauen transparenter machen**

3650 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren
3651 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,
3652 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt
3653 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

3654 **Direkte Demokratie stärken**

3655 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der
3656 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,
3657 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse
3658 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so
3659 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf
3660 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir
3661 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger*innenbegehren zu stärken. Unter
3662 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und
3663 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3664 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten
3665 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll
3666 eingesetzt werden können.

3667 **Transparenz ernstnehmen**

3668 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen
3669 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und
3670 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten
3671 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der
3672 Eindruck von Mausecheln und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese
3673 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine
3674 umfassende Willensbildung.

3675 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
3676 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische
3677 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bisher ist es für
3678 Bürger*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für
3679 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3680 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der
3681 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht
3682 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.
3683 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg
3684 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin
3685 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-
3686 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein
3687 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3688 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner
3689 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim
3690 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah
3691 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch
3692 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3693

3694

3695

3696 Dafür machen wir uns stark:

- 3697 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3698 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung
3699 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3700 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder
3701 und Jugendliche
- 3702 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser
3703 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3704 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive
3705 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3706 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote
3707 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3708 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3709 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch
3710 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher
3711 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3712 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der
3713 direkten Demokratie
- 3714 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven
3715 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten

Beschluss Demokratisches Potsdam

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

3354 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3355 **und Bürger*innenbeteiligung**

3356 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für
3357 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie
3358 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel
3359 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen
3360 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander
3361 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.
3362 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang
3363 miteinander.
3364 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.
3365 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur
3366 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache
3367 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen
3368 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im
3369 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital
3370 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der
3371 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung
3372 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

3373 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3374 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3375 **wertschätzen**

3376 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der
3377 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und
3378 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3379 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer
3380 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen
3381 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3382 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer*innen alle
3383 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke
3384 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen
3385 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden
3386 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von
3387 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als
3388 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3389 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden
3390 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,
3391 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3392 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer
3393 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung
3394 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger*innen.

3395 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner*innen mit knapper
3396 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren
3397 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger*innen und Krankenhauspersonal;
3398 Sozialhilfeempfänger*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur
3399 Verfügung stehen müssen; Student*innen und junge Wissenschaftler*innen, die
3400 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer*innen, die
3401 Aufträge annehmen müssen etc.

3402 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer
3403 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen
3404 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte
3405 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung
3406 in Potsdam zu beteiligen.

3407 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam
3408 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.
3409 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete
3410 nach sozialen Kriterien unterstützt.

3411 Politische Bildung vorantreiben

3412 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für
3413 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger*in seiner Stimme Gehör zu
3414 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger*innen einzufordern. Es ist daher
3415 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,
3416 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch
3417 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich
3418 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die
3419 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3420 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft
3421 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,
3422 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,
3423 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht
3424 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu
3425 bilden.

3426 Beteiligung ausbauen

3427 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und
3428 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen
3429 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger*innen, sich an der
3430 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,
3431 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig
3432 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher
3433 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und
3434 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3435 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass
3436 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

3437 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3438 **verbindlich einbeziehen**

3439 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen
3440 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und
3441 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften
3442 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle
3443 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3444 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in
3445 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche
3446 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte
3447 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische
3448 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein
3449 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt
3450 eingerichtet werden.

3451 **Vom Bürger*innenhaushalt zur Diskussion der** 3452 **Haushaltspolitik**

3453 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren
3454 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark
3455 beschönigende Etikettierung, von Bürger*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht
3456 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.
3457 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein
3458 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die
3459 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung
3460 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3461 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht
3462 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –
3463 Bürger*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die
3464 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3465 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich
3466 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche
3467 Sprache, die alle verstehen können.

3468 **Bauen transparenter machen**

3469 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren
3470 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,
3471 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt
3472 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

3473 Direkte Demokratie stärken

3474 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der
3475 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,
3476 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse
3477 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so
3478 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf
3479 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir
3480 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger*innenbegehren zu stärken. Unter
3481 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und
3482 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3483 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten
3484 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll
3485 eingesetzt werden können.

3486 Transparenz ernstnehmen

3487 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen
3488 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und
3489 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten
3490 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der
3491 Eindruck von Mausehelei und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese
3492 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine
3493 umfassende Willensbildung.

3494 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
3495 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische
3496 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bislang ist es für
3497 Bürger*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für
3498 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3499 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der
3500 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht
3501 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.
3502 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg
3503 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin
3504 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-
3505 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein
3506 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3507 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner
3508 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim
3509 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah
3510 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch
3511 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3512

3513

3514

3515 Dafür machen wir uns stark:

- 3516 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3517 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung
3518 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3519 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder
3520 und Jugendliche
- 3521 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser
3522 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3523 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive
3524 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3525 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote
3526 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3527 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3528 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch
3529 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher
3530 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3531 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der
3532 direkten Demokratie
- 3533 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven
3534 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten